



Dr. Pia Beckmann:

Schulterschluss von Stadt und Landkreis

Eine neue Wirtschaftsförderungsbroschüre soll das Image von Würzburger Unternehmen forcieren und neue Firmen gewinnen. **Seite 15**



Dr. Birgit Seelbinder:

Gestärkte Position der EUREGIO EGRENSIS

Bei der Vorlage des Geschäftsberichts verwies die Präsidentin auf die hervorragende deutsch-tschechische Zusammenarbeit. **Seite 13**



Alfons Zeller:

Großartige Chancen für den ländlichen Raum

Der Allgäuer Landtagsabgeordnete sprach sich in einem Interview mit der GZ dafür aus, insbesondere die natürlichen Ressourcen zu fördern. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 15. Februar 2007

58. Jahrgang / Nummer 4



Das Podium bei der KPV (v. l.): Florian Hahn, Markus Zorzi, Luitpold Braun, Markus Söder, Hanns Dorfner und Gerhard Weber.

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Vermögen im Zangengriff

Deutliche Kritik übte der Vorstand des Bayerischen Städtetags an der Strompreispolitik des Bundes und des Freistaats Bayern. Wie der Vorsitzende, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München betonte, drücke die Bundesnetzagentur die Entgelte, die die Stadtwerke für die Durchleitung von Strom durch ihre Netze bekommen. Zugleich mache der Freistaat Bayern politischen Druck auf die Strompreise. „Mit einem solchen Zangengriff wird kommunales Vermögen auf kaltem Wege vernichtet. Wer wirklich Wettbewerb will, darf nicht an der Existenz der Wettbewerber sägen!“ kritisierte der Städtetagschef.

Schaidinger berichtete von einem Gespräch mit Wirtschaftsminister Erwin Huber, das die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Stromversorger zum Thema hatte. Hu-

ber hatte sich im September 2006 mit den Stromerzeugern E.ON, LEW und N-ERGIE geeinigt, die Strompreise bis Ende 2007 nicht zu erhöhen. Dies hatte er auch von den Stadtwerken erwartet. Zahlreiche Stadtwerke sind laut Schaidinger diesem Appell gefolgt. Andere müssten jedoch ihre Strompreise erhöhen, um weiterhin existenzfähig sein zu können.



Hans Schaidinger.

Keine Preistreiber

Der Vorsitzende: „Die Stadtwerke sind keine Preistreiber. Sie müssen sich aber nach den Gegebenheiten des Marktes richten und Erhöhungen der Bezugspreise weitergeben können, denn die mittleren und kleineren Stadtwerke in Bayern erzeugen in der Regel ihren Strom nicht selbst, sondern müssen ihn am (Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss:

Botschaften vermitteln!

Appelle an die innerparteiliche Geschlossenheit der CSU zogen sich wie ein roter Faden durch die jüngste Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun konnte hierzu Generalsekretär Dr. Markus Söder willkommen heißen, der sich zur „Lage der CSU im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2008“ äußerte.

„Wir konnten bei den Kommunalwahlen 2006 bayernweit Erfolge erzielen - sowohl im ländlichen Raum als auch in den Großstädten“, stellte Braun in ei-

nem kurzen Rückblick fest. Die CSU habe Zuwächse bei Kreistags- und Gemeinderatswahlen sowie „zumindest eine Stabilisierung bei Stadtratswahlen“ verzeichnen können. Damals habe sich die CSU jedoch „geschlossen und einig“ gezeigt - ein Erscheinungsbild, das im Moment aufgrund der Nachfolgediskussionen um Edmund Stoiber so nicht wahrgenommen werde. Diese prekäre Situation nutzten die politischen Gegner weidlich aus.

KPV-Vorsitzende fort. Schließlich „beschert uns eine geringe Wahlbeteiligung Niederlagen“. Hinzu komme, dass „wenn immer die CSU in Bonn bzw. Berlin mitregiert hat, sie landesweit an Stimmen verlor“. Es gelte, „sich jetzt nicht selbst in die Tasche zu lügen“.

Geschlossenheit angemahnt

Auch Generalsekretär Söder appellierte vor den KPV-Mandatsträgern, „größtmöglich geschlossen in die Auseinandersetzung 2008 zu gehen“. Fakt sei, „dass sich die CSU in Bayern nur selbst gefährlich werden kann - und zwar dann, wenn wir (Fortsetzung auf Seite 4)



Seltener als die Blaue Mauritius, von der es zwölf Exemplare geben soll, und am 24. 2. wird sie in Nürnberg versteigert: Die lebhaftgrüne 5 Pfennig „Reichsadler“ aus dem Jahr 1924 im gut erhaltenen, gestempelten Kehrdruckpapier gibt es nur ein einziges Mal! Mehr Infos im Internet: www.schulz-auktionen.de.

Positives Auftreten

Für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr, die den Auftakt für das Wahljahr 2008 bildeten, sei aber gerade ein positives Auftreten in der Öffentlichkeit von immenser Bedeutung, fuhr der

Sorge um Stadtwerke, Steuern und Schulen

Kommunale Spitzenverbände im Gespräch mit den Landtagsfraktionen - SPD sieht ihre Politik bestätigt Die kommunalen Spitzenverbände bleiben im Gespräch mit dem Bayerischen Landtag. Beim jährlichen Treffens mit der SPD-Fraktion betonten sie die Bedeutung des Meinungsaustausches mit allen Fraktionen, denn „wir kämpfen für die Interessen der Kommunen“, sagte Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger.

Das Parteibuch sei nachrangig. Es gelte auch Tapferkeit vor dem Freund.

Fairer Wettbewerb

Übereinstimmend stellten die alle der CSU angehörenden Vorsitzenden Hans Schaidinger, Theo Zellner (Landkreistag), Manfred Hölzlein (Verband der Bezirke) sowie Geschäftsführer Dr. Jürgen Busse (Gemeindetag) nach dem über zweistündigen SPD-Gespräch im Maximilianeum vor der Presse fest, man sei sich zwar nicht in allen Fragen mit der großen Oppositionsfraktion einig, habe bei Streitpunkten aber zumindest Nachdenklichkeit festgestellt. Das gleiche gilt gegenüber der CSU-Fraktion. Zur wirtschaftlichen Situation der Stadtwerke und anderer

Gewerbesteuer erhalten

Zur Unternehmenssteuerreform bleibt die kommunale Forderung, die Gewerbesteuer zu erhalten. Befürchtet werden trotz aller beruhigenden Erklärungen Einbrüche in (bundesweit) Milliardenhöhe. Dafür müsse es einen Ausgleich geben. Die Situation in den Kommunen stellt sich den Äußerungen der Vorsitzenden zufolge so dar, dass viele glück- (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerns Wirtschaftsbilanz 2006:

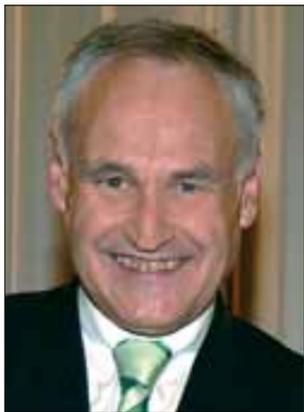
Weiter auf der Erfolgsspur

Zuversicht auch für das laufende Jahr

Eine überaus positive Bilanz für das vergangene Jahr konnte Wirtschaftsminister Erwin Huber bei seiner Jahrespressekonferenz in München vorlegen. 2006 sei ein „starkes Jahr für Bayern“ gewesen, betonte der Minister. Der Aufschwung habe auf breiter Front eingesetzt. Die Wirtschaft im Freistaat sei fast dreimal so stark gewachsen wie 2005.

Als besonders erfreulich bezeichnete Huber den Umstand, dass die neue wirtschaftliche Dynamik den bayerischen Ar-

durchschnitt lag sie bei 7,8 %. Nach Schätzungen seien 100.000 Arbeitsplätze im vergangenen Jahr geschaffen worden. „In allen Regionen Bayerns geht die Arbeitslosigkeit spürbar zurück.“ „Hidden Champion“ unter den Landkreisen sei Eichstätt mit einer Rate von 2,6 % im Dezember 2006. In diesem Jahr werde die durchschnittliche Ar- (Fortsetzung auf Seite 4)



Erwin Huber.

beitsmarkt voll erfasst hat. Die Wende am Arbeitsmarkt sei geschafft. Die Arbeitslosenquote im Freistaat sei 2006 von 8,5 % im Januar auf 5,9 % im Dezember zurückgegangen. Im Jahres-

Neues von Sabrina

„An Karneval maskiert man sich, damit man die Maske fallen lassen kann“, stellt die Vorzimmerperle gemeinsam mit dem Aphoristiker Gerhard Uhlenbruck fest. Sie zeigt Mitgefühl mit ihrem Chef, der von Dreikönig bis Faschingsdienstag eine stattliche Anzahl von Pflichtterminen absolvieren muss. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Mehr Selbstverwaltung im Versuch	2
„Faustlos“ gegen Gewalt an Schulen	2
Hoffen auf Nachtragsetat	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Kommunalpolitiker sind nicht unwichtig	3
Starke Kreise braucht das Land	3
GZ-Fachthemen: EDV - Technik für die Kommunalverwaltung	5 - 9
Outsourcing	10
Umwelt - Abfall	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Mehr Selbstverwaltung im Versuch

Mindestens 20 Kommunen für vier Jahre dabei

Es geht um Zusammenarbeit, Denkmalschutz, Personalvertretung, Schülerbeförderung

Anknüpfend an die Initiativen der Staatsregierung zum Abbau kommunaler Standards im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und Selbstbestimmung soll voraussichtlich ab 2008 in etwa 20 Kommunen ein vierjähriger Modellversuch beginnen. Im federführenden Rechtsausschuss des Landtags wurde der entsprechende Regierungsentwurf mit einigen Änderungen von der CSU-Mehrheit gebilligt. Insbesondere geht es um die kommunale Zusammenarbeit, den Denkmalschutz, die Personalvertretung und die Schülerbeförderung.

Die Staatsregierung geht davon aus, dass trotz vielfältiger Bemühungen zum Bürokratieabbau Regulierung und Reglementierung in den letzten Jahren immer weiter zugenommen haben. Von kommunaler Seite werde zunehmende Kostenbelastung durch staatliche Vorgaben beklagt. Die Kommunen sehen sich dadurch in ihrer Selbstverwaltung eingeschränkt. Schon in der ersten Lesung Ende 2006 im Landtagsplenum hatte Staatskanzleiminister Eberhard Sinner betont, das Modellgesetz sei von den kommunalen Spitzenverbänden begrüßt worden (s. GZ 22/23.11.06).

Das bezweifelte die Opposition im Rechtsausschuss. Florian Ritter (SPD) meinte, die Spitzenverbände sähen keine besondere

Erleichterungen und hätten nicht einheitlich zugestimmt. Der Katalog der Erprobungsfelder müsse nochmals überprüft werden. Grundsätzlich zeigte sich Ritter mit der Einteilung der Kommunen quer durch alle Regierungsbezirke einverstanden, die Zahl (bisher 20) der Versuchsteilnehmer sei gegebenenfalls zu erweitern. Christine Stahl (Grüne) erachtete, in Teilen richte der Gesetzentwurf sogar Schaden an. Letzten Endes wolle die Staatsregierung auf Kosten der Kommunen sparen.

Wichtiger Eckpfeiler

Hans Herold (CSU) bezeichnete die Vorlage als wichtigen Eckpfeiler zur Deregulierung und zur Stärkung der kommunalen Selbst-

verwaltung. Das Erprobungsgesetz ermögliche mehr Freiheit, Transparenz und Vertrauen. Er bekräftigte, die Spitzenverbände seien weitgehend einverstanden. Allerdings hat die CSU in einem Änderungsantrag beim Denkmalschutz die Mitwirkung der Unteren Denkmalschutzbehörde stark eingeschränkt.

Oberregierungsrat Dr. Achim Seidel von der Staatskanzlei er-

klärte, die Auswahl der Modellkommunen sei nach Rücksprache mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgt, könne jedoch noch erweitert werden. Weitere Kommunen hätten ihr Interesse angemeldet. Das Projekt werde auf alle Fälle wissenschaftlich begleitet.

Die oppositionellen Änderungsanträge wurden von der CSU abgelehnt bzw. für erledigt erklärt. In der Einzelabstimmung über den Gesetzentwurf ergab sich in einigen Punkten durchaus Übereinstimmung mit der Opposition, die insgesamt jedoch beim Nein blieb. **rm**

Last-Minute-Reise-Schnäppchen!

Buchen Sie direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Drei Jahre „Faustlos“ in Bayern:

Gegen Gewalt an Schulen

Landesbausparkasse übernimmt weitere Patenschaften

München. Die Stiftung „Bündnis für Kinder - gegen Gewalt“ wurde vor fünf Jahren von der Bayerischen Staatsregierung gegründet. Einer ihrer Schwerpunkte, das Gewaltpräventionsprojekt „Faustlos“ ist ein Programm, durch das Kinder frühzeitig lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Unter dem Motto „Drei Jahre Faustlos in Bayern“, zogen nun die drei Partner der bayerischen Initiative, die Bayerische Landesbausparkasse, das Bündnis für Kinder gegen Gewalt und die Entwickler des Programms, das Heidelberger Präventionszentrum, in der Landesbausparkasse Bilanz.

Erfahrungsaustausch-Runden organisieren, Elterninformationsabende veranstalten und zusätzliche Lehrkräfte ausbilden lassen.“

Ansatz der Nachhaltigkeit

Auf den Ansatz der Nachhaltigkeit machte Bayerns Familien-

Flächendeckend für ganz Deutschland

Ex-Bundespräsident Roman Herzog, der Vorstandsvorsitzende des Bündnisses für Kinder gegen Gewalt sagte, Ziel sei es, das Programm „Faustlos“ flächendeckend im gesamten Bundesgebiet zu installieren. Bayern habe mit diesem Programm eine Vorreiterrolle übernommen. 1.800 der rund 6.000 Einrichtungen, die mittlerweile bundesweit mit dem Präventionsprogramm arbeiten, seien Schulen und Kindergärten im Freistaat. 1.000 von ihnen mit Hilfe einer Patenschaft der Bayerischen Landesbausparkasse.

„Selbstbestbewusste, sozialkompetente Kinder gestalten die Gesellschaft von morgen“, sagte Herzog. „Möglichst viele Unternehmen zu motivieren für Kinder aktiv zu werden, das will das Bündnis für Kinder mit seinem Patenschaftsmodell erreichen.“ Die LBS habe mit der mit Abstand umfangreichsten Faustlos-Patenschaft einen Meilenstein für eine soziale kinderfreundliche Gemeinschaft in Bayern gelegt.

Der Sprecher der Geschäftsleitung der LBS, Franz Wirmhier, berichtete, 500.000 Euro habe sein Unternehmen bislang für Faustlos-Patenschaften eingesetzt. Jetzt gehe die Initiative in die nächste Runde. Da Faustlos von den Grundschulen gut angenommen wurde, werde die LBS weitere 100.000 Euro für das Programm in die Hand nehmen.

Der Bedarf sei hier ebenfalls groß. „Mit unseren Patenschaften für die Förderschulen wollen wir die Verbreitung von Faustlos in der Grundschulstufe komplett machen“, betonte Wirmhier. Ganz wichtig sei aber, dass Faustlos überall dort, wo es eingesetzt wird, auch dauerhaft und selbstverständlich im Schulleben integriert wird und bleibt. „Wo Interesse besteht, werden wir weiter



LBS-Geschäftsleitungssprecher Dr. Franz Wirmhier (li.) überreichte dem Vorsitzenden des „Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt“, Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog, und der Lehrerin Ingrid Roser-Grüter vom Förderzentrum Freising die ersten beiden Faustlos-Koffer mit Lern- und Spielmaterial der neuen Serie von LBS-Patenschaften zur Gewaltprävention. **□**

lienstaatssekretär Jürgen Heike aufmerksam. Um in der Prävention spürbare Effekte zu erzielen, sei nachhaltiges Engagement geordert. Die Bereitschaft, weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, sei ein nachahmenswertes Beispiel der LBS, wie soziale und gesellschaftspolitische Verantwortung im Sinne einer Corporate Social Responsibility gelebt werden kann.

Für Andreas Schick, einen der beiden Entwickler von Faustlos, hatten die bayerischen Schulen ideale Voraussetzungen: „Durch die Unterstützung der LBS bekamen interessierte Schulen eine hervorragende Startbedingung, weil die Entscheidung für Faustlos einzig von der Bewertung des Programms abhing und nicht von der Kostenfrage.“ Die LBS-Initiative trage zur Realisierung der Vision des Heidelberger Präventionszentrums bei, Faustlos bundesweit an allen Schulen zu etablieren. Aufgrund des großen Einsatzes der Sparkassen, durch deren Unterstützung die LBS-Aktion flächendeckend in ganz Bayern umgesetzt werden konnte, sei die Anbindung der Schulen außergewöhnlich eng gewesen. **E. Scholl**

69. Bauschäden-Forum in Rottach-Egern am Tegernsee

Zum 69. Bauschäden-Forum treffen sich vom 20. bis 22. März im Kongreßzentrum von Rottach-Egern erneut zahlreiche Fachleute, die mit „Bauen“ zu tun haben, um aktuelle Schäden zu analysieren, daraus zu lernen und so eigene Fehler zu vermeiden. Die renommierte Veranstaltung lockt alljährlich mehrere hundert Teilnehmer in den Kurort am Tegernsee.

Dazu werden von den Referenten exemplarische Bauschäden erläutert. Ziele sind das Bewußtmachen einfacher Naturgesetzmäßigkeiten und die Aufdeckung von Konstruktionsfehlern, sowie die Darstellung des „richtig statt falsch“. Die Mitwirkung der Teilnehmer ist möglich und erwünscht und schließt auch Widerspruch und Diskussion kontroverser Meinungen mit ein.

Neben konkreten Schäden werden immer auch grundlegende Themen wie etwa Normen, juristische Fallstricke, Messverfahren und vieles mehr von renommierten Referenten vorgetragen. Auch hier fließen aktuelle Entwicklungen und spontane Reaktionen des Auditoriums ein.

Das Bauschäden-Forum versteht sich als völlig unabhängig, frei von Werbung und Sponsoren und garantiert so neutrale Wissensvermittlung ohne Rücksichtnahmen.

Einladung, Tagungsprogramm und Informationen im Internet unter <http://www.bauschaedenforum.de>. **□**

Hoffen auf Nachtragsetat

Haupt- und Ganztagschule bleiben auf der Tagesordnung
Opposition fordert mehr Geld auch für Kommunen

Staatsregierung und CSU haben Eltern und Kommunen nochmals signalisiert, dass die Hauptschule nicht auslaufen werde. Ihr Ausbau zur Ganztagschule soll in einer den Schülerzahlen angepassten Weise fortgesetzt werden.

Im Landtagsplenum standen Dringlichkeitsanträge der Opposition auf der Tagesordnung. SPD und Grüne forderten einen Nachtragshaushalt für Ganztagschulen, wobei sichergestellt werden müsse, dass die Kommunen, wie bei den IZBB-Mitteln des Bundes, 90% ihrer Investitionskosten für einen bedarfsgerechten Ausbau vom Freistaat erhalten.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) sah die Glaubwürdigkeit von Staatsregierung und CSU in ihrem Bekenntnis zur Hauptschule am Ende, weil im Etat nichts

Entsprechendes zu finden sei. Simone Tolle (Grüne) befand, die Ankündigung eines 300-Millionen-Programms sei unglaubwürdig. Beide forderten, den Hauptschulen die gestrichenen 1650 Lehrstellen zurückzugeben.

Bernd Sibler (CSU) verwies auf den im Herbst kommenden Nachtrag zum Etat 2007/2008. Es seien zudem keine Lehrstellen pauschal gestrichen worden. Sie wurden an andere Schultypen verlagert, den sinkenden Schülerzahlen an der Hauptschule entsprechend.

„Wir haben nicht vor, an der Hauptschule zu sparen, sondern wir wollen investieren“, versicherte Kultusstaatssekretär Karl Freller. Die Hauptschule werde gestärkt, damit ihr Abschluss gerade für die ortsansässigen Betriebe bei der Einstellung von Lehrlingen Gewicht habe.

Bei Ganztagschulen mit Nachmittagsbetreuung werde zwischen „gebundenen“ (pflichtmäßigen) und „offenen“ (freiwilligen) unterschieden. Gegenwärtig gibt es laut Freller 90 gebundene und 678 offene Ganztagschulen in Bayern. Ihre Zahl werde erhöht.

Konkrete Etatzahlen nannte der Staatssekretär nicht. Die Oppositionsanträge wurden von der CSU abgelehnt. **rm**

In zehn Minuten am Brandort

Wenn es nach Plan geht werden die Freiwilligen Feuerwehren in Bayern künftig nicht auf die Gemeindegrenze beschränkt sein. Das ist nur ein Aspekt des vom Kabinett Ende Januar beschlossenen neuen Feuerwehrgesetzes, das optimale Lösungen anstelle starrer Regelungen setzen soll. Unter diesem Aspekt hat die CSU im Landtag den von der SPD eingebrachten Gesetzentwurf abgelehnt, der sich auf die Zulassung von Feuerwehrzweckverbänden und zwar zunächst in der Erprobung beschränkte.

Eine solche Detailregelung vorzuziehen, sei nicht sinnvoll, erklärte für die CSU-Fraktion Herbert Ettengruber zum SPD-Feuerwehr-Zweckverbandserprobungsgesetz (FwZVEG) im Plenum. Sinnvoll sei eine Überarbeitung des gesamten Feuerwehrgesetzes. Der Kabinettsbeschluss geht zunächst in die Anhörung. Ettengruber nannte Stichworte: Der „abwehrende Brandschutz“ und der technische Hilfsdienst können auf Zweckverbände übertragen werden; dies bei Bestandsgarantie für Ortsfeuerwehren. Personen, die nicht in ihrer Heimatgemeinde arbeiten, können am Arbeitsort zusätzlich oder alternativ Mitglied der Feuerwehr sein. Auf Antrag kann man bis zum 63. Lebensjahr Feuerwehrmann bzw. -frau sein. **rm**

Die Befugnisse der Einsatzleistungen werden neu geregelt. Insgesamt soll jede Feuerwehr vor Ort binnen zehn Minuten am Einsatzort sein.

Die SPD hatte ihr FwZVEG im September letzten Jahres im Landtag eingebracht. Ihre kommunalpolitische Sprecherin Helga Schmitt-Bussinger wollte den Entwurf nicht zurückziehen. Die Kabinettsvorlage mache deutlich, dass rascher Handlungsbedarf bestehe. Der Gemeindegrenze habe sich positiv zum FwZVEG geäußert.

Innenstaatssekretär Georg Schmid begrüßte den Ansatz des SPD-Entwurfs. Es gehe um ein gemeinsames Anliegen. Man könne aber ruhig noch einige Monate warten, bis die Anhörung aller Beteiligten gelautet sei. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Wiesheu
85406 Zolling
am 2.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jose-Ricardo Castro-Riemen-
schneider
95686 Fichtelberg
am 3.3.

Bürgermeister Gerhard Schiller
95194 Regnitzlosau
am 3.3.

Bürgermeister
Andreas Hildebrandt
82491 Grainau
am 4.3.

Bürgermeister Josef Schäch
85283 Wolnzach
am 4.3.

Bürgermeister Gustav Schlögel
89281 Altenstadt
am 5.3.

Oberbürgermeisterin
Gudrun Grieser
97421 Schweinfurt
am 5.3.

Bürgermeister Fritz Fürk
91281 Kirchenthumbach
am 6.3.

Bürgermeister Hans Mümmert
82377 Penzberg
am 7.3.

Bürgermeister Reinhard Schwirzer
91781 Weißenburg/Bay.
am 7.3.

Bürgermeister Richard Schmitt
97494 Bundorf
am 8.3.

Bürgermeister Johann Hartmann
87647 Kraftsried
am 8.3.

Bürgermeister Eduard Grötz
94342 Straßkirchen
am 8.3.

Bürgermeister Hans Harrer
91795 Dollnstein
am 22.2.

Bürgermeister Peter Lederer
82327 Tutzing
am 22.2.

Bürgermeister Anton Scherer
83727 Schliersee
am 24.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Dorner
86736 Auhausen
am 3.3.

Bürgermeister Hans Koch
92281 Königstein
am 5.3.

Bürgermeister Willibald Hogger
93164 Laaber
am 6.3.

Bürgermeister Adolf Lutz
97782 Grafendorf
am 8.3.

Bürgermeister Kaspar Vogl
94143 Grainet
am 8.3.

Bürgermeister Paul Fackler
86741 Ehingen a. Ries
am 8.3.

Bürgermeister Andreas Dirr
85122 Hitzhofen
am 10.3.

Bürgermeister Armin Bauer
88179 Oberreute
am 10.3.

Bürgermeister
Hans Reichhart
89343 Jettingen-Schepbach
am 11.3.

Bürgermeister Otto Dürnig
97849 Roden
am 20.2.

Bürgermeister Michael Spreng
85111 Adelschlag
am 22.2.

Bürgermeister Georg Förster
91054 Adelschlag
am 22.2.

Bürgermeister Karl Mühlbauer
97225 Zelligen
am 25.2.

Bürgermeister
Hermann Reichert
91749 Wittelshofen
am 26.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Lothar Birkfeld
90613 Großharbersdorf
am 1.3.

Bürgermeister Josef Grübl
94439 Roßbach
am 21.2.

Bürgermeister Emil Müller
97705 Burkardroth
am 23.3.

Bürgermeister Johann Eichler
85653 Aying
am 24.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Hauser
87662 Kaltental
am 4.3.

Bürgermeister Wolfgang Fees
91094 Langensendelbach
am 6.3.

Bürgermeisterin
Marianne Ganzenmüller-Seiler
86751 Mönchsdeggingen
am 6.3.

Bürgermeister Karl Kolb
86750 Megesheim
am 7.3.

Bürgermeister Hans Prechtl
92551 Stulln
am 24.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Mohr
91608 Geslau
am 28.2.

GZ-Interview mit MdL Alfons Zeller:

Der ländliche Raum bietet großartige Chancen!

Die Entwicklung des ländlichen Raumes in Bayern, der rund 80 Prozent der Fläche und 60 Prozent der Bevölkerung umfasst, ist derzeit in aller Munde. Demnächst soll ein soeben erstellter Textentwurf des Bayerischen Wirtschaftsministeriums mit einem ähnlichen Konzept der Arbeitsgruppe um Markus Sackmann im Landtag sowie mit den Gebietskörperschaften abgestimmt werden. Welche Maßnahmen nötig sind, um die Eigenständigkeit des ländlichen Raumes zu bewahren, seine Entwicklung nachhaltig zu gestalten und seine Zukunftsfähigkeit zu sichern, darüber sprach die GZ mit Alfons Zeller, CSU-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Tourismusverbandes Allgäu-Bayerisch-Schwaben.

Betrachtet man die demografische Entwicklung, so ist Zeller zufolge bis zum Jahr 2050 „ein nicht unerheblicher Bevölkerungsrückgang in Deutschland“ zu erwarten. Während dieser in Bayern mit nur 0,8 Prozent vergleichsweise gering ausfallen dürfte, werde für Nordrhein-Westfalen ein Rückgang von 11 Prozent prognostiziert. Im Klartext bedeute dies: „Der Freistaat wird die Problematik ländlicher Raum nicht so stark zu spüren bekommen wie andere Flächenländer in Deutschland.“

Natürliche Intelligenz fördern

Zeller zeigte sich dennoch davon überzeugt, „dass wir gerade die auch durch den Menschen vorgegebenen Ressourcen im ländlichen Raum noch stärker nutzen müssen“. Es gelte, die natürliche Intelligenz zu fördern; gerade Pragmatiker müssten mit Naturwissenschaft und Technik noch stärker in Verbindung gebracht werden. „Es muss uns gelingen, den ländlichen Raum so attraktiv zu gestalten, dass junge Leute nach Ausbildung bzw. Studium wieder in ihre Heimat zurückgehen, damit Arbeitsplätze geschaffen und neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden“, betonte der Abgeordnete. Wichtig erscheint ihm in diesem Zusammenhang der „schnelle Aufbau einer perfekten Infrastruktur für die Informations- und Kommunikationstechnologien“. Die Globalisierung mache auch vor dem ländlichen Raum nicht Halt, weshalb weltweite Verbindungen benötigt würden. Zeller: „Globalisierung beiseite zu schieben, wäre Protektionismus und ginge letztlich mit einer negativen Entwicklung für den ländlichen Raum einher. Es geht jetzt darum, die Herausforderungen anzunehmen und zu bewältigen.“ Deutschland habe als Exportweltmeister sehr deutlich unter Beweis gestellt, dass es die Globalisierung bisher gut bewältigt hat; jedoch seien noch große Anstrengungen nötig.

„Ob dieser Entwicklung werden wir künftig sicherlich nicht jeden landwirtschaftlichen Betrieb aufrechterhalten können“, fuhr der Allgäuer Landtagsabgeordnete fort. Um ehemalige Anwesen einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, regte Zeller an, „mit einer entsprechenden Bauleitplanung und Bauordnung darin High-Tech-Unternehmungen zu entwickeln“. Dies könnten die bereits erwähnten qualifizierten jungen Rückkehrer leisten. Somit seien diese Gebäude für den ländlichen Raum wertsteigernd zu nutzen.

Standortfrage

„Gerade die Standortfrage spielt also eine große Rolle“, bemerkte der CSU-Politiker, der jedoch gerade auch in der Zusammenarbeit kleiner mittelständischer Unternehmen auf engem Raum noch Verbesserungsbedarf sieht. Es gebe Firmen, die ihre Vorfertigungsprodukte und Nachfertigungen oft am Ende der Welt erstellen ließen, „obgleich

in der Nachbarschaft Unternehmen angesiedelt sind, die möglicherweise eine Wertsteigerung des Produktes ohne weiteres bewerkstelligen und somit auch das wirtschaftliche Wachstum



Alfons Zeller, MdL.

im ländlichen Raum und in der Wirtschaft belassen könnten“.

Regionalmanagement

Regionalmanagement sei das Gebot der Stunde, betonte Zeller. Darunter verstehe man derzeit weitestgehend, wie man regionale Produkte vermarkten kann. Dies sei allerdings „bei weitem nicht ausreichend, um den ländlichen Raum auf einer einigermaßen hohen wirtschaftlichen Basis halten zu können“. Um eine bessere Verknüpfung herzustellen, seien Persönlichkeiten, die die Unternehmen und deren Innenleben kennen, gefragt.

Ein ganz entscheidender Punkt für den ländlichen Raum ist die Entwicklung des Tourismus, „der allerdings heute ohne Professionalität nicht mehr zu bewerkstelligen ist“. Fremdenverkehr wird Zeller zufolge rund um den Globus angeboten. Das Angebot sei ungeheuer vielfältig, „weshalb wir uns auch weiterhin sehr anstrengen müssen, den ländlichen Raum als optimalen Ort für die schönsten Tage des Jahres zu präsentieren“. Zur breiten Angebotspalette zähle u. a. der gesamte Bereich WellVital, die 2002 erfolgreich im Markt eingeführte Dachmarke für Gesundheits- und Wellnessurlaub in Bayern. Geothermische Bäder könnten u. a. attraktive Erholungsmöglichkeiten bieten. „Hier ist sicherlich noch nicht jede Möglichkeit ausgeschöpft“, bemerkte der MdL.

Heimatbezogene Kultur

Wo Tourismus draufsteht, ist auch Kultur drin. „Natürlich wird man zwangsläufig nicht in jedem Dorf ein Nationaltheater aufbauen können“, meinte Zeller, doch sei offensichtlich, „dass gerade die heimatbezogene Kultur wieder eine besondere Nachfrage erfährt“. „Unwahrscheinlich vielfältig“ seien die Möglichkeiten, auch auf sehr hohem Niveau Kultur zu erlernen - siehe Musikschulen. Kulturvermittlung und -pflege gäben den Gästen Heimat auf Zeit und den Einheimischen echte Heimat. In

diesem Zusammenhang wies der MdL darauf hin, dass vor allem im kulturellen Bereich grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr erfolgreich praktiziert werde. Bestes Beispiel sei das qualitativ hochwertige Euregio Blasorchester, dem Musiker aus Vorarlberg, Tirol und Bayern angehören.

Zusammengehörigkeit

Die Tatsache, „dass ein Dorf alles andere als ein Raum der Anonymität ist“, möchte Zeller künftig mehr in den Mittelpunkt gestellt wissen. Menschen fühlten sich auf dem Land weitaus mehr zusammengehörig, „was gerade unter dem Gesichtspunkt einer älter werdenden Bevölkerung von Nutzen sein kann“ - Stichwort gegenseitige Hilfe. Diese Bürgeraktivität stelle einen nicht weg zu diskutierenden Anziehungspunkt dar. „weshalb sich so mancher gut überlegen wird, ob er sein Leben in der Großstadt oder im ländlichen Raum verbringen will“. Hinzu komme die Möglichkeit, das Modell Mehrgenerationenfamilie leben zu können - „eine Riesenchance, die die Stadt letzten Endes gar nicht bieten kann“. Hier wird es laut Zeller auch darauf ankommen, „wie stark die Kommunalpolitik in der Bauleitplanung derlei Überlegungen gerecht wird“. Möglicherweise sei hier ein Umdenken nötig.

Lebensfreude im eigenen Garten

„Lebensfreude pur“ bedeutet für viele Menschen auch der eigene Garten, der den Menschen auf dem Lande viel unkomplizierter geboten werden kann. Dabei muss es sich nicht immer um große Grundstücke handeln. Schrebergärten dienen dem gleichen Zweck. Selbst in ländlichen Gebieten sei es gerade für jene Menschen, die in Wohnungen leben, etwas Besonderes, wenn sie

Deutscher Landkreistag:

Starke Kreise braucht das Land!

Landkreisversammlung in Berlin forderte mehr Handlungsspielräume für Kommunen

Für eine Stärkung der Eigenverantwortung der kommunalen Ebene hat sich der Deutsche Landkreistag (DLT) auf seiner Landkreisversammlung in Berlin ausgesprochen. Vor knapp 700 Repräsentanten aus allen 323 deutschen Landkreisen wies DLT-Präsident Hans Jörg Duppré darauf hin, dass Politik für die Bürger kein undurchschaubares Dickicht von Interessen sein dürfe. Vielmehr müsse sie für die Menschen wieder stärker fühlbar werden. Für die Kommunen bedeute dies, „verlässliche und beständige Entscheidungen treffen zu können, die das Leben der Menschen vor Ort verbessern und die akzeptiert werden“.

Der Deutsche Landkreistag feierte im Rahmen seiner diesjährigen Landkreisversammlung das 90jährige Verbandsjubiläum. Im Beisein von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel benannte Verbandspräsident Duppré einige Politikfelder, die für die Landkreise von zentraler Bedeutung sind. Dazu gehört u. a. die bevorstehende zweite Stufe der Föderalismusreform, in der es gelte, kommunale Belange angemessen zu berücksichtigen. „Die Kommunen müssen unbedingt an Entscheidungen beteiligt sein, die sie und ihre Finanzen unmittelbar betreffen. Der Deutsche Landkreistag geht von seiner Mitwirkung in der Kommission aus und erwartet, selbst bestimmen zu können, durch wen er in dem Gremium vertreten sein wird“, betonte der Präsident.

Konkret müsse in der Kommission offen über eine Stärkung der Eigenverantwortung bei der Einnahmestaltung der Landkreise, Städte und Gemeinden

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leser

Nein, glücklich kann man nicht sein, wenn ein erfolgreicher Ministerpräsident und Parteivorsitzender sich selbst ein Bein gestellt hat und deshalb unter der Attacke einer profilierten, medienwirksam agierenden Kommunalpolitikerin inzwischen die ganze Partei leidet. Und es nützt auch wenig, aus der ganzen Misere zu lernen, dass man auch in der CSU Frauen nicht unterschätzen sollte, schon gar nicht, wenn sie aus dem fränkischen Zirndorf kommen und Pauli heißen.

Ich teile weder den Stil eines Herrn Höhenberger, aus der Staatskanzlei heraus unliebsame Kritiker durch Ausspionieren des Privatlebens mundtot machen zu wollen, noch den der

Kommunalpolitiker sind nicht unwichtig!

Fürther Landrätin, die über das Internet jedem des Schreibens kundigen CSU-Hasser die Möglichkeit bot, sein Müttchen zu kühlen. Personelle Kritik und Forderungen innerparteilicher Art gehören meiner Meinung nach auch nicht in den Medien ausgetragen. Mit allen von ihr und anderen Kritik-Epigonen vorgetragenen Zitaten und Meinungen werden wir alle an der Basis uns in den kommenden Monaten mit dem politischen Gegner herumschlagen müssen - ob sie stimmen oder nicht. Die genüssliche Aufzählung der Zitate durch SPD-Fraktionschef Maget am 30. Januar im Bayerischen Landtag sprach Bände. Die SPD, die in Bayern bisher durch Nichtleistung aufgefallen ist, kann sich jetzt rein auf unsere Kosten profilieren.

Was mich und viele, mit denen ich gesprochen habe, von Anfang an wurmte, war die

Ihr
Max. Gaul

Ignoranz mit der man explizit sogar im Parteivorstand Unterschiede machte zwischen wichtigen und unwichtigen Mitgliedern, also zwischen einer Parteivorstandsobere- und unterklasse, und zur letzteren Kategorie scheinen offensichtlich Kommunalpolitiker zu gehören. Sie sind „nicht wichtig“.

Kommunalpolitiker sind nicht so unwichtig. Täglich müssen sie vor Ort den Kopf hinhalten für eine Politik, die nicht immer auf Wohlgefallen stößt. Kommunalpolitiker, ob im Ehrenamt oder im Hauptamt, sind auch nicht zu unwichtig, um tausendfach bis in den kleinsten Ort für die Partei täglich das zu leben, was Slogan der CSU seit vielen Jahren ist: „Näher am Menschen“.

Da liegt der Hund begraben. Die vier Säulen unserer Arbeit und die darin wirkenden Mandatsträger in Kommune, Land, Bund und Europa müssen sich gleichwertig artikulieren und darstellen dürfen und sie müssen ernst genommen werden.

Ob es nur ein Ausrutscher des doch zweifellos überaus erfolgreichen Parteivorsitzenden Dr. Edmund Stoiber war, sei dahingestellt, aber sein Nachfolger kann aus diesen Fehlern lernen: Jede und jeder in unserer Partei, die, bzw. der, bereit ist ihr zu dienen, ist mit ihrer/seiner Kritik, Meinung und Arbeit gleichermaßen wichtig. Richtig verstandene und auch für unsere Partei notwendige Loyalität darf dabei keine Einbahnstraße sein.

am Wochenende die reine Natur erleben können, sagte Zeller. „Und wenn die Leute dann noch in der Lage sind, ihre Lebensmittel selbst anzubauen zu können, ist das eine Riesengestaltung“, ergänzte der CSU-Politiker.

Neue Chancen für die Landwirtschaft

Im Übrigen eröffneten sich hier neue Chancen für die Landwirtschaft: Der Landwirt könnte we-

nige Hektar als Schrebergartenfläche ausweisen, für die er eine entsprechende Pachtzahlung bekäme. Zwar hätten die Kommunen dann planerische Vorleistungen in Form von Entsorgungseinrichtungen zu erbringen; doch gibt es Zeller zufolge Bereiche, in denen diese Möglichkeiten vor Ort bereits vorhanden sind, „und wo es nur noch um relativ geringe Beträge geht“. Auch könnte man das Thema Umweltschutz mit einbeziehen. DK

Förderung der regionalen Wachstumspotenziale und damit der Entstehung neuer Arbeitsplätze verpflichtet. Das öffentlich-rechtliche Sparkassensystem müsse in Deutschland flächendeckend erhalten bleiben. Deshalb unterstütze der DLT nachdrücklich einen Antritt der Sparkassenorganisation im Bieterverfahren um die Landesbank Berlin Holding.“

Kommunalblindheit bei der EU

Verbesserungsbedarf sah der Präsident allerdings mit Blick auf die Europäische Union. Der nunmehr beigelegte Streit der Kommission mit der Bundesrepublik um den Namensschutz der kommunalen Sparkassen habe gezeigt, dass es Brüssel noch immer schwer fällt, mit den bewährten deutschen Aufgabenstrukturen umzugehen und diese als erfolgreich zu akzeptieren. „Wir wünschen uns ein besseres Verständnis für unsere Belange und die der Menschen vor Ort und fordern, dass Europa seine Kommunalblindheit überdenkt und ablegt. Anderenfalls nimmt man die Bürger der Europäischen Union nicht hinreichend auf dem gemeinsamen Weg in die Zukunft mit und verfestigt letztlich die um sich greifende Europaverdrossenheit.“ Die EU müsse als Partner der Menschen und nicht als bürokratischer Hemmschuh agieren.

Darüber hinaus machte der DLT-Präsident deutlich, dass die Gesundheitsreform 2006 die Landkreise insbesondere als Träger von Krankenhäusern und des Rettungsdienstes treffe. „Die Kreise stellen trotz des Privatisierungsschubs im Kliniksektor mehr als die Hälfte der Krankenhausbetten. Daher müssen die Folgen der Gesundheitsreform für den kommunalen Bereich sehr genau in den Blick genommen werden. Gerade bei einer älter werdenden Gesellschaft sollte das Augenmerk der Bundesregierung darauf gerichtet sein, dass die Versorgung mit (Fortsetzung auf Seite 4)

Weiter auf der Erfolgs...

(Fortsetzung von Seite 1)
beitslosenquote vermutlich unter die Sechs-Prozent-Marke fallen, erklärte der Wirtschaftsminister. Die Menschen im Freistaat seien somit „Gewinner des Aufschwungs“.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt habe um 2,5 % zugenommen, fuhr der Minister fort. Damit rangiere Bayern unter den alten Ländern auf Rang 3, insgesamt allerdings nur im Bundesdurchschnitt. Huber führte dies in erster Linie auf das unterdurchschnittliche Abschneiden des bayerischen Einzelhandels (trotz Fußball-WM leichter Umsatzrückgang von 0,9 %) und des Gastgewerbes zurück. Ursache hierfür seien Verluste durch den grenznahen Tanktourismus.

Binnenkonjunktur zieht an

Erfreulich sei, dass im Gegensatz zu den vergangenen Jahren der Funke der Exportnachfrage endlich auf die Binnenkonjunktur übersprungen sei, betonte Huber. Das Verarbeitende Gewerbe war erneut Konjunkturlokomotive, auch im Handwerk sind die Geschäfte mit einem erwarteten Umsatzplus von gut 4 % wesentlich runder gelaufen als vor Jahresfrist und selbst die Bauwirtschaft, die jahrelang im Konjunkturschatten stand, hat sich stark erholt.

Nominal sei bei der bayerischen Wirtschaftsleistung erstmals die Schallmauer von 400 Mrd. Euro durchbrochen worden, sagte der Minister. Nach jahrelanger Aufholjagd gehöre Bayern heute zu den produktiv-

Sorge um Stadtwerke ...

(Fortsetzung von Seite 1)
lich über die sprudelnde Gewerbesteuer seien, andere, gerade kleine Kommunen aber nichts davon hätten. Weitere Gewerbe- und Bevölkerungsabwanderung sei die Folge.

Bei aller Kritik lobten die Vorsitzenden den aktuellen kommunalen Finanzausgleich in Bayern. Gleichwohl blieben manche Forderungen offen. Es geht um die kommunale Mehrbeteiligung an der Verbundmasse.

Zur Haupt- und Ganztagschule - die im Landtagsplenum gerade wieder kontrovers zwischen CSU und Opposition diskutiert wurde war die einhellige Meinung der drei betroffenen Spitzenverbände, dieser Schultyp müsse so ausgestaltet werden, dass seine Abschlüsse sowohl den Übergang in weiterführende Schulen als auch in das Berufsleben leichter ermöglichen. Gefordert werden mehr Lehrer, damit die Ganztagschule nicht nur der Betreuung sondern auch der Bildung diene.

Höherer Staatszuschuss

Auf jeden Fall müsse der Staatszuschuss für die Schülerbeförderung von jetzt etwa 60% wieder auf 80% erhöht werden. Man hofft, dass den Ankündigungen der Staatsregierung Taten folgen.

Für die SPD-Fraktion betonten Vorsitzender Franz Maget und die kommunalpolitische Sprecherin Helga Schmitt-Bussinger vor der Presse die sehr kollegiale Atmosphäre des internen Gesprächs mit den Spitzenverbänden. Sie sahen sich in weitgehender bis voller Übereinstimmung in vielen Punkten. Auch der Forderung nach Erhöhung des allgemeinen Steuerbundes von jetzt 11,6% auf 15% will sich die SPD weiter annehmen. Das müsse binnen vier Jahren erreicht werden. **rm**

sten und reichsten Regionen Deutschlands. Getragen wurde der bayerische Aufschwung von einem neuen Exportrekord, der erstmals 140 Mrd. Euro überschreiten dürfte und sowie von lang erwarteten Steigerungen in der Binnenkonjunktur.

Strategische Schwerpunkte

Als strategische Schwerpunkte auf landespolitischer Ebene nannte Huber Politik für den Mittelstand, eine offensive Innovations- und Technologiepolitik, die Stärkung der ländlichen Räume sowie den Ausbau der Infrastruktur. Wie sich die landesweite Clusterförderung mit der Regionalpolitik verzahnen lässt, zeigten zwei Beispiele: So wird zusammen mit Schwaben der Masterplan Mechatronik erarbeitet, um die Stärken der Region auf diesem Gebiet gezielt zu entwickeln. In Berchtesgaden wiederum wird mit Bundesmitteln die GALILEO-Test- und Simulationseinrichtung GATE errichtet. Mit ihr können Anwendungsentwicklungen im Bereich der Satelliten-Navigation schon vor dem Start von GALILEO getestet werden.

Programm für Bayerns ländlichen Raum

Als Beitrag zur Sicherung der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume wird im ersten Halbjahr 2007 das „Programm für Bayerns ländlichen Raum“ verabschiedet. Derzeit wird es mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Kammern und Fachverbänden abgestimmt. In der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erhält Bayern Huber zufolge künftig 11,2 % (rd. 9,4 Mio. Euro) statt bisher 7,7 % des Mittelvolumens für die alten Länder. Damit gibt es an der tschechischen Grenze von diesem Jahr an ein durchgängiges Fördergebiet. Es erhält den für westdeutsche Gebiete besten Förderstatus (C-Fördergebiet). Das Fördergefälle zur Tschechischen Republik wird auf maximal 20 % begrenzt. Für die Tourismusförderung stellt der Freistaat in den nächsten drei Jahren

Botschaften vermitteln ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ein uneinheitliches Bild abgeben“. In diesem Zusammenhang verwies Söder auf die „ungeheure Wichtigkeit der kommunalen Ebene“ als eine der tragenden Säulen der Partei. Der repräsentative Querschnitt liege eindeutig bei den Kommunalpolitikern.

Gestaltungsarbeit

In den nächsten Wochen und Monaten sei es vonnöten, „sich nicht nur mit sich selbst zu beschäftigen“, sondern inhaltliche Gestaltungsarbeit zu leisten, betonte Söder. Vor dem Hintergrund der politischen Gesamtkonstellation und der Tendenz zu einer sinkenden Wahlbeteiligung - vorläufiger „Höhepunkt“ dürfte die OB-Wahl in Frankfurt mit einer 30 Prozent-Beteiligung sein - müsse die CSU dafür Sorge tragen, „ihre Zielgruppe, sprich Stammklientel, stärker im Auge zu behalten“. Tatsache sei, „dass die Wahlen des Jahres 2008 nicht in erster Linie über Wechselwähler entschieden werden“. Die Österreichische Volkspartei ÖVP beispielsweise habe dies im vergangenen Jahr offenbar nicht zur Kenntnis genommen und folglich eine ebenso überraschende wie schmerzliche Niederlage hinnehmen müssen.

Wenngleich es in Ballungsräumen noch schwieriger als im ländlichen Raum sei, die Menschen zum Umrennen zu bewe-

zinsverbilligte Darlehen von insgesamt 100 Mio. EUR zur Verfügung, um die Qualität des Berberungsangebots systematisch zu verbessern.

Ausbau der Infrastruktur

Was den Ausbau der Infrastruktur anbelangt, wird im Frühjahr mit dem Bau des ersten Doppelpurabschnitts für die DB-Strecke München - Mühldorf - Freilassing als Ertüchtigungsmaßnahme für die TEN-Verbindung Paris - Wien - Bratislava begonnen. Mitte 2007 wird Bayern laut Huber selbst die Planungen für die Verbesserung der Schienenanbindung zum Flughafen München II, u. a. zum Erdinger Ringschluss, in Angriff nehmen. Noch in diesem Jahr will die Flughafen München GmbH die Einleitung des luftrechtlichen Planfeststellungsverfahrens für die 3. Startbahn beantragen und bis Herbst wird mit der Erteilung des Baurechts für den Transrapid vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen gerechnet.

Huber geht davon aus, dass der Aufschwung sich über 2007 hinaus auf breiter Front fortsetzen wird. Zu erwarten sei auch eine Konsumbelebung. Die Mehrwertsteuererhöhung dürfe „lediglich eine kleine Wachstumsdelle auf dem Weg nach oben“ verursachen. Der erwartete Preisschock zu Jahresbeginn sei jedenfalls ausgeblieben.

Aufschwung auf breiter Front

Huber geht davon aus, dass der Aufschwung sich über 2007 hinaus auf breiter Front fortsetzen wird. Zu erwarten sei auch eine Konsumbelebung. Die Mehrwertsteuererhöhung dürfe „lediglich eine kleine Wachstumsdelle auf dem Weg nach oben“ verursachen. Der erwartete Preisschock zu Jahresbeginn sei jedenfalls ausgeblieben.

Wirtschaftsperspektiven „insgesamt günstig“

Huber zufolge sind die Wirtschaftsperspektiven demzufolge „insgesamt günstig“. Summa summarum ergebe sich für 2007 in Bayern eine Zielmarke beim realen Wachstum von 2 Prozent. Bayern bleibe Wachstums-, Beschäftigungs- und Chancenland: „Unsere Position im internationalen Standortwettbewerb wird stärker. Wir werden dafür sorgen, dass alle Regionen im Freistaat an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung teilhaben. Wir fahren weiter in der Erfolgspur“, so der Minister abschließend. **DK**

gen, sei der Trend zu einer gewissen Politikverdrossenheit doch unverkennbar, meinte der „General“. Die Ursachen hierfür seien unzureichendes Interesse sowie mangelnde Erkennbarkeit von Unterschieden. Notwendig sei es deshalb, eine „kulturell-emotionale Botschaft“ zu vermitteln. Höchste Sensibilität im Umgang mit dem Wähler sei das Gebot der Stunde.

Charakter der Volkspartei

„Die CSU muss eine liberale, aber auch konservative Partei bleiben“, bilanzierte der Generalsekretär. „Unsere Anhänger sehnen sich danach, nicht wie in der Großen Koalition sich nur im bürokratischen-operativen Detail zu verlieren, sondern sie erwarten von uns eine Grundbotschaft, damit sie wieder Heimat finden können.“ Der Charakter der Volkspartei CSU müsse untermauert werden. Eine solide Unterstützung der Landespolitik für die Kommunalpolitik sei ebenso Grundlage für den Erfolg wie überzeugende Kandidaten und Geschlossenheit vor Ort. Was gerade letztere bewirken kann, hätten im vergangenen Jahr u. a. die OB-Wahlen in Bayreuth gezeigt: Hier gewann der CSU-Kandidat, dem zunächst kaum Chancen eingeräumt wurden. Dagegen ging die zunächst als Favorit gehandelte CSU in Bamberg aufgrund interner Querelen leer aus. **DK**

Vermögen im Zangen...

(Fortsetzung von Seite 1)
Markt oder an der Energiebörse zu Preisen ankaufen, die im Jahr 2006 durchschnittlich um 20 bis 30 Prozent gestiegen sind.“

Der Städtetagsvorsitzende wies darauf hin, dass die staatliche Genehmigung der Stromtarife zum 1. Juli 2007 wegfallen müsse. Darüber hinaus seien einige in der bayerischen Gemeindeordnung enthaltenen Wettbewerbsbeschränkungen für die Stadtwerke zu eliminieren.

Stadtwerke müssen Geld verdienen

Wie der Verbandschef wohlwollend feststellte, habe Huber viel Verständnis für die Belange der Kommunen gezeigt. Dem Minister sei klar, dass die Stadtwerke mit ihren Leitungsnetzen auch Geld verdienen müssten.

Die Überschüsse würden schließlich dazu dienen, die Defizite städtischer Bäder und des öffentlichen Nahverkehrs auszugleichen, was wiederum im Interesse des Bürgers sei. Im Übrigen seien die Strompreise eines Großteils der Stadtwerke bayerischer Kommunen günstiger als jene der regionalen Stromversorger.

Schneller Ausbau der Ganztags Hauptschulen

Weiteres Thema der Städtetags-Presskonferenz war die Forderung nach einem schnellen Ausbau der Ganztags Hauptschulen. „Wenn es nicht schnell gelingt, die Hauptschule wieder attraktiv zu machen, wird sie zu einer ‚Schule der Übriggebliebenen‘ verkommen“, warnte Schaidinger. Der Vorstand des Städtetags begrüße es deshalb, dass die Staatsregierung endlich die Hauptschulen in den Mittelpunkt stellt und einen flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau zu rhythmisierten Ganztagschulen plant. Unzufrieden sei man allerdings mit dem eingesetzten Tempo, das der Staat dabei an den Tag legt. „Im staatlichen Doppelhaushalt für 2007/08 ist lediglich Geld für 20 zusätzliche (echte) Ganztagschulen eingeplant. Damit sind wir auf absehbare Zeit meilenweit davon entfernt, den Bedarf an Ganztagschulen decken zu können“, so der Vorsitzende.

Die Städte drängen den Freistaat Bayern, nicht auf Zeit zu spielen: „Hier darf der Freistaat nicht kleckern, sondern muss klotzen, denn diese Reform ist die letzte Chance für die Hauptschule“, betonte Schaidinger. Er forderte den Freistaat auf, Personalstellen bei den Hauptschulen nicht weiter abzubauen, sondern freierwerdende Lehrkräfte für den Ganztagsbetrieb zur Verfügung zu stellen. Zugleich erwarteten die Städte, dass der Staat ihnen die Kosten für den Ausbau der Schulhäuser erstattet. Die im kommunalen Finanzausgleich bereitgestellten Schulbaumittel reichten mit dem niedrigen Förderersatz von 35 Prozent bei weitem nicht aus. Daher sei ein staatliches Kofinanzierungsprogramm mit 90-prozentigem Förderersatz wie beim IZBB vonnöten.

Der Städtetag ist sich mit dem Bayerischen Elternverband, dem Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband sowie mit dem Verband der Bayerischen Wirtschaft darin einig, dass die echte, rhythmisierte Ganztagschule ein wesentlicher Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der Hauptschule ist. Dazu benötige die Hauptschule aber ausreichend Lehrkräfte und Sozialpädagogen.

Um auf dem schwierigen Weg zur erfolgreichen Hauptschule weiterzukommen, bietet der Spitzenverband eine offensive Mitwirkung der Städte an. Schaidinger: Die Städte erwarten

sich dadurch mehr Flexibilität, etwa bei der Kooperation von Schulen. Nur mit größerer Flexibilität könne es gelingen, eine möglichst wohnortnahe Schullandschaft auch bei weiter sinkenden Schülerzahlen zu erhalten.

Jahrgangsstufe 13 an Fachoberschulen

Als wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Durchlässigkeit im bayerischen Bildungssystem begrüßt der Städtetag die Einführung der Jahrgangsstufe 13 an Fachoberschulen.

Stichwort Verlagerung der Hilfe zur Pflege auf Städte und Landkreise: Verbandsvorsitzender Schaidinger wies darauf hin, dass die kreisfreien Städte und Landkreise aufgrund ihrer Ortskenntnis und ihrer Erfahrungen in der ambulanten Hilfe zur Pflege am besten in der Lage sind, das notwendige Netz in der Pflegehilfe vor Ort auf- bzw. auszubauen. Deshalb fordert der Städtetag, die ambulante und die stationäre Hilfe zur Pflege bei den Städten und Landkreisen zu konzentrieren. Gegenwärtig sind die Bezirke für die Pflege in den Heimen und die kreisfreien Städte und Landkreise für die ambulanten Pflegeleistungen vor Ort zuständig.

Zusammenlegung der Hilfeformen

Die Zusammenlegung der beiden Hilfeformen käme vor allem den Betroffenen zu Gute, erklärte der Vorsitzende: „Wer heute pflegebedürftig wird, möchte in seiner vertrauten Umgebung bleiben, möglichst in den eigenen vier Wänden oder zumindest in seinem bisherigen Wohnort. Es macht auch Sinn, wenn Pflegebedürftige, die das Haus ohnehin kaum mehr verlassen können, nur mit einem Amt zu tun haben. Gerade diesem Personenkreis fällt jeder Gang zu einer Behörde schwer.“ Die für die pflegebedürftigen Menschen notwendigen Hilfsangebote könnten die Städte aber nur entwickeln, wenn sie auch für die Organisation dieser Angebote wie mobiler Pflegedienst, ambulant betreute Wohngruppen, Kurzzeit- und Tagespflege bis zum stationären Pflegeheim zuständig sind.

Mit der Zusammenlegung der Zuständigkeit von ambulanter

Starke Kreise braucht ...

(Fortsetzung von Seite 3)
medizinischen, pflegerischen und Betreuungsleistungen im ländlichen Raum gesichert bleibt und dem Trend der Abwanderung nicht noch Vorschub geleistet wird. Der ländliche Raum muss insofern auch unter diesem Gesichtspunkt attraktiv bleiben.“

Duppré sieht keine Chance, die im Rahmen der Gesundheitsreform vorgesehenen Einsparungen der kommunalen Krankenhäuser in Höhe von 500 Mio. Euro als Quersubventionierung der Krankenkassen zu realisieren. „Offen gesagt haben wir keine reelle Möglichkeit, bei den Krankenhäusern den geforderten Betrag zu erwirtschaften. Klar ist, dass in dünner besiedelten Räumen die Vorhaltekosten für ortsnahe Versorgung in kleinen Krankenhäusern höher sind als in Ballungszentren. Dies müssen wir zur Kenntnis nehmen. Eine medizinische Grundversorgung ist zwingend vorzuhalten und auch von der Solidargemeinschaft der Versicherten zu bezahlen.“

Zudem wies Duppré auf die neuesten Zahlen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hin, die Menschen vom Kreis erhalten, die dauer-

und stationärer Hilfe könnten auch Synergieeffekte verwirklicht und unwirtschaftliche Strukturen vermieden werden. Beispielsweise sei es auch möglich, teure Heimplätze einzusparen, wenn die ambulanten Pflegehilfen ausgebaut werden. Voraussetzung sei allerdings, dass die Einsparungen bei den Städten und Landkreisen ankommen. Schaidinger: „Gerade wegen der unabweichlichen Kostensteigerungen durch den demografischen Wandel müssen wir versuchen, die verschiedenen Hilfsangebote in einer Hand zusammenzufassen. Damit wird der Verschiebepunkt zwischen den einzelnen Kostenträgern vermieden.“

Der Städtetag erwartet, dass die CSU-Landtagsfraktion jetzt das Signal zur Zusammenlegung der Hilfen zur Pflege bei den Städten und Landkreisen gibt. In Baden-Württemberg und vielen anderen Bundesländern sind diese bereits seit Jahren für die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege zuständig. Das hat sich sowohl aus Sicht der Sozialpolitik als auch in finanzieller Hinsicht bewährt. Die Kostenentwicklung ist seitdem moderater ausgefallen.

Finanzieller Ausgleich

Voraussetzung für die Zuständigkeitsverlagerung in Bayern sei allerdings, dass ein gerechter finanzieller Ausgleich zwischen den Kostenträgern gefunden wird. Eine solche Regelung könne aber erst ermittelt werden, wenn die Bezirke belastbare Zahlen über die Kosten der stationären Hilfe zur Pflege vorgelegt haben. Diese waren bereits für Januar 2007 zugesagt, liegen aber immer noch nicht vor.

Der immer wieder vorgebrachte Einwand, dass künftig 96 örtliche Sozialhilfeträger (25 kreisfreie Städte und 71 Landkreise) mit den Pflegeheimen die Entgeltverträge verhandeln müssten, bezeichnete Schaidinger als „reine Panikmache“. Bereits in der stationären Jugendhilfe (Entgeltverträge mit Kinder- und Jugendheimen) hätten die Kommunen im Jahr 2000 Aufgaben der Bezirke übernommen und in bayernweit vier regionalen Jugendhilfekommisionen konzentriert.

Diese vier Verhandlungsteams kämen mit sieben Vollzeitkräften aus. Der Vorsitzende: „Wer hier vom Aufbau zusätzlicher Bürokratie oder einem neuen Kommunalverband spricht, setzt bewusst eine Schimäre in die Welt.“ **DK**

haft keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können oder älter als 65 Jahre sind, wenn eigene Mittel für den Lebensunterhalt nicht ausreichen. „Gerade bei der prognostizierten Veränderung in der Altersstruktur und den zunehmenden unterbrochenen Erwerbsbiografien werden die staatlichen Leistungen für Ältere immer bedeutsamer. Seit der Einführung der Grundsicherung im Jahr 2003 hat sich die Zahl der Leistungsempfänger um fast die Hälfte auf über 600.000 erhöht, die Kosten haben sich im gleichen Zeitraum auf knapp 3 Mrd. Euro mehr als verdoppelt“, zeigte der Präsident auf. Auf dieser Kostenexplosion dürften die Kreise nicht sitzen bleiben.

Dupprés Fazit: „Die Leute verlangen vom Staat, also von Bund, Ländern und Kommunen, mehr Verlässlichkeit im Umgang mit ihren Belangen, Ängsten und Nöten. Daher müssen Bund und Länder die Lebensbedingungen der Menschen in den Kommunen ständig im Auge behalten und alles dafür tun, dass Politik an der Basis wieder als eine Kraft begriffen wird, die Positives für die Menschen vor Ort gestaltet.“ **DK**

* Diese Stadt wird nicht verwaltet.

Wie wird aus einer traditionellen Stadtverwaltung eine bürgernahe und serviceorientierte Behörde? Viele Städte haben dafür ehrgeizige Pläne entwickelt, die sie mit IBM als Partner realisieren. Dabei nutzen sie Ultrabreitbandnetze und straffere Verwaltungsprozesse, um öffentliche Dienstleistungen effizienter zu machen. Und diese neue Effizienz macht sich bezahlt: Als Standortvorteil fördert sie die wirtschaftliche Entwicklung der Städte. Und wo mehr Geld in die kommunalen Kassen fließt, kann die Verwaltung eben gestalten, statt nur zu verwalten. Zum Beispiel den Zugang zu Bildung vereinfachen, die Infrastruktur ausbauen und vielseitige Freizeitangebote schaffen. Interessiert an Innovation für Ihre Stadt? Sprechen Sie mit jemandem, der Innovative auf Ideen bringt: mit IBM. Mehr dazu unter **ibm.com/de/solutions/public**

Was macht Sie so besonders?



Der User im Zentrum der Verwaltungsreform

Staatsminister Eberhard Sinner über E-Government-Strategie

Die Einbindung der Anwenderinnen und Anwender in die E-Government-Strategie des Freistaates Bayern ist ein wesentliches Anliegen von Staatsminister Eberhard Sinner. Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, ging in seiner Keynote „E-Government - Strategie im Freistaat Bayern“ auf dem Fabasoft egovday 07 in München auf die menschlichen Aspekte von E-Government ein. Durch E-Government können oftmals der Gang zur Behörde sowie Wartezeiten in Ämtern entfallen. Darüber hinaus steigt die Standortattraktivität des Wirtschaftsraumes Bayern für nationale und internationale Investoren.

Es sei für ihr Unternehmen eine besondere Freude und Ehre gewesen, dass Staatsminister Eberhard Sinner auf dem egovday in München die Keynote hielt, betonten Dipl.-Ing. Helmut Fallmann und Leopold Bauernfeind, Vorstände der Fabasoft AG. Die Teilnahme des Staatsministers habe die Innovationsfreudigkeit des Freistaates Bayern bei dem Thema E-Government unterstrichen. Diese Innovationsfreudigkeit zeige das in Europa richtungweisende Projekt ELDORA, bei dem bereits die ersten Behörden in Bayern ein medienbruchfreies Vorgangsbearbeitungssystem im Einsatz haben.

Projekt ELDORA

Der Freistaat Bayern hat mit dem Projekt ELDORA vor einem Jahr eines der größten E-Government Vorhaben in Bayern gestartet. Im Vollausbau werden 100.000 Benutzerinnen und Benutzer mit der Standardsoftware Fabasoft eGov-Suite+Bayern arbeiten.

Die Bayerische Staatskanzlei

unterstützt - jeweils unter Mitwirkung der beteiligten Ministerien - den Ministerpräsidenten bei der Bestimmung der Richtlinien seiner Politik. Sie koordiniert die Tätigkeit der Ministerien und bereitet Beschlüsse der Staatsregierung vor. Dies gilt auch für E-Government. Den Grundstein für E-Government legte die Bayerische Staatsregierung im Jahr 1994 im Rahmen der BayernOnline-Initiative.

Über Fabasoft

Fabasoft ist ein führender Hersteller von Standardsoftware für die schnelle und sichere Umsetzung von Digitalen Geschäftsprozessen bei großen privaten Kunden und Auftraggebern der öffentlichen Hand. Das Unternehmen ist über Tochtergesellschaften vor Ort in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Großbritannien, der Slowakei, Italien und Rumänien tätig. Der Marktzugang erfolgt über eine eigene Vertriebs- und Dienstleistungsorganisation und über ausgewählte Partnerunternehmen. □



Jürgen Schömig und seine Kollegen von der unterfränkischen Geschäftsstelle der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) tüfteln ständig an neuen eGovernment-Lösungen für Unterfränkens Kommunen. Text und Bild: Pat Christ

Seit Januar sind Briefe verboten

Alle Meldeämter tauschen sich im neuen Jahr elektronisch aus

Hinter den Kulissen der öffentlichen Verwaltung in Bayern vollzieht sich derzeit eine kleine Revolution. Seit Januar tauschen alle Meldebehörden im Freistaat ihre Daten mit anderen Meldeämtern in der Bundesrepublik elektronisch aus. Dieser elektronische Datenaustausch ist Pflicht, Briefe zwischen den Meldeämtern sind nicht mehr erlaubt, erklärt Jürgen Schömig von der unterfränkischen Geschäftsstelle der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) in Würzburg.

Die AKDB ist das IT-Dienstleistungsunternehmen der Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände. Aufgabe der Anstalt ist es, Software für die Kommunen im Freistaat zu entwickeln. An der Software für die Meldeämter arbeiteten die AKDB-Mitarbeiter seit eineinhalb Jahren, so Gerhard Albert, AKDB-Sachbearbeiter für das Einwohnermeldewesen: „Das war ein unglaublicher Aufwand.“

Bisher konnten Behörden in Deutschland ihre Daten noch nicht untereinander elektronisch austauschen. Hierfür musste eine eigene Infrastruktur zur Datenfernübertragung geschaffen werden. An der Software für die Meldeämter arbeiteten die AKDB-Mitarbeiter seit eineinhalb Jahren, so Gerhard Albert, AKDB-Sachbearbeiter für das Einwohnermeldewesen: „Das war ein unglaublicher Aufwand.“

Viele Schulungen hat die AKDB inzwischen angeboten, um die Mitarbeiter in den Einwohnermeldeämtern für die Umstellung fit zu machen. Für die Mitarbeiter der Meldeämter am Bayerischen Untermain fand im Herbst vergangenen Jahres eine Schulung in Miltenberg statt. Dort erfuhren die Sachbearbeiter, was künftig zu tun ist, wenn sich ein Würzburger Bürger, der an den Untermain zog, in Aschaffenburg oder Miltenberg als Neubürger meldet.

Bayerisches Melderegister

Zentral gesammelt werden Meldedaten von Bürgern im Freistaat schon länger. So schuf die AKDB im staatlichen Auftrag in ihrem Rechenzentrum in Bayreuth einen Datenbestand aus den bayerischen Melderegistern, auf den die Polizei in Bayern rund um die Uhr zugreifen kann. Laut Innenstaatssekretär Georg Schmid fragt die Polizei über das Bayerische Landeskriminalamt in jährlich mehr als fünf Millionen Fällen diese Daten ab. Dass erstmals Verwaltungsbehörden miteinander vernetzt sind, wurde durch die 1. Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung möglich. Diese trat im Juni 2005 in Kraft.

Zahlreiche Vorteile

Vor dem Startschuss am 1. Januar 2007 probierten bereits die Städte Passau und Regensburg die neue Software aus. Die gesetzliche Neuerung bringt laut Albert viele Vorteile mit sich. So konnte es bisher Wochen dauern, bis die Kommune X die Kommune Y schriftlich darüber informierte, dass ein Bürger in der Kommune X neu zugezogen war und die Kommune Y diesen Bürger deshalb aus ihrem Melderegister löschen muss. Nun ist gesetzlich vorgeschrieben, dass dieser Vorgang innerhalb von drei Tagen zu geschehen hat. Der Bürger merkt von diesem

Public Sector Parc auf der CeBIT 2007:

Marktplatz Kommune

Eingebunden in die weltgrößte Informations- und Kommunikationstechnik-Messe CeBIT in Hannover vom 15. bis 21. März informiert der Public Sector Parc seit 20 Jahren darüber, welche Trends und Dienstleistungen im öffentlichen Sektor zu erwarten sind. Hier wird eGovernment lebendig - von der digitalen Signatur bis hin zum Einsatz von RFID in Ausweisdokumenten und Bibliotheken.

Der Public Sector Parc steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministers des Innern. Jedes Jahr nutzen ca. 200 Aussteller und 50.000 Fachbesucher aus Städten, Gemeinden, Ländern, Bund und EU-Mitgliedsstaaten seine Plattform.

Ein besonderer Fokus des PSP im Jahr 2007 liegt auf dem Angebot „Marktplatz Kommune“. Auf einer Sonderfläche im Zentrum des Public Sector Parc werden dann innovative Produkte und Lösungen vorgestellt, die sich speziell auf die Anforderungen des kommunalen Bereichs konzentrieren.

Dank interessanter neuer Kooperationen mit kommunalen Verbänden, Kommunalgruppierungen, Fachverbänden und Medienpartnern bietet der „Marktplatz Kommune“ zudem eine ideale Kommunikations- und Informationsplattform für Anbieter und Interessenten. In Kooperation mit der Zeitschrift „Der Neue Kämmerer“ findet am 20. März im Public Sector Parc ein „eKämmerertag“ statt; erwartet werden 150 Kämmerer aus dem gesamten Bundesgebiet.

Studie „Virtuelles Rathaus“

„Der Neue Kämmerer“ nimmt die CeBIT zum Anlass, um die Kämmerer, Bürgermeister, Landräte sowie die IT-Verantwortlichen auf kommunaler und Landesebene zu versammeln. Gemeinsam soll über neueste Projektbeispiele diskutiert werden. Welche Erfahrungen hat beispielsweise die Stadt Mülheim an der Ruhr bei der Einführung von Linux gemacht? Besteht das Open-Source-Betriebssystem den Test im Alltag? Prof. Dr. Jörg Becker, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und Geschäftsführender Direktor des ERCIS, stellt die Ergebnisse seiner Studie „Virtuelles Rathaus“ und darauf aufbauende Forschungsergebnisse vor. Ziel ist es, auf den Ebenen der Information, Kommunikation, Transaktion und Integration ein Destillat aus den vielfältigen Erfahrungen zu bilden.

„Tag der Kommunen“

Der Public Sector Parc wird darüber hinaus durch ein begleitendes Forum ergänzt, in dessen Mittelpunkt täglich wechselnde Themenschwerpunkte wie zum Beispiel der „Tag der Kommunen“, der „Tag des Bundes und der Länder“ oder der „Tag des Gesundheitswesens“ stehen.

Die Geoinformationswirtschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung, weil immer mehr politische und verwaltungstech-

nische Entscheidungen von Bund, Ländern und Kommunen künftig auf raumbezogenen Daten basieren werden. Auf dem Gemeinschaftsstand „Geoinformationswirtschaft“ im Public Sector Parc wird eine zentrale Plattform geschaffen, die Herstellern, Interessenten und Anwendern eine umfangreiche Präsentations- und Kommunikationsfläche bietet. Gezeigt wird das gesamte Spektrum von Datengewinnung, Bereitstellung und Verarbeitung bis hin zur Datenintegration in die Unternehmensinfrastruktur.

Nutzungsmöglichkeiten von Geoinformationen

Geoinformationen helfen den Menschen, ihre Umwelt zu organisieren, zu erhalten und zu managen. Öffentliche Geoinformationen im Internet ersparen sogar manchen Gang ins Rathaus, beeindruckend durch hohe Qualität und Transparenz und beschleunigen Genehmigungsverfahren. Neben innovativen Lösungen und praxisbezogenen Anwendungen werden branchenübergreifende Nutzungsmöglichkeiten von Geoinformationen gezeigt.

Auch der LinuxPark auf der CeBIT hat klein aber fein begonnen, sich aber in den vergangenen Jahren als feste Größe seinen Platz erobert. Umfrageergebnissen zufolge sind mittlerweile Lösungen mit Open Source das wichtigste Thema mit dem größten Informationsbedarf für die Besucher der CeBIT.

LinuxForum

Die Veranstalter des LinuxParks, Hannover Messe International und Linux New Media AG wollen den Besuchern deshalb 2007 einen besonderen Event mit inhaltlichem Konzept bieten. Umgeben von hochkarätigen und erfahrenen Firmen aus dem OpenSourceUmfeld, wird auch dieses Jahr das LinuxForum den Mittelpunkt des LinuxParks bilden. Traditionell berichten auf dem LinuxForum internationale Schwergewichte der Linux- und OpenSourceBranche von ihren Erfahrungen und Plänen, aber auch Behörden und Kommunen haben kommunale Fachanwendungen unter Linux im Gepäck.

Die Vorträge werden praxisnah und verständlich konzipiert sein, so dass die Besucher von einem hohen Nutzwert ausgehen können, wenn sie ihre Zeit im LinuxPark verbringen. Entgegen der allgemein weiten Fußwege wird der LinuxPark durch das Konzept von Vorträgen und der integrierten Ausstellungsfläche eine hervorragende Infrastruktur für einen erfolgreichen Messebesuch bieten. DK

Meldebehörden sollen dem Zentralamt alle nötigen Daten zur erstmaligen Zuteilung der Identifikationsnummer liefern und später die gespeicherten Daten laufend fortschreiben.

Der gläserne Mensch

Einigen Menschen, erfährt Albert bei seinen Besuchen in Behörden, macht die zentrale Speicherung ihrer Daten Angst. Sie befürchten, immer gläserner zu werden. Die meisten Bürger sähen allerdings die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Vorteile des elektronischen Datenaustauschs. □



Meldewesen auf Augenhöhe...



... schnell und freundlich!

AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN

AKDB
Herzogspitalstraße 24
80331 München
Telefon 089/5903-0
Fax 089/5903-1845
E-Mail mailbox@akdb.de
http://www.akdb.de

Besuchen Sie
uns auf der CeBIT in
Halle 9 – Public Sector Parc
Stand B76, Plätze 24 und 25



HANNOVER
15.-21.3.2007
cebit.com

Doppik-Einführung mit Steuerberater und DATEV bewährt sich

Positive Bilanz beim Anwendertreffen in Nürnberg

Beim Umstieg auf das doppische Rechnungswesen haben Kommunen festen Halt, wenn Steuerberater und DATEV gemeinsam im Team das Projekt betreuen. Diese Einschätzung lässt sich als Fazit eines Anwendertreffens ziehen, das bei der DATEV eG in Nürnberg stattfand. Vertreter von Kommunen und kommunalen Unternehmen aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik nutzten die Gelegenheit, ihre Erfahrungen im Bereich der kaufmännischen Buchführung auszutauschen.

Einmal mehr wurde dabei bekräftigt, dass verlässliche Partner das A und O für eine erfolgreiche Doppik-Umstellung sind. Insbesondere auf die Zuverlässigkeit ihrer Projekt-Partner legen die Anwender großen Wert. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Beratungskontinuität als auch bezüglich der Software-Investitionssicherheit.

Das große Plus

Die Aufkäufe von Anbietern, die in den vergangenen Monaten Bewegung in den kommunalen Software-Markt gebracht haben, verstärken demnach den Wunsch nach Beständigkeit. Diese Kontinuität in Kombination mit kompetenter Beratung

und erstklassigem Service sehen die Anwender als großes Plus der DATEV.

Synergieeffekte

„Die Entscheidung, das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) mit der ebenfalls neuen DATEV-Software einzuführen, hat sich für uns definitiv ausgezahlt“, bringt es Lothar Tertel, Kämmerer der nordrhein-westfälischen Gemeinde Aldenhoven, auf den Punkt. „Die positiven Erfahrungen der - deutlich größeren - Modellkommune Brühl haben sich auch bei uns voll bestätigt“, erklärt er. Seine Gemeinde, die von Januar 2007 an kaufmännisch buchen wird, hat sich

beim Einführungsprojekt mit der benachbarten Stadt Nideggen zusammengetan und so von Synergien profitiert.

Wichtiger Erfahrungsaustausch

Als bedeutenden Faktor schätzen die Anwender den Erfahrungsaustausch mit Vertretern anderer Kommunen ein. „Schon in der Umstellungsphase haben wir immer wieder feststellen können, wie wichtig der Dialog mit anderen Kommunen ist, die die gleiche Softwarelösung einsetzen“, erklärt Klaus Kowalke, Kämmerer der Gemeinde Hürtgenwald. „In Nürnberg konnten wir nun den Kontakt zu Städten und Gemeinden intensivieren, die ebenfalls mit DATEV auf die Doppik umgestellt haben oder gerade umstellen.“

Persönlicher Kontakt

Neben diesem hilfreichen Austausch mit anderen Anwendern zeigte sich Lothar Tertel auch erfreut darüber, seine Ansprechpartner von der DATEV-Hotline einmal persönlich zu treffen: „Gerade in den ersten Phasen der Doppikumstellung ist ein hoher Abstimmungsbedarf vorhanden“, so der Kämmerer. Dass er sich in dieser Phase auf die Kompetenz und Hilfsbereitschaft seiner Ansprechpartner bei DATEV verlassen konnte, hat ihm und

geht. „Daher benötige man eine Strategie aus einem Guss und Abwehrsysteme, die flexibel seien. Er unterscheidet dabei zwischen kleinen und mittleren Unternehmen auf der einen und Großunternehmen auf der anderen Seite. Besonders bei kleinen Betrieben spiele der lokale Bezug eine wichtige Rolle.“

Großer Bedarf an maßgeschneiderten Lösungen

„Viele Kunden im Mittelstand greifen auf lokale Anbieter von Sicherheitssystemen zurück. Diese sind aber meistens produktorientiert und kennen viele Sicherheitsmechanismen nur oberflächlich.“ Dann werde beispielsweise ein Firewallsystem verkauft und in-

seinen Mitarbeitern sehr geholfen. „Diese Freundlichkeit und Verbindlichkeit waren von unserem vorherigen Anbieter so nicht gewohnt, dabei ist genau dieser persönliche Kontakt extrem wichtig“, bekräftigt er.

Leistungsschau für den kommunalen Bereich

Neben dem Kennenlernen und dem Erfahrungsaustausch hatten die Teilnehmer des DATEVkommunal-Anwendertreffens außerdem Gelegenheit, das gesamte Leistungsspektrum der DATEV kennen zu lernen - auch jenseits der Doppik und des speziell auf kommunale Belange ausgerichteten Softwarepakets. Die Bandbreite der Präsentationen reichte von Lösungen für die Lohn- und Gehaltsabrechnung in der Kommune, über digitales Belegbuch und effizientes Dokumentenmanagement bis hin zur Qualitätsmanagement-Software ProCheck, mit der sich die Arbeitsabläufe in der Kommune verbessern lassen.

Klarer Favorit

Obwohl alle diese Themenfelder auf großes Interesse der Zuhörer stießen, gab es für Klaus Kowalke einen eindeutigen Favoriten der DATEV-Leistungsschau. „Besonders beeindruckend war die Führung durch den Druck- und Versandbetrieb, der sowohl von den angebotenen Möglichkeiten, aber vor allem auch im Bereich der Sicherheit seinesgleichen sucht“, betont der Kämmerer.

PS: Auf der CeBIT in Hannover ist DATEV in Halle 1, Stand K61 anzutreffen. □

Online-Durchsuchungen:

Beate Merk fordert gesetzliche Grundlage

Nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe, dass so genannte „Online-Durchsuchungen“ mangels ausreichender Grundlage im geltenden Recht derzeit unzulässig sind, hat die bayerische Justizministerin Dr. Beate Merk die baldige Schaffung einer eindeutigen gesetzlichen Grundlage gefordert. „Wir brauchen dieses Instrument dringend“, so Merk in München.

„Zur effektiven Strafverfolgung sind solche Ermittlungsmaßnahmen für bestimmte Fälle insbesondere im Bereich der Schwerekriminalität erforderlich.“ Nach geltendem Recht ist es im Rahmen einer entsprechenden richterlich angeordneten Wohnraumdurchsuchung zulässig, vor Ort auch den Inhalt der Festplatte eines Computers zu überprüfen. In bestimmten Fällen ist es aus ermittlungstaktischen Gründen aber erforderlich, die entsprechenden Erkenntnisse ohne Wissen des Tatverdächtigen zu erlangen, um weitere Ermittlungen nicht zu gefährden. Dies gilt z.B. bei der Aufdeckung von Kinderpornographie-Netzwerken oder bei der Bekämpfung des Terrorismus. Hier kann die Online-Durchsuchung dazu beitragen, die Strafverfolgung zu effektivieren.

„Selbstverständlich bedarf es jedoch stets einer sorgfältigen Abwägung, wann ein solcher verdeckter Eingriff in Grundrechte zulässig sein soll“, so Merk. „Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz muss gewahrt bleiben. Diese Voraussetzungen können aber durch eine klare gesetzliche Regelung sichergestellt werden.“

Staatsministerin Merk: „Es ist ein wesentlicher Auftrag unseres Rechtsstaates, insbesondere schwere Straftaten auch bei schwieriger Beweislage aufzuklären. Wir brauchen eine Rechtsgrundlage für die Online-Durchsuchung, um gerade in Fällen der Schwerekriminalität nicht gegenüber Straftätern ins Hintertreffen zu geraten. Die technische Fortentwicklung, derer sich Straftäter vielfach und mit großer Raffinesse bedienen, muss auch den Ermittlungsbehörden zur Verfügung stehen. Im Rahmen der geplanten Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer heimlicher Ermittlungsmaßnahmen sollte in der Strafprozessordnung eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden.“ □

Gefahren der mobilen Arbeitswelt unterschätzt:

Unbewusstes Fehlverhalten gefährdet IT-Sicherheit

Die IT-Sicherheit wird für viele Unternehmen eine der wichtigsten Baustellen der nächsten Jahre bleiben. „Weltweit wachsen die Etats“, schreibt die Financial Times Deutschland und bezieht sich auf eine Erhebung von PricewaterhouseCoopers <http://www.pwc.com>. „46 Prozent der befragten Firmen gaben an, mehr Geld für Sicherheit ausgeben zu wollen.“

Außerdem, so das Blatt, habe das Marktforschungsunternehmen Gartner herausgefunden, dass auch das Geschäft mit Sicherheitssoftware weltweit erneut Zuwächse verzeichne. Gesetzliche Vorgaben und neue Richtlinien zur Kreditvergabe wie Basel II befördern diese Investitionen. Außerdem würden die Angriffe von Kriminellen professioneller. „Waren es früher Computerfreaks, die ihr Können unter Beweis stellen wollten, sind es heute Banden mit wirtschaftskriminellem Hintergrund“, so Martin Wulfert, Vorstandsvorsitzender des Safewareunternehmens Utimaco.

Unterschätzte Gefahr

Hinzu komme, dass viele Unternehmen die Gefahren der mobilen Arbeitswelt unterschätzen. Schreibtischaktivitäten würden von unterwegs erledigt. „Gleichzeitig öffnen die Unternehmen ihre IT-Systeme für Kunden, Lieferanten und Partner.“ Daher forderte Udo Helmbrecht, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, verstärktes Engagement der Unternehmen für ihre IT-Sicherheit. „Mit der global vernetzten Wirtschaft wird Sicherheit virtuell und endet nicht mehr am Werkstor. Geschützte und vertrauliche Datenübermittlung muss weltweit dort gewährleistet sein, wo sich ein Firmen-Laptop befindet“, so Helmbrecht.

Unbewusstes Fehlverhalten

Eine Studie des IT-Konzerns Cisco Systems besagt, dass es einen eklatanten Unterschied zwischen dem Sicherheitsbewusstsein der mobilen Mitarbeiter eines Unternehmens und ihrem tatsächlichen Verhalten gibt. Dabei seien es häufig ganz banale Dinge, die die IT-Sicherheit von Firmen gefährden. So ließen nach der Cisco-Studie 21 Prozent der Befrag-

ten regelmäßig Freunde und Bekannte an ihren Firmen-Computern arbeiten, schreibt das Handelsblatt. Immer noch würden „die meisten Angriffe erst durch in der Regel unbewusstes Fehlverhalten verursacht.“

Was vielen Experten Sorge bereitet, ist weniger der Faktor „Technik“ als der Faktor „Mensch“. „Phishing, das Auspähen oder Erschleichen von Passwörtern und Codes, ist durch Technik alleine nicht in den Griff zu kriegen“, erläutert Massimiliano Mandato, Network Security Consultant des Stuttgarter Systemintegrators Nextiraone. Auch das Bewusstsein in der Unternehmensführung für die Belange der IT-Sicherheit müsse verstärkt werden. „Denn dieselben technologischen Errungenschaften, die den Erfolg eines Unternehmens vorantreiben, bringen auch Gefahren mit sich“, so Mandato.

Weltweite Studie

„Investitionen in die Informationstechnik eines Unternehmens zielen nach wie vor meist darauf ab, das tägliche Geschäft abzuwickeln und Kosten zu reduzieren, anstatt sie an Produktinnovationen und Ertragssteigerungen zu messen“, sagt Dirk Buchta, Vice President bei der Managementberatung A.T. Kearney, die in einer Studie weltweit 200 Vorstände, Führungskräfte und IT-Leiter befragt hat. Nur ein Drittel der Unternehmen bezeichnet die eigene IT-Planung demnach als klar an der Unternehmensstrategie ausgerichtet.

Oftmals reines Flickwerk

Die Sicherheitsstrukturen vieler Unternehmen seien oft reines Flickwerk. Das resultiert laut Mandato daraus, „dass der strategische Ansatz fehlt und der Überblick über das Sicherheitssystem verloren

stalliert, obwohl eigentlich mehr Antivirenschutz nötig sei. Dagegen fehle bei Großunternehmen eine Strategie aus einem Guss, weil Unternehmensteile auf unterschiedliche Anbieter von Sicherheitslösungen setzen und diese in den seltensten Fällen aufeinander abgestimmt sind. Der Bedarf an maßgeschneiderten Sicherheitslösungen sei daher groß, meint Mandato.

Mit einer Security-Roadshow, die am 23. Januar in Hamburg begann und Station in sechs weiteren Großstädten machen wird, wolle Nextiraone daher in Kooperation mit Cisco Systems dazu beitragen, dass die IT-Sicherheit nicht länger fünftes Rad am Wagen bleibt. □

Killerspiele nur noch mit Ausweis

Nach dem Vorstoß der CSU in Bayern, den Verkauf von Killerspielen ganz zu verbieten, plant die EU-Kommission nun zumindest strengere Kontrollen beim Verkauf von Gewalt verherrlichenden Videospielen an Minderjährige unter 16. EU-Kommissar für Justiz, Franco Frattini, wolle hierfür Ausweiskontrollen beim Kauf von Videospielen einführen. Händler, die Personen beim Kauf von Gewaltspielen nicht kontrollieren, sollen bestraft werden, sagte er gegenüber Reuters. Frattini beabsichtigt außerdem eine EU-weite Harmonisierung des Strafausmaßes für Händler.

Hingegen soll es den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, welche Videospiele als Gewalt verherrlichend eingestuft werden. Die entsprechende Gesetzesvorlage wolle Frattini bis Ende März vorlegen. Er sei zuversichtlich den Entwurf durchzubringen, da bereits acht Staaten den Vorschlag unterstützen. Losgetreten wurde die Initiative nach dem Vorfall im deutschen Emsdetten, wo im November 2006 ein Schüler

Amok lief, elf seiner Mitschüler verletzt und sich selbst umgebracht hatte.

Die Debatte um Killerspiele hat die bayerische Staatsregierung dazu veranlasst, das Jugendschutzgesetz zu verschärfen. Sie plant nun das generelle Verkaufsverbot von solchen Spielen. Heftige Kritik an diesem Vorhaben hat indes der Bundesverband der Entwickler von Computerspielen (G.A.M.E.) geübt. □

Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an. **Wir denken schon mal vor.**



VoIP überholt klassische Telefonie:

Öffentliche Hand investiert stärker in neue Technik

Konvergenz bleibt einer der Schlüsselbegriffe auf dem Telekommunikationssektor. Das geht aus der aktuellen Studie „TMT Trends 2007“ des Beratungshauses Deloitte hervor, wonach in Technologie, Medien und Telekommunikation auch Benutzerfreundlichkeit ein Trend des laufenden Jahres sein wird. „Aber vor allem schreitet die Verschmelzung der drei klassischen Sektoren in großen Schritten voran - Konvergenz ist und bleibt weiterhin das Motto der TMT-Branche“, sagt Deloitte-Berater Andreas Gentner.

Kaum eine Branche entwickelt sich derzeit schneller als die Telekommunikation. Beschleunigt wird die Entwicklung unter anderem durch die Verbreitung der Telefonie über das Internet Protokoll (IP). „VoIP wird zur treibenden Kraft im Wachstumsmarkt Breitband“, meldete Arthur D. Little in seinem weltweiten Breitband-Report. „Selten zuvor hat eine neue Technologie die Telekommunikations-Branche so verändert, wie es die Internet-Telefonie getan hat“, berichtete der Stern.

Mit der Umstellung auf moderne IP-Telefonie beschäftigt sich auch die öffentliche Hand. Über die Hälfte der rund 2.000 Telefonendgeräte sind bei der Stadt Hamm in Westfalen mittlerweile moderne IP-Telefone. Das konvergente System brachte schon im ersten Nutzungsjahr erhebliche Einsparungen, berichtet Klaus Dieter Poppe, zuständiger Abteilungsleiter Informationstechnik und Kommunikationsservice der Stadt.

Benutzerfreundlichkeit

Die Universität Stuttgart hat im vergangenen Jahr eine IP-basierte Alcatel-Telefonanlage in Betrieb genommen. Das bis dahin separate Telefonnetz ist entfallen. „Die besondere Herausforderung bei der Realisierung des Projekts lag in der Heterogenität: Knapp 150 Institute in 130 Gebäuden an den verschiedenen Uni-Standorten galt es auszurüsten, unterschiedliche Anforderungen der Nutzer zu berücksichtigen“, berichtet Projektleiter Walter Wehinger vom Rechenzentrum der Universität, die damit über die größte IP-Telefonanlage an einer deutschen Hochschule verfügt. Insgesamt seien etwa 10.000 Telefone angeschlossen, davon über 6.000 IP-Telefone.

Durch die Zusammenlegung von Sprach- und Datennetz ließen sich alle Kommunikationswege wie Telefon, Voice-mail, E-Mail und Fax in einer einheitlichen und benutzerfreundlichen Form zusammenführen, so Wehinger. Außerdem

werde sich die Investition von 3,3 Millionen Euro in jedem Fall auszahlen, weil Wartungs- und Betriebskosten gesenkt würden. Axel Schnell, Service Director des Stuttgarter ITK-Systemintegrators Nextiraone, unterstreicht die Bedeutung der Internet-Telefonie: „Die Verschmelzung von Daten und Sprache über das Internet Protokoll wird die Kommunikationswelt von Unternehmen, öffentlichen Institutionen und Privatkunden grundlegend verändern.“ Die Konvergenz von Sprache und Daten ermögliche die Verwendung eines einzigen Netzwerks für alle nur denkbaren Medienformate.

Zeiten des Umbruchs

Das Stuttgarter Unternehmen, das die Modernisierung der Telefonanlage für die Universität durchführte, rechnet damit, dass schon kurzfristig der Punkt erreicht sein wird, wo die IP-Telefonie die klassische Telefonie überholen könnte. Zwar gebe es bereits verschiedene Endgeräte des digitalen Zeitalters, virtuelle Assistenten, die Anrufe weiterleiten, SMS oder Instant Messages, PC und PDA. Die IP-Kommunikation jedoch sei der Garant für Zusammenführung der verschiedenen Kommunikationsformen, so Schnell.

Viele Unternehmen stehen angesichts der IP-Ausbreitung vor einem Umbruch. Schlüsselfaktoren für den Übergang zur IP-Telefonie sind die Betriebskostenreduktion und die Wahrnehmung von IP-Telefonie als zeitgemäße Alternative aufgrund erweiterter Funktionen wie Videokonferenzen, so die Erkenntnis von Nathan Brumby, Geschäftsführer IP-Telefonie bei Integrated Research.

Erleichterte Arbeitsabläufe

Für die Stuttgarter Hochschule sieht Axel Schnell eine Erleichterung der Arbeitsabläufe: „Das Medium für die Sprache ist das IP-Netz der Universität. Die Endgeräte werden einfach an eine normale IP-Dose ange-

schlossen und die Sprache wird dann verschickt.“

Bevorzugte Behandlung

Damit technisch auch alles einwandfrei laufe, werden die Sprachpakete gegenüber Datenpaketen bevorzugt behandelt. Denn bei einem Datenpaket, beispielsweise einer E-Mail, sei es nicht weiter tragisch, wenn

sich eine minimale Zeitverzögerung ergibt. Die Sprachpakete müssen allerdings sofort versendet werden, um ein Nachhaken oder Stocken des Gespräches zu vermeiden.

Einheitliche Form

Mit der neuen Anlage werde gewährleistet, dass alle Kommunikationswege auf einem Apparat enden. „Dann ist es möglich, dass Fax, Anrufbeantworter, SMS und E-Mail in einer einheitlichen und benutzerfreundlichen Form dargestellt werden können. Über das IP-Telefon sind die Unimark-Beauftragten über wichtige Nachrichten stets auf dem Laufenden“, so Projektleiter Wehinger. □

Bessere Orientierung mit REGISAFE IQ 2.3

Hans Held GmbH präsentiert zur CeBIT neues Release seines Schriftgutmanagementsystems

Stuttgart - REGISAFE IQ Nutzer können sich schon auf Windows Vista freuen. Die aktuelle Version 2.3 des Informations- und Schriftgutmanagementsystems REGISAFE IQ unterstützt nicht nur das neue Betriebssystem der Redmonder, sondern bietet auch zahlreiche Schnittstellen sowohl zum neuen Microsoft Office 2007 als auch zu Open Office oder Corel Word Perfect. Zur kommenden CeBIT präsentiert die Hans Held GmbH das neue Release im Public Sector Parc auf dem „Marktplatz Kommune“ in Halle 9, Stand-Nr. B 76.

Die Hans Held GmbH zeichnet sich seit Jahren durch ihr hohes Innovationstempo aus. Auch die neue Version 2.3 von REGISAFE IQ enthält wieder eine Vielzahl neuer Funktionen und Verbesserungen sowie etliche zusätzliche Programm-Module. So wird neben der vollständigen Windows-Kompatibilität der E-Mail-Verkehr noch komfortabler durch die Nutzung des XDOMEA-Formates, eines standardisierten XML-Schemas zum Austausch von Dokumenten, Vorgängen und Akten. Mit den E-Mails lassen sich dadurch automatisiert zusätzliche Informationen mitschicken. Nutzt der Empfänger ebenfalls REGISAFE oder M.A.U.S., kann er die E-Mail komfortabel ablegen, da die mitgeschickten Daten nicht neu erfasst werden müssen.

Komfortables Verwalten

Mehr Überblick haben REGISAFE IQ-Nutzer nun durch die Möglichkeit, Dateien in der Voransicht oder gescannte Dokumente in einer Bildschirmfüllenden Großansicht zu betrachten. Einzelne Eingabefelder lassen sich in der neuen Version vergrößern und mit der überarbeiteten „Adressverwaltung mit Ansprechpartner-Adressen“ beliebig viele Ansprechpartner einer Adresse komfortabel verwalten. Auch

die Orientierung wird mit REGISAFE IQ 2.3 einfacher: Ein Mausklick reicht und die Landkarte oder das Satellitenbild zu einer markierten Adresse wird angezeigt. Viele weitere Neuheiten runden das Release ab.

Neues Modul

Begutachten können CeBIT-Besucher/innen auch das neue Modul „KommunalPLUS Sitzungsgeld“, welches Mitgliedern der Gremien eine Sitzungsgeldabrechnung nach den unterschiedlichsten Kriterien und Regelungen ermöglicht. Das Tool ist eine Erweiterung für „KommunalPLUS - Sitzung“, eine Software für den Sitzungsdienst, mit der sich Gremien samt Vor- und Nachbereitung auf ein Minimum komprimieren lassen.

Produktpaket

Mittlerweile gibt es acht verschiedene Module des KommunalPLUS-Produktpaketes: Ob KommunalPLUS Baugenehmigung, Bautagebuch, Belegungsplan, Gewerbe, Gestattung, Stellenbesetzung, Sitzung oder Friedhof - jede der einzelnen Anwendungen bildet exakt die Vorgänge eines Verwaltungsbereiches ab und ist mit gleicher Programmstruktur und Oberfläche vollständig in das REGISAFE IQ integriert. Ein Gesamtkonzept, dass die intelligente Verwaltung und Archivierung sämtlicher Dokumente aus Fachverfahren in einem zentralen System ermöglicht.

Die Hans Held GmbH gilt bundesweit als eines der führenden System- und Beratungshäuser im Gesamtbereich Büroorganisation. Eine anerkannte Pionierleistung des Unternehmens ist die Synchronisation von papierbasierter mit EDV-gestützter Verwaltung. Davon profitieren insbesondere öffentliche Verwaltungen: Sie können nahtlos elektronische Lösungen einführen und ihre Geschäftsprozesse optimieren. Zum Anwendungsstandard entwickelte sich das integrierte Informationssystem REGISAFE IQ. Gegründet wurde die Hans Held GmbH 1952. Der Stammsitz der Firma Held ist in Stuttgart, Niederlassungen befinden sich in Ulm, Dresden, München und Lübeck. Vertriebspartner sind im gesamten Bundesgebiet vertreten. □

Quadrigo Informatik:

PCs besser verwalten

In nahezu allen Unternehmen und Verwaltungen unterliegt die IT-Landschaft einem ständigen Wandel. Neue technische Möglichkeiten und interne organisatorische Veränderungen zwingen zu Neuanschaffungen, Erweiterungen und Umstellungen. Nur eine systematische Verwaltung der IT-Ressourcen erlaubt es, mit den ständigen Veränderungen Schritt zu halten.

Vielorts fehlt es aber an den hierfür erforderlichen Werkzeugen. Häufig verwalten IT-Abteilungen ihre PCs in einer Tabellenkalkulation oder einer selbst entwickelten Datenbank, die immer wieder notdürftig erweitert wird, obwohl der Alltagsbetrieb dafür eigentlich keine Zeit lässt. Die Folge ist, dass oft der Überblick fehlt, wie viele Geräte und Softwarepakete vorhanden sind, wo welcher PC steht, wie viele Lizenzen für ein Update nun wirklich benötigt werden oder welche Garantiefreisten demnächst auslaufen.

Eine Alternative bietet die auf der CeBIT vorgestellte Softwarelösung Quadrigo-IT, mit der sich PCs und andere IT-Ressourcen umfassend verwalten lassen. Die Software umfasst einen User HelpDesk mit Intranet-Anbindung und liest eine Vielzahl von Daten aus PCs, Druckern und anderen Geräten mit Netzanschluss aus. Außerdem macht die Software Angaben zu den IT-Ressourcen auf dem Pocket PC verfügbar und unterstützt den Einsatz eines kabellosen Barcode-Scanners.

Am Stand von Quadrigo Informatik haben Besucher die Möglichkeit, sich bei einer persönlichen Präsentation einen Eindruck von Quadrigo-IT zu verschaffen. Sie erfahren unter anderem, wie einfach es mit der Software ist, den Umzug eines PC-Arbeitsplatzes abzubilden, via Intranet Problemfälle an den integrierten HelpDesk zu melden oder mit dem Pocket PC eine Bestandskontrolle durchzuführen.

Quadrigo Informatik GmbH: Auf der CeBIT in Halle 6, Stand A47. www.quadrigo.de □

Der elektronische Handel boomt

Privater E-Commerce wächst 2006 um 44 Prozent auf 46 Milliarden Euro

Die Umsätze im elektronischen Handel wachsen in Deutschland rasant. Im Jahr 2006 kauften private Verbraucher per Internet Waren und Dienste im Wert von 46 Milliarden Euro. Das entspricht einem Plus von 44 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, teilte der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) mit.

„Das Wachstumstempo im Online-Handel bleibt unvermindert hoch“, sagte BITKOM-Vizepräsident Jörg Menno Harms. „Dank attraktiver Angebote und hoher Sicherheitsstandards wird das Internet bei den Konsumenten immer beliebter. Neben dem stationären Handel und dem traditionellen Versandgeschäft hat sich das Internet als dritte Säule fest etabliert.“ Bis zum Jahr 2010 wird der Umsatz im elektronischen Handel mit Privatkunden auf 145 Milliarden Euro zulegen. Die jährliche Wachstumsrate liegt bei durchschnittlich 33 Prozent.

Bücher - Tickets - Kleidung

Die beliebtesten Produkte im Internet bei Privatkunden sind Bücher, gefolgt von Tickets für Veranstaltungen und Bekleidung. „Online-Kunden kaufen zunehmend höherwertige Produkte und Dienste wie Elektroartikel oder Reisen“, sagte Harms. Der durchschnittliche Wert eines Einkaufs steige kontinuierlich an. Immer häufiger laden sich die Verbraucher in Deutschland Musik, Hörbücher, Spiele, Videos oder Software aus dem Internet direkt auf den heimischen Computer. Im Jahr 2006 stieg der Umsatz mit legalen Downloads nach BITKOM-Schätzung um 20 Prozent auf rund 120 Millionen Euro.

Business-to-Business

Der weitaus größte Teil des elektronischen Handels entfällt mit fast 90 Prozent auf Geschäfte zwischen Unternehmen (Business-to-Business), ergab die aktuelle Untersuchung des Marktforschungsinstituts EITO im Auftrag des BITKOM. Im Jahr 2006 stieg der Online-Umsatz mit gewerblichen Kunden in Deutschland um 36 Prozent auf 392 Milliarden Euro. Für

das Jahr 2010 liegt die Prognose bei 636 Milliarden Euro. Seine Spitzenposition in Europa beim elektronischen Handel hat Deutschland im vergangenen Jahr gefestigt. 30 Prozent aller in Westeuropa über das Internet gehandelten Waren und Dienstleistungen wurden 2006 hier zu Lande verkauft. Es folgt Großbritannien mit einem Anteil von 18 Prozent. □

Stadt Erlangen:

Neuer Online Dienst

Zum internationalen Tag des Ehrenamtes stellten das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger und das Webbüro des eGovernment-Centers der Stadt Erlangen die Web-Anwendung Ehrenamt online! vor. Damit kam die Stadt dem Wunsch der ehrenamtlichen Gruppen, Vereine und Institutionen nach, eine Internetplattform zu schaffen, auf der sie sich mit ihrer Arbeit präsentieren können, auf der sie mit an ehrenamtlicher Arbeit Interessierten in Kontakt treten und sich untereinander noch besser vernetzen können, und die ihnen die Möglichkeit bietet, ihre Veranstaltungen zu publizieren. OB Dr. Siegfried Ball-eis: „Für die Stadt Erlangen, aber auch für mich persönlich, hat die Förderung ehrenamtlichen Engagements einen sehr hohen Stellenwert. Rund 20.000 Erlangerinnen und Erlanger engagieren sich Tag für Tag für Andere oder für die Gemeinschaft. Sie sind freiwillig und unentgeltlich aktiv. Sie tun dies aus Überzeugung und mit viel Motivation. Ohne sie wäre Erlangen ärmer und weniger menschlich.“ □

Quadrigo-IT

www.quadrigo.de



Verwaltung von PCs und anderen IT-Ressourcen

- Mehr Überblick durch eine systematische Verwaltung von Hardware, Software, Anwendern, Räumen, Lieferanten, Verträgen und Problemfällen.
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.
- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des hauseigenen Intranet
- Diagramme zur Veranschaulichung von Daten aus Listen und Statistiken
- Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen
- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen
- Die Option Quadrigo-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem handlichen Barcode-Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.

CeBIT 2007

15.-21.3.2007
Messe Hannover
Halle 6, Stand A 47

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der CeBIT 2007.

Neue Wege im Meldeamt

Der bundesweite elektronische Austausch der Einwohnermeldedaten ist seit 1. Januar 2007 Pflicht

Das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) des Bundes schreibt vor, dass ab 01.01.2007 nur noch elektronisch zwischen den Meldebehörden kommuniziert werden darf. Zudem sind weitere Neuerungen wie die Online-Auskunft über Anschriften der Bürger, die Online-Auskunft für Behörden und einiges mehr nun gesetzlich möglich und geregelt. Die Länder haben ihre jeweiligen Landesmeldegesetze und die daraus resultierenden Verordnungen weitgehend bereits dem MRRG angepasst.

Dass ein derartiges Projekt für die Verwaltung eine enorme Herausforderung darstellt, ist allen Beteiligten seit langem klar. Unzählige Arbeitsgruppen wurden gebildet und tagten zum Teil über Jahre hinweg. Insbesondere die Spezifikation des Kommunikationsstandards, damit sich alle rund 5.400 Meldebehörden in Deutschland auch verstehen, gestaltete sich zum Teil schwierig. So wurde ein eigener Standard für die Datenkommunikation erfunden: OSCI - hervorgegangen aus einem Produkt der bremen online services GmbH & CoKG (bos), einer Tochter der Stadt Bremen, entstanden im Rahmen der Teilnahme am Projekt media@kom. Der Koordinierungsausschuss Bund Länder Kommunen für allgemeine Datenverarbeitung, kurz KoopA ADV, hat beschlossen, OSCI zum Standard der Verwaltung in Deutschland zu machen. Da aber auf OSCI-basierende Produkte bisher nur in einzelnen, überschaubaren Projekten im Praxiseinsatz waren, steht die Nagelprobe für OSCI eigentlich noch bevor.

Praxis seit drei Jahren

Obwohl sich in Bayern die Anpassung der entsprechenden Verordnung des Innenministeriums noch weiter verzögert - das neue Meldegesetz ist dort erst zum 15.12.2006 in Kraft getreten - ist die elektronische Kommunikation der bayerischen Meldeämter seit drei Jahren Praxis. Die mittelständische komuna GmbH, IT-Dienstleister für Kommunen, und die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (AKDB), der öffentlich rechtliche Dienstleister für Kommunen und Mitbewerber der komuna, vernetzten bereits sehr früh ihre Kunden. Auf Basis der Transportplattform komuna.NET wurden inzwischen über 2 Mio. Rückmeldungen der Meldebehörden fehlerfrei verschlüsselt und signiert ausgetauscht. Doch die bewährte Plattform kann so nicht wei-

terverwendet werden, der Gesetzgeber schreibt OSCI vor.

Die Vorbereitungen auf die Umstellung auf OSCI begannen früh. Aber beim ersten flächendeckenden Einsatz von OSCI in Bayern, seit dem 18. Dezember 2006, zeigten sich schnell die Schwachstellen. Insbesondere die Verfügbarkeit der zentralen Komponenten, wie dem Zeichendienst der deutschen Verwaltung, ließ die ersten Da-

erhofft, läuft es überall da, wo das Land eine zentrale Clearingstelle per Verordnung oder Gesetz eingerichtet hat. Beauftragt wurden damit natürlich, wie so oft, öffentlich-rechtliche Einrichtungen des Landes oder kommunale Datenzentralen.

Zum Teil gibt es sogar einen regelrechten Anschlusszwang für die Kommunen. Offenbar trauen manche Länder ihren Kommunen nicht zu eigenverantwortlich zu handeln und zu kommunizieren. Dass damit die Sicherheitsprinzipien von OSCI ad absurdum geführt werden, scheint niemand zu stören.

In Baden-Württemberg beispielsweise verwenden rund 1000 Meldebehörden ein ge-

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

meinsames Postfach und ein gemeinsames Verschlüsselungs- und Signierzertifikat, betrieben durch den Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung

meinsames Postfach und ein gemeinsames Verschlüsselungs- und Signierzertifikat, betrieben durch den Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung

Elektronische Gewerbemeldungen:

Neue Schnittstellen-Version migewa

Seit 1. Februar steht allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit migewa bereits die 2. Version der Schnittstelle WS-Gewerbe zur Verfügung. Viele Verwaltungen haben schon seit September 2005 mit der ersten Version ihre Gewerbemeldungen elektronisch weitergeleitet, jetzt wurde nach umfangreichen Tests die weiterentwickelte Version freigegeben (Link zur Freigabeerklärung).

Die migewa erfüllt als einzige der in Bayern eingesetzten Gewerbeamtslösungen die Voraussetzungen zur Bedienung dieses Webservices und hat damit wieder einmal eindrucksvoll seine Rolle als bayerischer und auch bundesweiter Marktführer bewiesen. Vielleicht war auch das ein Entscheidungsgrund für die vielen Verwaltungen, dass komuna und ihre Softwarehersteller mit ihren Lösungen immer einen Schritt voraus sind.

Wichtigste Neuerung

Grundlage der Weiterentwicklung waren die Erfahrungen der Anwender und Betreiber beim Betrieb der ersten Schnittstellen-Version. Die wichtigste Neuerung aber ist die Integration von Verwaltungsgemeinschaften, die ab jetzt auch ihre Gewerbemeldungen elektronisch übermitteln können. Im ersten Schritt haben bereits die „Altanwender der Schnittstelle WS-Gewerbe“ das Update erhalten. In den kommenden Wochen erhalten alle weiteren migewa-Anwender, die den Web-Service nutzen können, ohne besondere Aufforderung das entsprechende Update. Alle Anwender bekommen dieses Update ohne zusätzliche Lizenzkosten im Rahmen der Softwarepflege und werden mit entsprechenden Schulungen zur zuverlässigen Bedienung dieses neuen Bausteins unterstützt.

komuna, mit mehr als 350 migewa-Anwendern Marktführer autonomer Gewerbeamtssoftware in Bayern, trägt somit ganz erheblich zur Vereinfachung für alle in den Verteildienst eingebundenen Fachstellen bei. Die Weiterleitung der zahlreichen Ausdrucke in Papierform entfällt und somit auch unnötiger Verwaltungsaufwand durch die mehrfache Erfassung der immer gleichen Daten.

migewa verbindet alle Vorteile

Raum Stuttgart. Ob aber ohne Wettbewerb die geplante Kosteneinsparung realisierbar ist, scheint mehr als fraglich. Am Beispiel Baden-Württemberg ist erkennbar, dass die jährlichen Kosten für die Datenkommunikation über das zentrale Portal für die Kommunen höher sind, als für Betrieb und Pflege des Fachverfahrens für das gesamte Meldeamt.

Theorie und Praxis

Stephan Hauber, Geschäftsführer der HSH GmbH: „Die vergaberechtliche Bewertung eines solchen Vorgehens in einigen Ländern ist eine Sache. Aber die Ergebnisse zeigen doch immer wieder, dass bei Ausschluss des Wettbewerbs zu hohe Kosten entstehen und es eben auch keinen Wettbewerb um die technisch beste Lösung gibt. Die Innenministerien sollten sich auf die verwaltungsrechtlichen Vorschriften konzentrieren und technische Lösungen dem Wettbewerb überlassen.“

Es wird noch einiges zu tun geben in 2007 für die Koordinierungsarbeiten auf allen Verwaltungsebenen, um die in der Praxis zu Tage tretenden kleinen und vielleicht auch größeren Probleme zu beheben. Aber das ist bekanntlich der Unterschied zwischen Theorie und Praxis. □

Elektronische Datenkommunikation:

OSCI endet nicht am Drucker

Gute Erfahrungen in der täglichen Praxis bei den Anwendern des Fachverfahrens MESO

Seit dem 1. Januar 2007 ist die elektronische Datenkommunikation im Meldewesen gesetzliche Pflicht. Doch die elektronische Kommunikation darf nicht am Drucker enden; erst die medienbruchfreie Verarbeitung bringt in der Praxis wirklich einen Gewinn für alle Beteiligten. Über durchweg positive Erfahrungen berichten die Sachbearbeiter der Meldebehörden, die das Fachverfahren MESO einsetzen, in den derzeit laufenden Erfahrungsworkshops.

Insbesondere die medienbruchfreie Verarbeitung der eingehenden Rückmeldungen funktioniert. Da sich der Bürger nicht mehr bei der Wegzugsmeldebehörde abmelden muss, erfährt diese erst durch die elektronisch eingehende Rückmeldung der Zugzugsmeldebehörde von dessen Wegzug. Beim Eintreffen einer elektronischen Rückmeldung wird die Sachbearbeitung durch das Verfahren umfassend unterstützt. Der im Melderegister korrespondierende Datensatz wird automatisch zur Bearbeitung vorgeschlagen und alle nötigen Meldungsvorgänge im Melderegister nach Bestätigung durch den Sachbearbeiter freigegeben. „Wir müssen nur noch entscheiden, und das soll auch bitte so bleiben“, meinte eine Sachbearbeiterin im Workshop, „aber das lästige Abtippen eingehender Nachrichten konnten wir uns Dank komuna.NET bereits seit Jahren ersparen.“

Es wird noch einiges zu tun geben in 2007 für die Koordinierungsarbeiten auf allen Verwaltungsebenen, um die in der Praxis zu Tage tretenden kleinen und vielleicht auch größeren Probleme zu beheben. Aber das ist bekanntlich der Unterschied zwischen Theorie und Praxis. □

Funktionalität

Rund 40.000 elektronische Meldungen haben die 481 bayerischen Meldebehörden, die MESO einsetzen, versandt und ca. 34.000 erhalten. Die auffallende Diskrepanz zwischen ausgehenden und eingehenden Meldungen erklärt sich durch die umfangreiche Funktionalität in MESO. So konnte bisher festgestellt werden, dass offenbar nicht alle Meldeämter die Berichtigung bzw. Bestätigung (Meldungsart 0203) auf die Rückmeldung, wie in OSCI-XMeld nun mal vorgesehen, versenden.

Mehrere hundert Sachbearbeiter aus Meldebehörden haben sich in letzter Zeit bei den Erfahrungsworkshops der komuna GmbH getroffen. Da die meisten davon auf die OSCI-Provider-Lösung der komuna setzen, haben sie von den technischen und organisatorischen Unzulänglichkeiten in der Startphase von OSCI-Transport nichts mitbekommen. Bei diesen Workshops hat sich schnell die hohe Zufriedenheit der Anwender herauskristalli-

siert. Die elektronische Kommunikation via OSCI darf eben nicht am Drucker enden, denn dann wäre nur der Papierversand eingespart. „Mit der umfassenden elektronischen Kommunikation zwischen Behörden müssen auch die internen Prozesse neu definiert und die Abläufe optimiert werden“, meint dazu Ferdinand Beer, Vertriebsleiter der komuna. □

Öffentliche Verwaltung:

Digitalisierung schreitet voran

Innerhalb der öffentlichen Verwaltung schreitet die Digitalisierung weiter voran. Vor kurzem hat die privatisierte Bundesdruckerei GmbH die 5.000ste Kommune als DIGANT-Teilnehmer begrüßt. DIGANT ist das digitale Antragsverfahren der Bundesdruckerei für Reisepässe und Personalausweise. Damit beantragen inzwischen knapp 90 Prozent der Kommunen in Deutschland die Personaldokumente digital. „Mit DIGANT können die Kommunen Geld sparen und effizienter arbeiten und die Bürger erhalten ihre Personaldokumente schneller“, betont Ulrich Hamann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bundesdruckerei. Diese bietet bereits seit dem Jahr 2000 das Software-Modul DIGANT an. Verbunden damit sind zahlreiche Einsparpotenziale: Die Meldestellen müssen die Anträge für Personalausweise und Reisepässe nicht mehr per Post zur Bundesdruckerei schicken. Außerdem können die Daten digital archiviert werden. Sind die Daten via sicherer Datenleitung an die Bundesdruckerei übermittelt worden, brauchen sie auch dort nicht mehr digitalisiert zu werden, was eine weitere Zeitersparnis bedeutet. □

www.stmugv.bayern.de:

Ab sofort barrierefreies Online-Angebot

Das Prädikat „sehr gut zugänglich“ verliehen unabhängige Tester dem neuen, barrierefreien Internet-Auftritt des Ministeriums. Dies erklärte Bayerns Umwelt, Gesundheits- und Verbraucherschutzminister Werner Schnappauf bei der Freischaltung der Homepage www.stmugv.bayern.de.

Schnappauf: „Der Internet-Auftritt des Ministeriums zeichnet monatlich bis zu 3 Millionen Seitenauftritte und gehört damit im Behördenbereich zu den meistfrequentierten Adressen. Mit dem neuen barrierefreien Auftritt können sich jetzt beispielsweise auch sehbehinderte Menschen über Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz besser informieren.“ Menschen mit Behinderungen seien statistisch gesehen überdurchschnittlich häufig im Internet: Blinde Nutzer lassen sich Webseiten durch eine Software vorlesen oder in Braille-Schrift ausgeben. Deswegen ist es nach dem Worten des Ministers besonders wichtig, Internetangebote zu schaffen, die den besonderen Bedürfnissen behinderter Menschen gerecht werden.

Das neue Online-Angebot des Ministeriums wurde nach der seit Jahresbeginn geltenden bayerischen Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik (BayBITV) von einer externen Firma getestet. Ergebnis: Die Homepage erfüllt mit 96 von 100 möglichen Punkten nahezu alle Vorgaben aus 52 Einzeltests, die ein barrierefreier Internetauftritt nach aktuellen Standards erfüllen muss. So benötigen z.B. Sehgeschwache, insbesondere ältere Menschen, eine vergrößerbare Schrift und kontraststarke Farben. □

Wir sind der Partner für ...

... Kommunale Fachverfahren

- Einwohnermeldewesen
- Finanzwesen, NKF
- Gewerbeswesen
- Friedhofswesen
- Dokumentenverwaltung
- Sitzungsdienst
- Wahlauswertung

... Service + Support

- IT-Dienstleistung
- Installations-Service
- Schulungskonzepte
- Betreuungskonzepte
- Fachhotline

... Online-Services

- Rathaus Service Portal
- Transportplattform komuna.NET



komuna GmbH

EDV-Beratung
Wallerstraße 2
84032 Altdorf
Tel. 0871/97 38 5-0
Fax 0871/97 38 5-600
E-Mail: info@komuna.de

Outsourcing und ÖPP:

Zwei Seiten einer Medaille?

Von Peter A. Vorgel, Geschäftsführer tsm total-sourcing-management

Dienstleistungen in hoher Qualität und mit der gebotenen Effizienz zu erbringen, ist eine der berechtigten Hauptforderungen öffentlicher Auftraggeber. Dabei kommen immer wieder Begriffe wie Outsourcing (Privatisierung) und ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) in die Diskussion. Genauso schnell werden dann aber Risiken aufgezeigt und aufgrund fehlender Erfahrung diese, an und für sich gerade für die öffentliche Hand geeigneten Vorgehensmodelle wieder verworfen.

Beiden Modellen, Outsourcing und ÖPP gemeinsam ist, das ein „externer Partner“ seine unternehmerische Freiheit entweder in einer gemeinsamen, privatrechtlich orientierten Gesellschaft (ÖPP) oder im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages zugunsten des öffentlichen Auftraggebers einsetzt. Wesentlicher Unterschied ist die Aufteilung von Risiko und Erfolg - ÖPP ist dabei die Mischform zwischen staatlicher Eigenlösung und vollständiger Privatisierung (Outsourcing).

Neueste Datenverarbeitung

Vor allem Kommunen und Landkreise können sich dadurch

auf Verwaltungsprozesse und den Service gegenüber ihren Bürgern konzentrieren. Die dazu notwendige Datenverarbeitung wird äußerst wirtschaftlich und mit neuester Technik zur Verfügung stehen.

Kommunale Motive

Was sind die Motive der Kommunen für solche Modelle? Hier ist vor allem die Auflösung des meistens vorhandenen Investitionsstaus, die Nutzung von Know How eines erfahrenen Partners, die Planbarkeit der Kosten und Ausgaben über einen langen Zeitraum, aber auch die Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch mehr Leistung für das vor-

handene Budget zu nennen. Die von allen Seiten auf sie zukommenden Modernisierungsanforderungen im Zusammenhang mit eGovernment und die Nutzung neuester Technologien sind weitere, werthaltige Gründe. Aber auch „organisatorische“ Veränderungen wie z.B. das Zusammenlegen von IT Einheiten sind in einer solchen Konstruktion leichter und schneller umzusetzen.

Die anfängliche Skepsis der „betroffenen“ Mitarbeiter ist übrigens in allen uns bekannten Fällen durch die deutlich verbesserten Weiterbildungsmöglichkeiten, die leistungsgerechte Bezahlung und die Übernahme von mehr Verantwortung in Motivation für die neue Aufgabe und ein neues Selbstwertgefühl umgeschlagen.

Risiken

Wo aber liegen die Risiken? Sind wir doch mal ehrlich - die Gestaltung eines Outsourcing oder ÖPP Vertrages ist für die Verantwortlichen in den Landkreisen und Kommunen nicht gerade das, was sie in ihrer täglichen Arbeit zu erledigen haben.

Wenden sie sich dann an etablierte Anbieter der nachgefragten Leistung, dann werden sehr schnell Modelle entwickelt, bei denen die „Vorteile“ mehr auf Seiten des Anbieters liegen.

Kommt dazu dann auf dessen Seite noch fehlendes Verständnis für die Belange einer Verwaltungsbehörde, mangelndes Interesse an der Förderung regionaler Wirtschaft und regionaler Ar-

BITKOM-Stellungnahme:

Für fairen Wettbewerb um die besten eGov-Lösungen

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. BITKOM, der mehr als 1.000 Unternehmen, davon 750 Direktmitglieder mit 120 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten vertritt, hat elf Thesen zum Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten IT-Dienstleistern veröffentlicht. Darin vertritt der Verband die Ansicht, dass nur Wettbewerb zu innovativen und wirtschaftlichen Angeboten führt. Ein klarer Irrweg sei es aber, wenn Gemeinden, Gebietsrechenzentren, Landes- oder Bundesverwaltungen eigene Produkte anbieten.

Die Forderungen im einzelnen:

1. Keine Eigenentwicklungen der öffentlichen Hand ohne Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen
2. Für einen fairen Wettbewerb um öffentliche Aufträge
3. Netzwerke verhindern fairen Wettbewerb
4. Politischer Auftrag des Drittgeschäfts ist eine Fehlentwicklung
5. Keine erweiterten Vertriebsrechte für öffentliche Auftraggeber
6. Bündelung der ITK-Kompetenzen nur bei Einspareffekten sinnvoll
7. Eigenrealisierungen gefährden Exportchancen für Softwarelösungen
8. Kompetente öffentliche Auftraggeber, nicht kompetente öffentliche Auftragnehmer
9. Aufgabenkritik muss ernst genommen werden
10. Umsatzsteuerprivilegierung bei Inhouse-Lösungen
11. Preisregulierung über Selbstkostenerstattungspreise verhindern.

In Deutschland besteht dem BITKOM zufolge ein ordnungspolitischer Grundkonsens, weite Teile der so genannten Daseinsvorsorge wie Rundfunk, Telekommunikation oder die Energieversorgung in private Hände zu legen und auch dort zu belassen. Ausdrückliche Regelungen

beitsplatzbeschaffung hinzu, ist der Misserfolg des Vorhabens garantiert. Aber auch, wenn ihr Ziel lautet: „Nichts verändern - nur billiger“ wird sich der gewünschte und erreichbare Erfolg nicht einstellen.

Wie sollten Sie vorgehen? Diskutieren Sie im Vorfeld ausführlich mit Fachleuten über ihr Vorhaben. Setzen Sie klare Ziele und legen fest, was in welchem Zeitraum erreicht werden soll. Erörtern Sie die verschiedenen Möglichkeiten mit Spezialisten, die seriös und garantiert unabhängig (nicht einseitig orientiert) sind. Sichern Sie ihr Vorhaben bei allen Beteiligten im Vorfeld ab und beziehen Sie auch die Personalvertretungen mit ein.

Alternativen beachten

Entscheiden Sie erst dann, welche „Gestaltung“ der IT die für ihre Kommune oder ihren Landkreis die Richtige ist. Betrachten Sie dabei auch immer den Eigenbetrieb oder die kommunale GmbH als Alternative.

Erst dann sollten Sie eine geeignete Ausschreibung und entsprechende Verhandlungsverfahren anstoßen. Bereits zu diesem Zeitpunkt ist die Kommunikation gegenüber allen Betroffenen und Beteiligten ein absolutes Muss.

Fazit: Privatisierung oder Öffentlich Private Partnerschaft ist ein Erfolg versprechendes Vorgehen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit und zur Sicherung der Investitionen. Mit den richtigen Partnern, nachweisbar in den uns bekannten Fällen, ist dies ein richtiger Schritt zur Bündelung des Wissens und der vorhandenen Ressourcen beider Seiten. Einer langfristigen „Partnerschaft“ zur Freude aller Beteiligten steht damit nichts mehr im Wege. □

IBM auf der CeBIT 2007:

„Ideas for Innovators - Get inspired“

Der Messeauftritt von IBM auf der CeBIT 2007 vom 15. bis zum 21. März steht unter dem Motto „Ideas for Innovators - Get inspired“. Zusammen mit Business Partnern zeigt IBM auf einer Ausstellungsfläche von über 2.000 Quadratmetern in Halle 1 aktuelle Entwicklungen aus den IBM Labors, neue Business und Technology Services sowie Branchen- und Mittelstandslösungen wie auch neue Software- und Hardware-Produkte.

Zu den Höhepunkten zählen unter anderem ein Smart Surveillance System für die automatische Videoanalyse in Echtzeit, neue Engineering-Anwendungen für den Cell-Prozessor, eine Containermanagement-Lösung bei Daimler-Chrysler sowie der Launch von IBM FileNet P8 4.0 und die neue Version von Lotus Notes. In Halle 9 präsentiert sich der Geschäftsbereich Öffentlicher Dienst mit drei Schwerpunkten. In Halle 1 (Stand F41/F51) konzentriert sich der IBM Messeauftritt auf fünf Schwerpunkte, sogenannte Future Windows:

- „A Better Planet“ präsentiert Lösungen für Umwelt & Energie, Verbraucherschutz und Gesundheit.
- „Mid Market“ zeigt IT Services für den Mittelstand und Express Advantage Angebote von IBM und Partnern.
- „Transportation & Commerce“ veranschaulicht Tracking-Technologien und Lösungen aus den Bereichen Automotive, Finance und Distribution.
- „Future Enterprise“ visualisiert innovative, zukunftsorientierte Geschäftsmodelle und zeigt Lösungen aus den Bereichen Sicherheit, Kommunikation und Arbeitsplatzmobilität für alle Unternehmensgrößen.
- „SOA & Infrastructure“ macht deutlich, wie mit Hilfe von Serviceorientierten Architekturen Infrastrukturen und Prozesse besser gemanagt und optimal verzahnt werden können.

Darüber hinaus beteiligt sich IBM an dem Innovationsportal „CeBIT next“ der Messe AG. Besucher können dort innovative Ideen vorschlagen, bewerten und vernetzen. Themen von „CeBIT next“ sind „Future Fair“, „Future Work & Life“ und „Future Health“. Eingabeterminale befinden sich auf dem IBM Stand und an prominenten Plätzen auf dem Messegelände.

A Better Planet

Im Public Sector Parc in Halle 9 zeigt der IBM Geschäftsbereich Öffentlicher Dienst unter anderem Anwendungen aus dem Bereich Dokumentenmanagement sowie die Lösung von IBM zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte mit einer innovativen Telemedizinlösung als integralem Bestandteil. Letztere ist auch in Halle 1

Die öffentliche Hand bietet verstärkt IT-Integrations-, Beratungs- und sonstige Dienstleistungen - auch bei öffentlichen Ausschreibungen im Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Unternehmen - an.

Make or Buy?

Die Kernfrage der künftigen Aufgabenkritik müsse daher lauten: Make or Buy. Der BITKOM hat hier eine klare Position: Kernaufgabe der öffentlichen Hand sollte die Entwicklung gemeinsamer Standards sein. Auf dieser Basis kann sich in der Privatwirtschaft ein reger Wettbewerb entwickeln. Eigenentwicklungen dürfen nur angestrebt werden, wenn für eine Lösung ein Markt der Lösungen nicht besteht und auch nicht über Forschungsförderung entwickelt werden kann. Dieser Ansatz sollte gerade auch

auf dem Hauptstand zu sehen.

Mid Market

Im Bereich Mid Market zeigt der IBM Geschäftsbereich Mittelstand in Halle 1, Stand Nr. 11 bis 16, IT-Lösungen für kleine und mittlere Unternehmen. Schwerpunkte bilden hier das Thema Services für den Mittelstand sowie die gemeinsam mit Business Partnern präsentierten branchenspezifischen Geschäftslösungen, die unter dem Label Built on IBM Express Advantage die Anforderungen mittelständischer Kunden adressieren.

Transportation & Commerce

IBM präsentiert im Bereich Transportation & Commerce neuartige Anwendungsbeispiele auf dem Cell-Blade QS20 aus dem Engineering-Umfeld. Der Cell-Chip setzt aufgrund seiner herausragenden Rechenleistung, großen Speicherbandbreite und seines ungewöhnlichen Designs neue Maßstäbe in der Mikroprozessoren-Entwicklung.

Future Enterprise

Im Bereich Future Enterprise zeigt IBM mit dem Smart Surveillance System (S3) eine Sicherheitstechnologie, die eine automatische Datenanalyse von Videosequenzen in Echtzeit ermöglicht. Das von IBM Forschern aus dem Watson Research Lab entwickelte System verfügt über Möglichkeiten, Videosequenzen in Echtzeit oder in Form von Archivmaterial auszuwerten und zu analysieren.

SOA & Infrastructure

Im IBM Fokusbereich Serviceorientierte Architektur (SOA) präsentiert IBM mit der SOA Foundation ein komplettes Angebot aus Hardware, Software, Services, Methoden und Best Practices und zeigt anhand eines Modellunternehmens die Vision eines durchgängig serviceorientierten Unternehmens sowohl im Geschäftsbereich, als auch in der IT. Zudem zeigt IBM auf der Messe neun individualisierbare Einstiegspunkte für Unternehmen, die die Umsetzung einer SOA vereinfachen und dabei vorhandene Prozesse und Systeme integrieren. □

im Interesse der öffentlichen Hand liegen.

Dramatische Folgen

Zusammenfassend stellt BITKOM fest, dass ein manifester Aufbau von IT-Beratungs- und Dienstleistungskompetenz über alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung erfolgt. Mit den Forderungen nach einer Senkung der Staatsquote und Aufgabenkritik lasse sich diese Entwicklung nicht vereinbaren. Dieser Trend habe mittel- bis langfristig dramatische Folgen für den Wettbewerb und auch für die Wirtschaftlichkeit der Lösungen innerhalb der Verwaltung, denn nur durch Wettbewerb kann sichergestellt werden, dass auch die öffentliche Hand dauerhaft mit qualitativ hochwertigen, zeitgemäßen und sicheren Produkten arbeitet. □

Gesellschaft für Handwerksmessen (GHM):

Umsatz verdoppelt

München. Mit acht Veranstaltungen am Messestandort München, in Nürnberg und Shanghai hat die Gesellschaft für Handwerksmessen (GHM) im letzten Jahr ihren Umsatz auf 34 Millionen Euro nahezu verdoppelt.

Wie der Vorsitzende der Geschäftsführung, Franz Reisbeck, auf der Jahrespressekonferenz in München berichtete, machten die Handwerksmessen mit 4621 Ausstellern und 585.000 Besuchern einen deutlichen Sprung nach vorne. „Damit hatte sich die GHM als Veranstalter für kleine und mittlere Unternehmen im gewerblichen Mittelstand ein außergewöhnliches Arbeitspensum aufgeladen“.

Das Flaggschiff der IHM, die Internationale Handwerksmesse, hatte im Frühjahr 2006 ein neues Konzept zu bestehen. Zusammen mit der „Garten“ München, die erstmals über die volle Laufzeit von sieben Tagen mit der IHM parallel veranstaltet wurde, habe man mit exakt 206.000 Besuchern erstmals wieder die magische Schwelle von 200.000 Besuchern überschritten. Die neue Gliederung in die Sektoren Profi und Privat habe, so Reisbeck, die erhoffte Entflechtung der Besucherströme gebracht.

Zu den „Super-Stars“ unter den Messen des Jahres 2006 zählte im April in Nürnberg die IHF/Intherm mit einem Besucherzuwachs um 14 Prozent auf 490.000. Mitverantwortlich für den großen Sprung nach vorne war aber vor allem die Backmesse „iba“, die nur alle drei Jahre stattfindet. Ein national wie international voll auf Investitionen eingestellter Markt, eine Fülle von Neuentwicklungen auf Seiten der fast 1000 Aussteller aus 49 Staaten, eine Zunahme der Angebots- und Nachfrageseite um jeweils rund sieben Prozent und ein aufgeschlossenes Fachpublikum aus aller Welt trugen zum Gelingen der „iba“ bei.

Die letzten Messeveranstaltungen im vergangenen Jahr, die Heim + Handwerk sowie FOOD & LIFE 2006 zogen rund 120.000 Besucher an und blieben damit unter der Besucherzahl des Vorjahres. Der Grund: das Fehlen der internationalen Modellbahn-Ausstellung, die alle zwei Jahre in München gastiert.

Erste Signale, so abschließend Reisbeck, wohin die Reise im gewerblichen Mittelstand gehen wird, erwartet sich die GHM vom Messedreigespann im März. Fast gleichzeitig gehen an den Start die „neue metall“ München, die Internationale Handwerksmesse und die „Garten“ München. E. Scholl

tsm

Zusammenhänge verstehen
Lösungen erarbeiten
Umsetzung garantieren

Öffentlich Private Partnerschaft & Outsourcing

Wir unterstützen Sie mit fundierter und ganzheitlicher Beratung und operativem Management - um gemeinsam mit Ihnen konkrete und gesicherte Strategien und Konzepte zu entwickeln.

Wir haben die Referenzen in der modernen öffentlichen Verwaltung.

tsm total-sourcing-management
Deutschland +49 911 9893015
info@total-sourcing-management.eu
www.total-sourcing-management.eu

LfU-Fachtagung zur Nachweisführung für Sonderabfälle:

Aktuelle Entwicklungen

Zum Februar 2007 werden neue Regelungen zur Nachweisführung für Sonderabfälle in Kraft treten. Die neuen Regelungen haben zum Ziel, die abfallrechtliche Überwachung effizienter und zugleich kostengünstiger zu gestalten. Erstes Ziel ist die Einführung moderner Kommunikationstechniken. Auf einer Informationsveranstaltung des Bayerischen Landesamts für Umwelt in Kulmbach wurden die neuen rechtlichen Regelungen im Überblick vorgestellt und Hinweise zur praktischen Nachweisführung sowie zur Abgrenzung gefährlicher und nicht gefährlicher Abfälle gegeben.

Tagungsleiter Dr. Wolfgang Güntner (LfU) betonte eingangs, die formalisierte Überwachung der Abfallentsorgung in Form von Nachweisen und Registern stelle sowohl die Vollzugsbehörden als auch die nachweispflichtigen Unternehmen der Wirtschaft vor besondere Probleme. So fielen in Deutschland jährlich bis zu 20 Mio. Tonnen gefährlicher Abfälle pro Jahr an. Da diese Abfälle ganz überwiegend nicht dort entsorgt würden, wo sie anfallen, erstreckt sich die abfallrechtliche Überwachung in diesem Bereich auf eine entsprechend hohe Zahl von Abfallverbringungen im Bundesgebiet.

2,5 Mio. Begleitscheine

In diesem Zusammenhang seien in Deutschland jährlich ca. 120.000 Entsorgungsnachweise den zuständigen Behörden vorzulegen und zu prüfen, ob die Zulässigkeit und Umweltverträglichkeit des jeweils vorgesehenen Entsorgungsweges bestätigt werden kann. Jährlich ca. 2,5 Mio. Begleitscheine müssten geführt und den zuständigen Behörden vorgelegt werden, um im Nachhinein die Einhaltung dieser Entsorgungswege nachzuweisen.

Effizientere Ausgestaltung

Die Neuregelungen eröffneten die Option, die abfallrechtliche Überwachung für alle Beteiligten zu vereinfachen und gleichzeitig ohne Abstriche an Umweltstandards effizienter auszugestalten, sagte Güntner. Die Standardisierung der Nachweisverfahren, verbunden mit möglichst wenigen Ausnahmen oder Modifizierungen, erleichtere im Massengeschäft der abfallrechtlichen Nachweisführung das Verfahren sowohl für die betroffenen Unternehmen der Wirtschaft als auch für die Vollzugsbehörden.

Alexander Famy, Bayerisches Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik, BIfA GmbH (Augsburg), verwies darauf, dass nach der Verab-

Waldpflegeverträge:

Ideal für private Waldbesitzer

Was die Kirche mit ihren Wäldern macht, kann für private Waldbesitzer nicht schlecht sein. Viele Kirchenwälder werden mittels Waldpflegevertrag vor Forstbetriebsgemeinschaften (FBG) oder Waldbauernvereinigungen (WBV) betreut. Vor dem Abschluss eines Waldpflegevertrages bieten FBGen und WBVen Waldbegänge an, die dem Privatwaldbesitzer einen Überblick über die notwendigen und nützlichen Maßnahmen in seinem Wald geben. Dafür stehen auch die Förster an den Ämtern für Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung. Die Beratung ist kostenfrei. Waldpflegeverträge kosten wenig und bringen dem Waldbesitzer viel, auch finanziell. Schließlich landen die Durchforstungs- und Holzernteerlöse in vollem Umfang auf dem Konto des Waldbesitzers.

Wer klug ist, erkundigt sich möglichst rasch, was seine FBG/WBV an Waldpflegemaßnahmen anbietet. □

Bayerns jedem am Nachweisverfahren Beteiligten eine Teilnahme am eBegleitschein-System ohne gesonderte Freistellung erlaubt. Für außerbayerische Teilnehmer wird eine solche Befreiung noch immer benötigt.

ASYS System

Über das eBegleitschein-System wurden bereits mehr als 35.000 Begleitscheine erfolgreich abgewickelt. Die Anbindung an das behördeninterne Bayerische ASYS System erfolgt seit Anfang 2004 vollautomatisch.

Der eBegleitschein kann laut Famy einfach in betriebliche Software integriert werden. Dabei stehen verschiedene Möglichkeiten bis hin zu einer direk-

ten Koppelung mit dem eBegleitschein-System zur Auswahl. Die Einführung der digitalen Signatur für das Internet Portal ist für Mitte 2007 vorgesehen; die Einführung der erweiterten Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem Austausch der Daten über das zentrale bundeseinheitliche System erfolgt, sobald verlässliche Strukturen für den Austausch zur Verfügung gestellt werden. Mit dem vollständigen Ausbau des Systems ist bis Ende 2008 zu rechnen.

Kostenlose Teilnahme

Die Teilnahme am eBegleitschein-System ist nach Farnys Angaben für Erzeuger und Beförderer kostenlos. Derzeit bietet sich für Mitglieder des VBW, des VBS oder der ATAB die Möglichkeit, am eBegleitschein-System auch als Entsorger kostenneutral teilzunehmen. Der für Entwicklungspartner er-



Beispiele für Sonderabfall. □

mäßigten Gebühr in Höhe von 1 Euro je abgeschlossenem Schein steht eine Ermäßigung der Bearbeitungsgebühr in gleicher Höhe seitens des LfU gegenüber. Damit bietet sich bayerischen Unternehmen die Chance, ohne Kostenrisiko den Einstieg in den online Begleitschein bereits heute durchzuführen und betriebliche Abläufe frühzeitig anzupassen. DK

E.ON Bayern

Umweltpreis 2007

E.ON Bayern Umweltpreis 2007

E.ON Bayern fühlt sich dem Umweltschutz und insbesondere einer umweltgerechten Energieversorgung verantwortlich. Daher fördern wir ökologische Leistungen von Kommunen, Kirchen, Vereinen, Initiativen und Unternehmen in Bayern. Ziel ist es, innovative, energiesparende und umweltschonende Projekte zu unterstützen.

Unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vergibt E.ON Bayern den mit 250.000 Euro dotierten Umweltpreis 2007.

Einsendeschluss ist der 28. Februar 2007.

Bewerbungsunterlagen und weiterführende Informationen finden Sie unter www.eon-bayern.com.

e.on | Bayern

Abfallwirtschaft in Deutschland :

Befürchteter Rückschritt

Gemeinsames Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände, des VKS im VKU und der ITAD

Die kommunalen Spitzenverbände, der VKS (Verbund Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung) im VKU und die Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD) haben ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht. Darin verweisen sie auf die „Notwendigkeit der energetischen Verwertung in thermischen Abfallbehandlungsanlagen“ und diskutieren zudem die „Zuständigkeit innerhalb der Abfallrahmenrichtlinie“.

Die 67 derzeit in Deutschland betriebenen Thermischen Abfallbehandlungsanlagen behandeln jährlich eine Abfallmenge von über 17 Millionen Tonnen. Sie stellen damit die ordnungsgemäße und umweltgerechte Entsorgung von rund zwei Drittel aller jährlich anfallenden Siedlungsabfälle sicher und bilden das Rückgrat der Siedlungsabfallentsorgung in Deutschland. Könnten die thermischen Abfallbehandlungsanlagen nach der Novelle der Abfallrahmenrichtlinie keine Abfälle zur Verwertung mehr behandeln, sondern lediglich beseitigen, würde dies nach Auffassung der Unterzeichner zu einem „Rückschritt bei der Entwicklung hin zu einer nachhaltigen und umweltgerechten Abfallwirtschaft in Europa“ führen.

Drohender Verlust für die Kommunen

So würden der Mehrzahl der thermischen Abfallbehandlungsanlagen Verwertungsabfälle wegbrechen, da diese vorrangig in anderen Verwertungsanlagen wie insbesondere Sortieranlagen oder Mitverbrennungsanlagen zu behandeln wären. Diese Anlagen haben grundsätzlich private Eigentümer. Allein in Deutschland drohe den Kommunen auf diese Weise der Verlust von rund 5 Mio. Tonnen Gewerbeabfällen, was jährlichen Mindereinnahmen von mehr als 750 Mio. Euro entsprechen würde. Infolge dessen wären die meisten thermischen Abfallbehandlungsanlagen bei weitem nicht mehr ausgelastet und müssten bei großer Unterauslastung zu deutlich erhöhten Gebühren betrieben werden. Die Abfälle zur Verwertung würden stattdessen über größere Distanzen, auch grenzüberschreitend in Sortieranlagen oder Mitverbrennungsanlagen transportiert werden. Scheinverwertungen würden wieder zunehmen. Es entstünden grobe Wettbewerbsverzerrungen zu anderen Behandlungsanlagen, die nicht über denselben Stand der Technik (Umweltstandards) verfügen wie thermische Abfallbehandlungsanlagen.

Thermische Abfallbehand-

lungsanlagen stünden in der Abfallhierarchie auf derselben niedrigsten Hierarchiestufe der Beseitigung wie Deponien, wird in dem Papier weiter vermerkt. Europaweit würden kaum noch Investitionen in thermische Abfallbehandlungsanlagen getätigt. Dies hätte EU-weit gesehen zur Folge, dass die Ziele der Deponierichtlinie nicht erreicht werden würden. Um derartige rückschrittliche Entwicklungen zu vermeiden, sprechen sich die kommunalen Spitzenverbände sowie VKS im VKU und ITAD für den energetischen Verwertungsstatus von thermischen Abfallbehandlungsanlagen aus.

Autarkie- und Näheprinzip

Die Steuerung von Abfallströmen pauschal an die Klassifizierung einer Anlage zu knüpfen, führe zu widersprüchlichen Einordnungen ein- und derselben Abfallbehandlung und laufe dem Umweltschutzprinzip zuwider. Sachgerechter sei es deshalb, das Autarkie- und Näheprinzip als Steuerungskonzept auch für Abfälle die thermisch behandelt werden, anzuwenden. Um den Umwelt- und Gesundheitsschutz sicherzustellen und zugleich Scheinverwertungen zu vermeiden, sollte - wie bereits in der Abfallverbringungsverordnung festgeschrieben - auch in der Abfallrahmenrichtlinie eine gesetzliche Grundregel verankert werden, damit die sachgerechte Behandlung von Siedlungsabfällen gewährleistet ist. Zur Schaffung einer einheitlichen Abfallgesetzgebung sei diese Regelung auch in der Abfallrahmenrichtlinie zu treffen.

Unklare Rechtssituation

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission in Artikel 8 zu einer unklaren Rechtssituation führt. Die von der Kommission gewählte Formulierung könne dazu führen, dass jeder Bürger sich selbst einen Abfallsammler zur Verwertung oder Beseitigung seiner Abfälle suchen kann. Die in den Mitgliedstaaten vorhandene kommunale Verantwortung würde so ausge-

hebelt. Diese Gefahr ließe sich auch durch das Autarkie- bzw. Näheprinzip nicht ausschließen. Letztlich wäre dann die Refinanzierung der kommunalen Infrastruktur nicht mehr zu gewährleisten.

Gravierende Konsequenzen

Eine auf diesem Weg herbeigeführte „Liberalisierung“ der kommunalen Abfallwirtschaft wäre demzufolge mit gravieren-

Menschen und Müll in Bayern und Brasilien

Foto-Ausstellung zum Umgang mit Müll im Augsburger Landesamt

Die kurzen Texte sind auf Weißblechdozen geklebt, dreißig Schwarzweiß-Fotos geben einen ungewohnten Blick hinter die Kulissen: die Foto-Ausstellung „Menschen und Müll“ ist vor kurzem im Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg eröffnet worden.

Fotografen aus Bayern und aus Brasilien haben eingefangen, wie in den beiden Ländern mit dem Müll umgegangen wird. Die internationale Ausstellung ist Teil eines Partnerschaftsprojektes zwischen dem beruflichen Fortbildungszentrum der Bayerischen Wirtschaft (bfz) und einem brasilianischen Fachverband beratender Ingenieurfirmen. Das LfU ist Partner des Projekts und hatte bereits mehrmals Abfallfachleute aus Brasilien im Rahmen des Fachaustauschs zu Gast.

Wachstum verstärkt Umweltprobleme

Brasilien gehört zu den am höchsten industrialisierten Ländern Südamerikas. Das wirtschaftliche Wachstum verstärkt jedoch auch die Umweltprobleme. Großstädte wie das nordbrasilianische Recife im Bundesstaat Pernambuco stehen deshalb vor dem Problem wachsender Müllberge. Weil es keine geordnete Müllsammlung gibt, wird der Müll oft in Plastiksäcken einfach vor die Haustür gestellt - Grundlage für die Müllsammler, die auf den Straßen oder auf den Müllhalde leben, den Müll nach Wertstoffen durchsuchen und an die Zwischenhändler verkaufen.

Schattenwirtschaft der Müllsammler

Schätzungen zufolge leben

den Konsequenzen für die vorhandenen kommunalen Strukturen verbunden und sollte auf jeden Fall vermieden werden.

Vorschlag

Es wird vorgeschlagen, Artikel 8 der Abfallrahmenrichtlinie folgendermaßen zu formulieren: „Die Mitgliedstaaten legen fest, in welcher Weise die Abfallbesitzer ihrer Verantwortung für die Verwertung oder Beseitigung der Abfälle nachkommen. Die Festschreibung von eigenständigen Kompetenzen für lokale und regionale Gebietskörperschaften zur Erfüllung dieser Aufgaben ist dabei zulässig. Für Rückfragen stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung.“ DK

Neujahrsempfang des bvse-Landesverbandes Bayern:

Ressourceneffizienz ist das Ziel

Mehr als 60 Gäste konnte die bayerische bvse-Landesvorsitzende Christiane Haensch beim Neujahrsempfang des bvse-Landesverbandes Bayern im Münchner Hirschgarten begrüßen. Sie freute sich darüber, dass auch der 2. Neujahrsempfang des bvse einen so großen Zuspruch aus Politik, Verwaltung und Branche gefunden habe und der Vizepräsident des bayerischen Landesumweltamtes, Dr. Bernd Matthes, gekommen sei, um die Neujahransprache zu halten.

Christiane Haensch bedankte sich in ihrem Rückblick auf 2006 sehr herzlich für die gute und enge Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Umweltministerium. „Denn dies“, so die bvse-Landesvorsitzende, „ist von sehr hohem Stellenwert für den bvse und die mittelständischen Unternehmen der Branche.“

In seinem Einstiegsreferat betonte Dr. Thomas Probst von der bvse-Bundesgeschäftsstelle, dass sich Bayern durch Kontinuität in seiner Politik, die selbstverständlich auch den Wandel beinhaltet, auszeichnet und sich so einen Spitzenplatz in der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet hat.

Schwerpunkte

Als wichtige Schwerpunkte des bvse bezeichnete Probst das Thema Ressourceneffizienz durch den Einsatz von Sekundärrohstoffen. Er verdeutlichte in seiner Rede, dass die hochwertige Sammlung von Abfallmaterialien, insbesondere die Getrennthaltung der Materialien, die Voraussetzung für eine qualitative Aufbereitung zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen ist.

In diesem Zusammenhang machte er deutlich, dass der bvse die Herstellung qualitativ hochwertiger Ersatzbrennstoffe unterstützt, da genügend Abfallmaterialien für diesen alternativen Einsatz zur Verfügung stehen. Nach seinen Worten ermöglichen hochwertige Ersatzbrennstoffe vielen Industriebetrieben, dass sie ihre Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas deutlich reduzieren können. Thomas Probst: „Aber um es klar zu sagen, Ersatzbrennstoffe ergänzen die stoffliche Verwertung, sind aber der stofflichen Verwertung bei der Erfüllung von Quoten nicht gleichgestellt.“

Garant für Wettbewerb

Als mindestens ebenso wichtig, bezeichnete der bvse-Vertreter die strukturellen Umbrüche im Entsorgungs- und Recyclingmarkt. In Bayern sei die Welt in dieser Hinsicht zwar noch in Ordnung, aber er betonte, dass ausschließlich der gesunde Mittelstand den Wettbewerb in Entsorgung und Recycling garantiert. Die Firmenübernahmen von großen Entsorgern, die nun auch noch in erheblichem Maß den Mittelstand aufkaufen, sehen wir daher mit großer Sorge, erklärte Probst.

In diesem Zusammenhang warnte er auch vor Rekommunalisierungstendenzen. In Bayern hätten die Entsorger vor Ort meist ein gutes Verhältnis zur Kommune. Er betonte, dass die Kommunen im Rahmen der Daseinsvorsorge ihre unbestrittenen Kompetenzen und vielfältigen Aufgaben hätten. Der bvse erteile aber der Ausweitung der kommunalen Betätigung in den Bereich der Gewerbeabfallentsorgung oder bei der Entsorgung von Verkaufsverpackungen eine klare Absage.

Bayern durch Reformen stark machen

Der Hauptredner des Abends, der Vizepräsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, Herr Dr. Bernd Matthes, machte

deutlich, dass Bayern hart daran arbeite durch wichtige Reformen die Stellung des Freistaates zu stärken. Als wesentliche Reformziele nannte er die Senkung der Staatsquote und eine Stärkung der Eigenverantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen. So sollen bis 2015 20% des staatlichen Personals außer in Wissenschaft, Lehre, Bildung und Polizei abgebaut werden. Auch das Landesumweltamt sei hiervon stark betroffen. Der Standort Augsburg werde als Zentrale auf ca. 450 Stellen gestärkt, Hof werde auf etwa 300 Stellen neu aufgebaut, in München fünf Dienstorte abgebaut. Die Umstrukturierungen allein in diesem Bereich werden mit einem Stellenabbau von 1070 auf 860 Stellen verbunden sein.

Musterbeispiel für gute Zusammenarbeit

Als Musterbeispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen Staat, Kommunen und freier Wirtschaft bezeichnete Matthes die Gründung der GSB Sonderabfallentsorgung Bayern. Viele Erzeuger von Sonderabfällen wären nach dem Verursacherprinzip nicht in der Lage, ihre Abfälle ordnungsgemäß und zu vertretbaren Kosten umweltverträglich zu entsorgen. Die gemeinsame Gründung der GSB bot und bietet bis heute die Chance hierfür in einer modernen Entsorgungsanlage.

Mittelstand hat viel geleistet

Dr. Matthes rief auch in Erinnerung, dass Bayern bereits 1987 das integrierte Abfallwirtschaftskonzept entwickelte. Damit setzte man auf diversifizierte und intelligentere Lösungen. So wurde die Verwertung von Grünut, Papier, Pappe, Kunststoff, Metalle und Glas fester Bestandteile der Abfallwirtschaft. Zudem wurden Hol- und Bringssysteme für Wertstoffe errichtet, über ganz Bayern hinweg entstanden Wertstoffhöfe und Containerinseln. Das alles hatte aber nur Sinn, wenn die gesammelten Stoffe auch einer Vermarktung zugeführt wurden. Hier bot sich für viele mittelständische Unternehmen eine große Chance. „Diese wurde nicht nur wahrgenommen, sondern auf vielfältigste Weise ausgebaut, eine großartige Leistung der privaten Unternehmen.“

Bekanntnis zur getrennten Sammlung

Der Vizepräsident des Landesumweltamtes machte auch deutlich, dass Bayern seine Hausaufgaben bezüglich der vorhandenen Verwertungsleistung von rund drei Mio. Tonnen pro Jahr gemacht habe. Er betonte, dass diese Kapazität ausreichend sei, wenn im Bereich des Gewerbeabfalls eine verstärkte stoffliche Verwertung zugeführt werden. Dr. Matthes führte aus, dass für die stoffliche Verwertung eine sortenreine möglichst saubere Ware notwendig sei. Dies sei nur mit getrennter Sammlung möglich. Eine mechanische Sortierung sei hingegen nur bei Vermischung von wenigen verwertbaren Stoffen zielführend. □

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 089 / 23 87-0

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müller Tel. 0941 / 78 00 116

Regional- und Standortentwicklung: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH



EUREGIO EGRENSIS-Geschäftsbericht:

Gestärkte Position

„Ohne Übertreibung kann man sagen: Die EUREGIO EGRENSIS setzt seit ihrem Bestehen durch ihre umfassende praktische Tätigkeit immer wieder neue Akzente in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“, betonte die Präsidentin der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern e.V., Marktredwitz' Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder bei der Vorlage des Geschäftsberichts für die Jahre 2005 und 2006.

Der Bericht ist zugleich eine interessante Einstiegslektüre in die Thematik der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit. Er informiert über die Entstehung, die Struktur und die konkreten Projekte der EUREGIO EGRENSIS ebenso wie über die wichtigsten Veranstaltungen der vergangenen zwei Jahre sowie über die Fördermöglichkeiten für grenzüberschreitende Maßnahmen aus europäischen Finanzmitteln.

Kompetenznetzwerk

Das intensive Projektmanagement der EUREGIO EGRENSIS ist Seelbinder zufolge „ein wichtiger Baustein bei der Bewusstseinsbildung und Identitätsfindung in der Grenzregion“. Das regionalpolitische Engagement - als Beispiel sei nur die Mitgestaltung der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG genannt - habe die Position der EUREGIO EGRENSIS als Kompetenznetzwerk und als Forum in grenzüberschreitenden Fragen gegenüber den Bürgern in der Grenzregion, aber auch gegenüber der Verwaltung, den Verbänden und der Wirtschaft in den vergangenen Jahren erheblich gestärkt.

Zahlreiche Anfragen belegten, dass der Euregio umfassende grenzüberschreitende Kompetenz zugestanden wird. Diese positive Entwicklung äußere sich auch in der internen Gremienarbeit: So sei Ende 2005 ein gemeinsamer bayerisch-tschechischer Ausschuss gebildet worden, der über die Vergabe von EU-Mitteln für Kleinprojekte entscheidet.

„Offenheit und Transparenz sind Eigenschaften, die die Ar-

beit zwischen den drei Euregio-Arbeitsgemeinschaften bestimmen und im Gemeinsamen Präsidium das Klima wohlthuend prägen“, stellte Birgit Seelbinder fest. Dies habe u. a. dazu geführt, dass sich die EUREGIO EGRENSIS im Gemeinsamen Präsidium drei neue thematische Schwerpunkte gegeben hat, die auch mit den jeweiligen regionalen Präsidien abgestimmt sind: Verkehr und Grenzübergänge (Federführung AG Sachsen/Thüringen), Kur- und Bädertourismus (Federführung AG Böhmen) und Sprachoffensive (AG Bayern).

Neu daran ist, dass jede Arbeitsgemeinschaft die Federführung für die gesamte Euregio übernimmt und nicht nur für die jeweils eigene Teilregion. Neu daran ist aber vor allem auch die „Sprachoffensive“: Ausgehend von einem ausgearbeiteten Konzept soll mittel- bis langfristig die Sprachkompetenz in der Grenzregion gesteigert werden.

Handlungsbedarf

Fakt ist, dass die Tschechisch-Kenntnisse auf deutscher Seite nach wie vor sehr gering sind. Hier besteht der größte Handlungsbedarf. Aber auch auf tschechischer Seite geht die Zahl der Schüler, die Deutsch lernen, drastisch zurück. Als Referenzbeispiel dient das Land Niederösterreich: Hier ist es eindrucksvoll gelungen, eine Sprachoffensive mit den drei Nachbarn Tschechisch, Slowakisch und Ungarisch auf den Weg zu bringen. Die EUREGIO EGRENSIS hat erste Kontakte zu Verantwortlichen in Niederösterreich aufgebaut,

um von den dortigen Erfahrungen zu profitieren.

Sprachenoffensive

Folgende Maßnahmen wurden in den vergangenen beiden Jahren bereits durchgeführt:

- Auftakt zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen im Euregio-Gebiet und deren Tschechisch-Dozenten mit drei Workshops
- Erweiterung der bereits bestehenden Internet-Datenbank „LinguaPorta“ auf die EURE-



Dr. Birgit Seelbinder.

GIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern

- politische Vorstöße gegenüber der Staatsregierung und Abgeordneten mit Blick auf eine stärkere Unterstützung des Tschechischen an den Schulen
- Entwicklung eines Konzeptes zur Durchführung von Sprachanimationen an Schulen
- Durchführung eines Sprachfestes in Oelsnitz/Vogtland am Europäischen Tag der Sprache 2006
- Einführung der „Sprachanimation“ beim Jugendsommerlager 2006
- Intensivierung der Berichterstattung über das Thema Sprache in den Medien.

Projektpartner EUREGIO

Projekte, bei denen die EUREGIO EGRENSIS als Projektpartner beteiligt war, waren in den vergangenen beiden Jahren das Stipendienprogramm für tschechische Studierende an bayerischen Hochschulen sowie die Behördenkooperation CLARA@eu. Ziel dieses Projektes war es, den Erfahrungsaus-

genem Prüfsiegel soll sicherstellen, dass die Qualität stimmt - von der zuverlässigen Abholung der Altmöbel über den Aufbau und die Ausstellung im Laden bis zum Verkauf oder der Anlieferung. Mit den Gebrauchtmobiliarprojekten können die gemeinnützigen Organisationen Langzeitarbeitslose oder ehemalige Drogenabhängige beschäftigen und sie wieder an ein geregeltes Leben gewöhnen. Auch neue Ausbildungsplätze stehen auf der Haben-Seite. Und so mancher Handwerker findet beim Aufmöbeln der Gebrauchtmöbel eine Perspektive für die Zeit im Ruhestand. Die nordrhein-westfälische Stadt Hagen macht es vor: Dort werden rund zwölf Prozent der Altmöbel wiederverwendet, die guten alten Stücke können im Sozialkaufhaus „Möbel & Mehr“ gekauft werden.

Die Teilnehmer

Das bayerische Umweltministerium hat das Pilotprojekt des LfU mit rund 65.000 Euro gefördert. Beteiligt waren der oberbayerische Landkreis Garmisch-Partenkirchen, die schwäbischen Landkreise Aichach-Friedberg und Augsburg sowie die Stadt Augsburg, Stadt und

tausch und eine schrittweise Intensivierung der Kontakte zwischen Behörden, Ämtern und öffentlichen Stellen im Projektgebiet zu fördern. Aufgeteilt in sieben Schwerpunkt-Themenbereiche trafen sich Behördenvertreter und Verwaltungsexperten zu Workshops und Fachveranstaltungen in den drei Teilregionen. Die EUREGIO EGRENSIS war im Rahmen des CLARA-Projekts verantwortlich für den Themenbereich „Jugend, Bildung, Kultur“ und hat dazu 2005 und 2006 mehrere Fachveranstaltungen an verschiedenen Standorten in Bayern, Sachsen und Tschechien durchgeführt.

Grenzenlose Gartenschau

Deutlich spürbar beschäftigt und möglicherweise auch verändert hat die Euregio sowohl als Region wie auch als Organisation die Grenzenlose Gartenschau Marktredwitz - Cheb/Eger 2006. Dieses Großereignis rückte die Region für vier Monate in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, nicht allein wegen der Gartenschau an sich, sondern vor allem auch wegen des einzigartigen grenzüberschreitenden Konzeptes.

Rückblickend ist laut Geschäftsbericht festzustellen, „dass dieses Konzept in vielerlei Hinsicht voll aufgegangen ist“. Insbesondere konnten die Kontakte zwischen den Städten Marktredwitz und Cheb/Eger, aber auch in der gesamten nordostbayerischen und nordwestböhmischen Grenzregion, sogar bis hinein nach Sachsen und Thüringen, intensiviert und ausgebaut werden. Damit waren auch die umfangreichen europäischen Fördermittel aus dem INTERREG-Programm ohne Zweifel richtig angelegt. Im Zuge der Gartenschau wurde mit dem „Wallenstein-Radweg“ - ebenfalls mit INTERREG-Förderung - ein grenz- und gemeindeüberschreitender Radweg zur Verbindung der beiden Städte realisiert.

Musterbeispiel

Wie im Geschäftsbericht abschließend vermerkt wird, „ist die Gartenschau 2006 ein besonderes Zeichen für die vorangeschrittene Qualität der bilateralen Beziehungen und wird sicherlich als Musterbeispiel für nachhaltige grenzüberschreitende Regionalentwicklung in Erinnerung bleiben“.

Landkreis Würzburg, der Landkreis Haßberge in Unterfranken sowie der oberfränkische Landkreis Forchheim. An der Fachtagung „Nachhaltigkeitsstrategien im Gebrauchtmöbelsektor“ nahmen am LfU in Augsburg um die 100 Fachleute aus Kommunen und mehr als 40 karitativ-gemeinnützigen Organisationen teil.

Bezirk Schwaben:

Senkung der Bezirksumlage

In seiner jüngsten Sitzung verabschiedete der Bezirk Schwaben seinen Haushalt für das Jahr 2007. Die schwäbischen Bezirksräte beschlossen eine Senkung der Bezirksumlage um 2,4 Punkte. Der Umlagesatz liegt damit bei 21,4 Prozent. Knapp 266,4 Millionen Euro fließen dem Bezirk dadurch zur Bewältigung seiner Aufgaben zu, die hauptsächlich im sozialen Bereich liegen. Darüber hinaus kommen vom Freistaat 85,4 Millionen Euro in den schwäbischen Bezirkshaushalt. Der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt des Bezirks wurde einstimmig mit einem Volumen von rund 472 Millionen Euro verabschiedet.

Bayern baut weiter auf Umweltbildung

Qualitätssiegel für mittlerweile 72 Einrichtungen

Bayern baut seine außerschulische Umweltbildungsarbeit weiter aus. Dies betonte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard in Würzburg bei der Auszeichnung von 31 weiteren Umweltbildungseinrichtungen; im April wurde das Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“ bereits an die ersten 41 Markenträger vergeben.

Bernhard: „Die Bündelung und Vernetzung der Umweltbildung in Bayern kommt mit großen Schritten voran. Das vereinte und organisierte Auftreten von mittlerweile 72 bayerischen Umweltbildungseinrichtungen ist der beste Garant dafür, Gehör zu finden. So lassen sich immer mehr Bürger für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und den natürlichen Lebensgrundlagen begeistern.“

Die Umweltbildung hat dem Staatssekretär zufolge einen unvermindert hohen Stellenwert in Bayern. Das Förderprogramm Umweltstationen soll daher im Haushalt 2007/2008, vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments, um 100.000 Euro auf insgesamt nahezu 1,5 Millionen Eu-

ro erhöht werden. Zudem sollen aus dem Bayerischen Umweltfonds weitere Umweltbildungsmaßnahmen finanziert werden.

Die Marketing-Initiative „Umweltbildung.Bayern“ ist so erfolgreich, dass sie vom Deutschen Nationalkomitee der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit der Aufnahme in den Nationalen Aktionsplan gewürdigt wurde. Die Marke ist nach den Worten Bernhards gleichsam Qualitätssiegel und Wiedererkennungszeichen. Die Initiative wird gemeinsam getragen von Umweltministerium, Forstministerium, Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung, Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz und Plankstetter Kreis.

Hier kommt Pep in Ihr Business 2007

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalfairs.com

akademika	20.06.–21.06.
Altenpflege+ProPflege	20.03.–22.03.
Bayerischer Sicherheitstag	20.06.–21.06.
Berufsbildung	10.12.–13.12.
BioFach°	15.02.–18.02.
BRAU Beviale	14.11.–16.11.
ConSozial	07.11.–08.11.
CRM-expo	07.11.–08.11.
ELTEC	20.06.–22.06.
e_procure & supply	25.04.–27.04.
embedded world	13.02.–15.02.
EUROPEAN COATINGS SHOW	08.05.–10.05.
FachPack	25.09.–27.09.
HOGA	14.01.–17.01.
IENA	01.11.–04.11.
Internationaler Hörgeräte-Akustiker-Kongress	17.10.–19.10.
ISGATEC	27.03.–29.03.
IWA & OutdoorClassics°	09.03.–12.03.
Kommunale	10.10.–11.10.
Kongress der Deutschen Ophthalmochirurgen	17.05.–20.05.
LogIntern	25.09.–27.09.
Mailingtage	13.06.–14.06.
PARTEC	27.03.–29.03.
PCIM	22.05.–24.05.
POWTECH	27.03.–29.03.
SENSOR+TEST	
DIE MESSTECHNIK-MESSE	22.05.–24.05.
SMT/HYBRID/PACKAGING	24.04.–26.04.
Spielwaremesse	
International Toy Fair Nürnberg°	01.02.–06.02.
SPS/IPC/DRIVES	27.11.–29.11.
Stone+tec	06.06.–09.06.
TechnoPharm	27.03.–29.03.
Vivaness°	15.02.–18.02.
Werkstätten:Messe	22.02.–25.02.

Auszug; alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten
° Nur für Fachekäufer mit Legitimation

Abfallwirtschaft:

Gebrauchtmöbel mit Qualitätssiegel

LfU-Fachtagung: Gemeinsamer Dachverband karitativ-gemeinnütziger Organisationen in Planung

Jährlich wandern in Bayern noch über 50.000 Tonnen gut erhaltener Gebrauchtmöbel in den Sperrmüll. Hier tun sich für gemeinnützige Organisationen noch große Betätigungsfelder auf, damit diese Möbel weitervermittelt und so erneut verwendet werden können. Das ist das Ergebnis eines Pilotprojekts des Bayerischen Landesamtes für Umwelt und der Universität Augsburg, die den Weg der Gebrauchtmöbel genauer unter die Lupe genommen haben. Die Ergebnisse wurden jetzt bei einer Fachtagung des LfU in Augsburg vorgestellt.

Eine praktische Konsequenz der Studie: Erstmals in Bayern planen die karitativ-gemeinnützigen Organisationen (KGO) im Augsburger Raum nun die Einrichtung eines Dachverbandes zur besseren Vermarktung von Gebrauchtwaren. Ein gemeinsames Qualitätssiegel soll den Kunden und denen, die ihr Möbelstück möglichst als Spende abgeben möchten, mehr Sicherheit geben. LfU-Vizepräsident Bernd Matthes: „Ein wichtiger Schritt hin zu einer verstärkten Wiederverwendung. Vermeidung und Verwertung müssen Vorrang haben vor der Behandlung von Abfällen auf dem Weg zur Beseitigung - das gilt auch für Gebrauchtmobiliar.“

„Ex-und-Hopp“

Im Schnitt nach 15 Jahren wandert der Wohnzimmer-schrank oder das Küchenbuffet als Altmöbel auf den Sperrmüll.

Dabei sind noch mindestens sieben Prozent dieser Altmöbel gut erhalten. Noch immer aber rangiert „Ex-und-Hopp“ deutlich vor „Secondhand“: Nur etwa die Hälfte der zur Wiederverwendung geeigneten Möbel finden damit den Weg in eine neue Wohnung.

Neuer Dachverband

Die Augsburger Fachleute vom Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Produktions- und Umweltmanagement haben im Pilotprojekt in sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Großstädten die Wege genauer durchleuchtet und detaillierte Verbesserungsvorschläge gemacht. Im Augsburger Raum wollen die vier dort mit Altmöbeln handelnden gemeinnützigen Organisationen die Empfehlungen aufgreifen und künftig enger zusammenarbeiten: Ein neuer Dachverband mit ei-

NÜRNBERG MESSE

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach an: 09 11. 86 06-89 98



47 Bürgermeisterjahre

Anlässlich des 65. Geburtstags von Pretzfelds Altbürgermeister Walter Zeißler trafen sich sein Vorgänger und sein Nachfolger im Amt gemeinsam mit dem Forchheimer Landrat Reinhardt Glauber. Gemeinsam verkörpern die vier insgesamt 47 Bürgermeisterjahre: Unser Bild zeigt (v. l.): Bürgermeister Erhard Müller (fünf Jahre), Nachfolger im Amt; Jubilar Altbürgermeister Walter Zeißler (18 Jahre), Landrat Reinhardt Glauber (sechs Jahre Bg. von Pinzberg) sowie den Amtsvorgänger von Bgm. Zeißler, Altbürgermeister Franz Och (ebenfalls 18 Jahre).

Bild: Eberhard Och

Die Azubis für Herbst stehen schon fest:

Landkreis setzt auf Ausbildung

Langfristig angelegtes Personalkonzept des Landrats trägt Früchte

Der Personalausschuss des Landkreises Lichtenfels hat unter Vorsitz von Landrat Reinhard Leutner drei Auszubildende eingestellt, die am 1. September 2007 ihren Dienst antreten. Die Auswahl erfolgte nach einem umfangreichen Auswahlverfahren unter 139 Bewerberinnen und Bewerbern.

„Gerade der öffentliche Dienst muss Vorbild sein, wenn es darum geht, jungen Menschen eine solide und umfassende Ausbildung zu ermöglichen“, so Landrat Reinhard Leutner. Der Landkreis Lichtenfels bildet seit Jahren erfolgreich seinen eigenen Nachwuchsbedarf selbst aus. Auch im vergangenen Jahr wurden Auszubildende für den Kreisbauhof und die Verwaltung eingestellt. Die Ausbildung von qualifizierten und leistungsorientierten jungen Menschen wird in den kommenden Jahren noch an Bedeutung gewinnen, da dann die geburtenschwachen Jahrgänge auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt voll durchschlagen werden.

Kontinuierliche Personaleinsparungen

Im Rahmen der Personalausschusssitzung wurde deshalb auch die langfristige Personalentwicklung im Landratsamt Lichtenfels behandelt. Sehr erfreut ist Landrat Reinhard Leutner über die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren kontinuierlich Personaleinsparungen realisiert wurden, obwohl auf das Landratsamt Lichtenfels erhebliche Aufgabenerweiterungen zugekommen sind, u. a. die Heimaufsicht, Grundsicherungsgesetz, Betreuungsrecht sowie zusätzliche Aufgaben im sozialen Bereich. Die Bruttopersonalkosten des Landkreises im Jahre 2006 bewegen sich mit 7,19 Mio. Euro nahezu in der gleichen Größenordnung wie im

Bürgermeisterwahl in Neustadt

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Neustadt bei Coburg ist Amtsinhaber Frank Rebhan (SPD) in seinem Amt bestätigt worden. Für den 47 Jahre alten Rebhan, der bereits seit 1995 an der Spitze der rund 16.000 Einwohner zählenden Stadt an der bayerisch-thüringischen Landesgrenze steht, votierten 67,9 Prozent der Wähler. Für die Stadt- und Bezirksrätin Elke Protzmann von der CSU gaben 29,4 Prozent, für Martin Hein von den Grünen 2,7 Prozent ihre Stimme ab. **DK**

Niederbayerisches Stiftungsforum:

Aktive Bürgergesellschaft lebt

Station für Projekt „Stifterland Bayern“ in Passau geplant

„Allein 50 der in Niederbayern bestehenden 158 Stiftungen wurden seit dem Jahr 2000 errichtet und staatlich anerkannt, neun davon im Jahr 2006“, freute sich Abteilungsdirektor Dr. Werner Funk, der in der Regierung von Niederbayern zuständige Bereichsleiter für die Stiftungsaufsicht und -anerkennung. Rund 70 Stifter und Stiftungsvorstände der niederbayerischen Stiftungen und weitere interessierte Gäste hatten die Einladung der Regierung zu einem Erfahrungsaustausch wahrgenommen.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass Stiftungen ein zunehmend bedeutsames Element der aktiven Bürgergesellschaft sind. Jährlich werden nach Funks Worten erhebliche Beträge aus der laufend wachsenden Zahl gemeinnütziger Stiftungen für wichtige gesellschaftliche Anliegen bereitgestellt. Der Direktor stellte den Wert des Stiftens und der Stiftungsarbeit heraus und dankte den Stiftern und Verantwortlichen der Stiftungen für ihr ermutigendes, beispielgebendes Engagement.

Informationen aus erster Hand

Im Mittelpunkt standen das gegenseitige Kennenlernen und die Gelegenheit, aus erster

Hand etwas über die Arbeit anderer Stiftungen zu erfahren. Der Erfahrungsbericht von Bernhard Knappe, Vorstand der größten in Niederbayern ansässigen, seit 1974 bestehenden Wilhelm-Sander-Stiftung (Neustadt a. d. Donau), bot dazu reichlich Gesprächsstoff. Mit einem Stiftungskapital von rund 300 Mio. Euro gehört diese zu den 15 größten Stiftungen in Deutschland und nimmt mit ihrer Unterstützung von Forschungsprojekten der Humanmedizin mit dem Schwerpunkt Krebsforschung einen führenden Rang in der medizinischen Wissenschaftsförderung in Deutschland ein.

Neuigkeiten gab es auch vom Bundesverband Deutscher Stiftungen in Berlin, der sich als

„übergreifendes Dach für das gemeinnützige deutsche Stiftungswesen“ versteht. Projektleiterin Kathrin Succow stellte das Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Stifterland Bayern“ des Bundesverbandes vor, das im Oktober 2007 in München anlaufen soll. Eine Station in Niederbayern ist Ende 2008 in Passau vorgesehen.

Wanderausstellung

Von den bundesweit etwa 13.000 rechtsfähigen Stiftungen haben rund 2.700 ihren Sitz im Freistaat Bayern, der damit das „Deutsche Stifterland Nr.1“ ist. Das Projekt soll insbesondere mit einer umfangreichen Wanderausstellung breitenwirksam über die reiche Stiftungslandschaft Bayerns informieren, den Stiftungsgedanken noch stärker in der Öffentlichkeit verbreiten, die Leistungen der Stiftungen darstellen und zum Stiften und zum Zufügen, aber auch zum Spenden und zur ehrenamtlichen Mitarbeit anregen. **DK**

„Eltern-Check“-Seminare der Kommunalen Jugendarbeit:

Abschalten und Kräfte sammeln für erzieherische Aufgaben

Landkreis Schweinfurt. Spaß und Freude an der Erziehung sowie Information und Austausch stehen im Mittelpunkt bei den „Eltern-Check“-Seminaren der Kommunalen Jugendarbeit des Landkreises Schweinfurt. Diese Tagesseminare sind im Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz fest etabliert und finden einmal im Jahr statt.

In entspannter Atmosphäre können sich die Teilnehmer bei den Seminaren austauschen, viele praktische Anregungen und Ideen zu immer wieder stark diskutierten erziehungs- und entwicklungsrelevanten Themen einholen, wie u.a. zu „altersgerechte Konfliktbewältigung und Kommunikation“ oder zu dem Thema „Grenzen setzen“. Des Weiteren werden je nach Alter der Kinder unterschiedliche Referentinnen und Referenten aus der Praxis zu speziellen Themen reden, darunter beispielsweise „kindliche Pflege“, „Kinderkrankheiten und Co.“, Spielpädagogik,

Ernährung sowie Übergang vom Kindergarten in die Schule. Im Alltagstrubel bleibt meist nicht die Zeit, sich Erziehungssituationen genauer anzuschauen, zu reflektieren und sich gegebenenfalls andere erfolgreiche Strategien zurechtzulegen. „Bei den Seminaren finden Interessierte die nötige Zeit und Ruhe, abzuschalten und wieder Kraft zu schöpfen für künftige Aufgaben in der Erziehung“, sagt Andrea Handwerker von der Kommunalen Jugendarbeit. „gemeinsam mit anderen Eltern macht es einfach auch mehr Spaß.“ Für Eltern besteht im Rahmen des Seminars auch die Möglichkeit, nach Absprache eine Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen. Neben den „Eltern-Checks“ im Frühjahr ist für ehemalige Teilnehmer im Oktober ein Nachtreffen geplant. Näheres zu Inhalt und Referenten bei der Kommunalen Jugendarbeit im Landratsamt, Tel. (09721) 55-508, Fax (09721) 55-78-508, www.koja-schweinfurt.de. **□**

Ausstellungseröffnung in Fürth:

Handwerk im modernen Franken

„Aus den Hinterhöfen zur Weltspitze Goppel: „Handwerk hat beste Perspektiven“

„Das Handwerk bietet immer bessere Qualität, Service und Beratung. Die Produkte des Handwerks werden umweltbewusster und nachhaltiger. Die Innovationsfähigkeit ist bewundernswert. Es ist also ein guter Zeitpunkt für diese Ausstellung“, betonte Bayerns Kunstinister Thomas Goppel anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Aus den Hinterhöfen zur Weltspitze - Handwerk im modernen Franken“ in Fürth.

Der Titel der Ausstellung drücke sehr treffend das berechtigte Selbstbewusstsein der Handwerkerschaft aus. Denn die Hinterhöfe mit den vielen Werkstätten seien stets die Keimzellen des „Gewerbefleißes“ gewesen.

Verbindung zu Kunst, Forschung und Wissenschaft

Die Ausstellung zeigt die Verhältnisse im Fürth des 19. und 20. Jahrhunderts. Mittelfranken sei, so Goppel, ungeachtet seiner frühen industriellen Zentren stets ein Land geblieben, in dem vielfältiges Handwerk eine sehr wichtige Rolle spielt.

Damals wie heute stehe das Handwerk nicht nur in Verbindung zur Kunst, sondern auch zu Forschung und Wissen-

schaft. „Die Ausstellung zeigt deutlich, dass das Handwerk im modernen Franken auf feste Traditionen baut und beste Perspektiven hat. Die Stadt Fürth ist heute auf dem Weg in einen neuen Abschnitt wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritts“, unterstrich Minister Goppel.

Ausstellung läuft bis Ende Juli

Die Ausstellung ist vom 10. Februar bis zum 29. Juli 2007 jeweils von Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, sowie Samstag, Sonntag und an Feiertagen von 10 bis 18 Uhr im neuen Stadtmuseum Fürth zu sehen.

Weitere Informationen im Internet unter <http://www.1000-jahre-fuerth.de>. **□**

Neuer Flyer 2007:

Kultur im Dreiländereck

Kreis Miltenberg. Kultur kennt keine Grenzen. Deshalb treffen sich seit nahezu zehn Jahren die Kulturbeauftragten aus dem Drei-Länder-Eck Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Inhalt des Treffens ist jeweils ein Erfahrungsaustausch aber auch die Planung von Projekten, um die Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Seit sechs Jahren werden dabei die Highlights aus dem Kulturleben im Drei-Länder-Eck zusammengefasst und in einem Flyer veröffentlicht. Durch diese gemeinsame Werbung soll länderübergreifend für die vielen kulturellen Angebote geworben werden. Besonders erfolgreich war der im Jahre 2005 durchgeführte Kunstpreis.

Optimierung der Strukturen

Beim diesjährigen Treffen, das in der Kochmühle Obernburg stattfand, war zentrales Thema die Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen im Landkreis Miltenberg. Bürgermeister Walter Berninger berichtete über die verschiedenen Aktionen rund um die römische Geschichte in Obernburg. Der Flyer „Kultur im Dreiländereck 2007“ liegt in allen Geschäftsstellen der Banken, in den Gemeinden und in vielen Geschäften sowie im Landratsamt Miltenberg aus. **□**

Modelllandkreis Cham

Aufgrund seiner „überdurchschnittlichen Entwicklung und auf Grundlage statistischer Auswertungen“ wurde der Landkreis Cham für eine Studie zu „Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen“ als Modelllandkreis ausgewählt. Dabei sollen die Erfolgsbedingungen, die für diese Entwicklung eine Rolle gespielt haben, genauer analysiert und bewertet werden. Ziel des vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Auftrag gegebenen Projekts ist die Analyse von Erfolgsfaktoren und Wachstumsbedingungen einer positiven Entwicklung in ausgewählten Landkreisen. Neben dem Landkreis Cham nehmen der Landkreis Emsland (Niedersachsen), der Ohrekreis (Sachsen-Anhalt) sowie der Bodenseekreis (Baden-Württemberg) an der empirischen Untersuchung teil. Landrat Theo Zellner freut sich, dass sein Landkreis einen Beitrag zu dieser Studie leisten darf. **□**

Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

INTERREG III A:

Gemeinsamkeiten fördern

Rund 134.700 Euro für Kulturprojekte im bayerisch-tschechischen Grenzraum aus EU-Förderprogramm

Insgesamt rund 134.700 Euro aus dem EU-Förderprogramm für regionale Entwicklung (EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A) erhalten zwei Kulturprojekte in Regensburg und Passau. „Das Kulturprogramm im bayerisch-tschechischen Grenzraum fördert den Austausch zwischen Bayern und Tschechien, zeigt unsere Gemeinsamkeiten als Nachbarn auf und lässt uns zusammen unsere Kultur, Geschichte und Verbundenheit in der Europäischen Union erleben“, betonte Kunstminister Thomas Goppel.

56.800 Euro fließen in die Förderung des Projektes „Kunstkaufhaus 2007“ in Regensburg, 77.900 Euro unterstützen das Projekt „Siedlungsnamen im Grenzraum Bayerischer Wald und Böhmerwald“ der Universität Passau.

Kunstkaufhaus 2007 in Regensburg

Ziel des Projektes ist es, vor allem westböhmisches und ostbayerische Künstlerinnen und Künstler eine Plattform zu bieten, ihre Werke - Malerei, Grafik, Skulpturen, Fotografie, Video, Installationen - zu präsentieren und zum Kauf anzubieten. Durch die Kunstvermittlung in einem temporären „Kaufhaus“ werden gleichzeitig Hemmschwellen in der breiten Bevölkerung gegenüber zeitgenössischer Kunst abgebaut. In begleitenden Workshops, offenen Werkstätten, Vorträgen und Aktionen, Musikbeiträgen und Diskussionsrunden mit deutschen und tschechischen Künstlern sollen der Ost-West-Dialog angeregt und ein Beitrag zur grenzüberschreitenden Verständigung geleistet werden.

Themenschwerpunkte werden dabei u. a. die Glaskunst in Tschechien und Ostbayern und das tschechische Projekt „Start-Point“ mit den besten Diplomarbeiten europäischer Kunstakademien sein.

Das Kunstkaufhaus 2007 wird sich auch verstärkt der tschechischen Sprache widmen und die Zweisprachigkeit als wichtigen

Aspekt des Miteinanders thematisieren. In Broschüren, Texten, Filmen und Diskussionen sollen die beiden Sprachen bewusst gleichwertig nebeneinander stehen. Die Zusammenarbeit mit dem tschechischen Projektpartner soll auch im Hinblick auf ein geplantes Spiegelprojekt im Jahr 2008 in Pilsen intensiviert werden.

Siedlungsnamen im Grenzraum Bayerischer Wald und Böhmerwald

Ziel des Projektes ist es, eine Beschreibung von Siedlungsnamen im Bayerischen Wald und Böhmerwald zu erstellen. Dabei werden die Besiedlungswellen ausgehend vom germanischen

Familienbericht des Landkreises Ostallgäu:

Neuland betreten

Die Familie ist und bleibt eine tragende Säule in der Gesellschaft. Deutschland hat aber die niedrigste Geburtenrate in Europa und weltweit die höchste Kinderlosigkeit. Weil sich ein erheblicher Teil der Familienfreundlichkeit im direkten Lebensumfeld entscheidet, hat das Landratsamt Ostallgäu in einem Familienbericht die Entwicklungen zusammengefasst.

Mit dem Familienbericht wurde erstmals versucht, die im Landkreis vorhandenen Leistungsangebote darzustellen und den Familien einen praktischen Wegweiser anzubieten. Die Umsetzung von Erkenntnissen aus dem Ostallgäuer Jugendhilfeplan, praxisnahe Bedarfsermittlungen, mehr Betreuungsangebote schon ab dem Kleinkindalter, Jugendeinrichtungen, Bera-

Atsiedelland auf deutscher und, ausgehend vom slawischen Alt-siedelland, auf tschechischer Seite erfasst. Dazu müssen auch die historischen und die noch anzutreffenden mundartlichen Namenformen gesammelt werden, die dann die Grundlage für die etymologische Deutung der Namen bilden.

Ortsnamen übernehmen

Für die Übernahmemöglichkeiten der tschechischen Ortsnamen in das Deutsche und umgekehrt sollen Regeln abgeleitet werden, die sich auch auf andere Grenzregionen übertragen lassen. Alle Belege werden mit den Belegreihen in eine Datenbank eingegeben, etymologisch und sprachhistorisch analysiert. Schließlich werden alle Daten auf einem Server bereitgestellt. Darin können auch zu den einzelnen Ortsdateien relevante geographische, historische und kulturelle Links eingebunden werden. □

tungsangebote, Anreize für Wohnungseigentum, familienfreundliche Angebote im Landratsamt etc. sind einige Beispiele, die sich im Familienbericht widerspiegeln. Mit dieser Bestandserhebung an vorhandenen Leistungsangeboten will der Landkreis das Bewusstsein für das Zukunftsthema vergrößern und eine intensivere Diskussion in Gang setzen, welche Möglichkeiten es gibt, sich gemeinsam für noch bessere Rahmenbedingungen einzusetzen.

Innere Werte

Wie Landrat Johann Fleschhut betonte, „muss unser nach äußeren Kriterien wunderschöner Landkreis auch und gerade durch seine inneren Werte wie z. B. Kinderfreundlichkeit, generationsübergreifende Solidarität, optimale Bildungs- und Berufschancen, Verwirklichung eigener Lebensvorstellungen, soziale Si-

Würzburg im globalen Wettbewerb behaupten. Nuß äußerte in diesem Zusammenhang seine Sorge über das drohende Auseinanderbrechen der Region. So schließe sich Kitzingen immer deutlicher an die Metropolregion Nürnberg an, Main-Spessart liegäule mit der Metropolregion Rhein-Main. Es dürfe jedoch nicht zugelassen werden, dass der Raum Würzburg zwischen diesen beiden Metropolregionen „erdrückt“ werde.

Wirtschaftsaufschwung deutlich spürbar

Für Erleichterung sorgt bei Stadt und Kreis Würzburg, dass der Wirtschaftsaufschwung immer deutlicher spürbar wird. Laut Walther häufen sich seit einigen Monaten die Anfragen von Firmen, die sich für den Standort Würzburg interessieren. Im Durchschnitt meldet sich an jedem zweiten Tag ein Unternehmen, das bei den Würzburger Wirtschaftsförderern eine Expertise für den Standort Würzburg einfordert. **Pat Christ**



Werben gemeinsam für den Wirtschaftsraum Würzburg: Wirtschaftsförderer Klaus Walther, OB Dr. Pia Beckmann und stellvertretender Landrat Eberhard Nuß. Foto: Pat Christ

Schulterenschuss von Stadt und Kreis

Broschüre wirbt für Standort Würzburg Sorge um Auseinanderbrechen der Region

Das Image von Würzburger Unternehmen fördern und neue Firmen für den Standort Würzburg gewinnen, das will die neue Wirtschaftsförderungsbroschüre von Stadt und Kreis Würzburg. Sie erschien soeben in einer neuen Ausgabe.

Insgesamt 5.000 Exemplare sollen in den kommenden Monaten an Interessenten für den Raum Würzburg verteilt werden. Mit der Broschüre dokumentieren Stadt und Kreis Würzburg, dass sie sich als eine gemeinsame Wirtschaftsregion verstehen. „Wir spielen uns die Bälle gegenseitig zu“, erklärte der städtische Wirtschaftsförderer Klaus Walther. Firmen, die sich an die

Stadt wenden, jedoch besser im Landkreis angesiedelt wären, werden laut Walther an das Landratsamt verwiesen.

Behaupten im globalen Wettbewerb

Gleiches gelte umgekehrt. Nur gemeinsam, betonte Würzburgs stellvertretender Landrat Eberhard Nuß, könne sich die Region

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Ich zähle die Stunden bis Aschermittwoch! Noch eine durchtanzte Nacht und mir fallen die Füße ab.“ Mein Chef, der Bürgermeister, fühlt sich voll im Würgegriff der fünften Jahreszeit und seiner tanzbegeisterten Frau.

Klar, fünfte Jahreszeiten gibt es viele. Bockbierliebhaber siedeln sie im März (Dunkel) oder Mai (Hell) an, in Städten mit tollen Volksfesten dauert sie in der Regel 16 Tage und heuer läge der Gedanke nicht fern, dass die sonnigen, milden Tage im Januar und Februar als „Wintling“ zwischen Winter und Frühling angesiedelt werden könnten. Aber natürlich meint mein Chef mit fünfter Jahreszeit Fasching, Fastnacht, Karneval.

Es geht ja hoch her in Bayern an den tollen Tagen. Keine Spur von der spießigen Tristesse des Poltschen Kehraus. Und kaum irgendwo sonst wird so unterschiedlich gefeiert.

An Karneval maskiert man sich, damit man die Maske fallen lassen kann

Die fränkische Fernsehfastnacht stellt jedenfalls die Bildschirm-Fossilien aus Mainz, Köln und Düsseldorf ganz schön in den Schatten. Jedes Jahr wird bei buchstäblich gottschalkigen Einschaltquoten Unterhaltung und politisches Kabarett vom Feinsten geboten - auf der Bühne und in den Reihen der Besucher. Da empfahl sich schon mal jemand für Höheres, indem er sich statt als Falke oder Bulle als Bayerischer Löwe verkleidet. Ein anderer zeigte sympathische Selbstironie, indem er sich seinen Spitznamen überzieht. Da gibt es Engelchen, die es faustdick hinter den Ohren haben. Und für manche ist es eine willkommene Gelegenheit, aus dem Sekretärs-Dasein Popularitätshonig zu saugen.

Die traditionelle schwäbisch-alemannische Fasnet ist mit ihren Hexen, Dämonen und wilden Kerlen so etwas wie ein Echo längst versunkener Vorstellungen vom Wesen der Welt in unsere rationale Gegenwart, die alles erklären zu können glaubt und sich doch gerne verzaubern lässt.

cherheit in und mit der Familie etc. überzeugen“. Alle müssten klare Prioritäten in diese Richtung setzen und an einer laufenden Umsetzung arbeiten: „Unsere tatsächlichen Möglichkeiten an der Basis sind zahlreicher als wir oft glauben.“

Jeder einzelne ist aufgefordert, sich mit Anregungen und Meinungen am Familienbericht

Bezirk Niederbayern:

Mittelaufstockung für psychisch Kranke

Im Jahr 2006 Erhöhung auf 4,3 Millionen Euro

Der Bezirk Niederbayern ist gemäß Sozialgesetzbuch und Bezirksordnung verpflichtet, im eigenen Wirkungskreis die öffentlichen Einrichtungen zu schaffen, die für das soziale Wohl seiner Einwohner erforderlich sind. Nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ übernimmt er daher im Rahmen der Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für psychisch kranke Menschen u. a. einen Großteil der Personal- und Sachkosten der Psychosozialen Beratungsstellen, Sozialpsychiatrischen Dienste, Tagesstätten für psychisch Behinderte sowie Selbsthilfefirmen.

An den jährlich steigenden Ausgaben dieser in Niederbayern mittlerweile flächendeckend eingerichteten Institutionen ist zu ersehen, dass deren Angebote nicht nur vielfach angenommen werden, sondern auch in erheblichem Maße mit Hilfe des Bezirks aufrecht erhalten bzw. ausgebaut werden können. Waren es im Jahr 2005 noch 4,2 Millionen Euro, so ergab sich 2006 eine Förderung in Höhe von 4,3 Millionen Euro. Im Haushalt 2007 wurden diese Positionen erneut um rd. 3,2 % aufgestockt, so dass der Bezirk Niederbayern die im Jahr 2003 durch den Ausstieg der Krankenkassen entstandene Finanzierungslücke von 300.000 Euro kompensieren konnte. Zusammen mit zahlreichen Zuverdienst-Arbeitsprojek-

Beratungsangebote

Vom Bezirk gefördert wird jeweils eine Psychosoziale Suchtberatungsstelle pro Landkreis, die sich neben der Aufklärung und Information der ambulanten Hilfe bei Sucht und Abhängigkeit annehmen. Sie bieten z.B. niederschwellige Beratungsangebote für Suchtkranke im Vorfeld von Entzug und Entwöhnung, zeigen Hilfs- und Behandlungsmöglichkeiten auf und entwickeln individuelle Hilfestrategien.

Aufgabe der Sozialpsychiatrischen Dienste ist es, die Ausgliederung chronisch psychisch kran-

Ansonsten gibt es landauf, landab die traditionellen Schwarz-Weiß-Bälle, bei denen einige Besucher allerdings auch Masken tragen - verkleidet als anständige Menschen. Und natürlich das unvermeidliche Kostümiere - in einem Ort gehen alle als Chinesen, am anderen staffiert man den Stadtturm als Kasperl aus. Es gibt Tanz auf den Straßen, Gardeauftritte und Umzüge,

die allerdings mancherorts eher zu Christopher-Street-Day-Imitationen verkommen.

Für meinen Chef eine heiße Zeit. Am 11. 11., 11.11 Uhr muss er dem Prinzenpaar die Stadtschlüssel übergeben, ab Dreikönig über Lichtmess bis zum Unsinnigen Donnerstag hat so gut wie jeder Verein und jede Berufsgruppe ihren meist traditionellen Ball und er darf auf Zeitungsfotos mit Debitantinnen posieren. Am Weiberfastnacht ist er im Rathaus in der Defensive. Seine Krawatten wollte er mal schonen, indem er mit Rollkragenpullover zur Arbeit kam. Da habe ich ihm kurzerhand die Schnürsenkel abgeschnitten. Der Faschingsendspurt findet bei uns auf der Straße statt und in so manchem Jahr hat er sich in der Kälte eine handfeste Erkältung zugezogen. Der Aschermittwoch ist dann mit dem Auflegen des Bußkreuzes, dem Geldbeutelwachsen und dem Fischessen fast so etwas wie Erholung.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist zwar kein passionierter Karnevalist. Ihn schützt keine noch so raffinierte Maske oder noch so großes Gedränge vor dem Erkenntwerden. Aber er schätzt die Tradition im Jahreslauf und den Halt, den es uns gibt, wenn sich Rituale wiederholen. Das gibt ihm das Gefühl, die Welt sei im Lot. Schlussendlich kann man ja auch froh sein, wenn sich die Narren wenigstens für ein paar Wochen im Jahr kenntlich machen. Und er beneidet die Leute um die Freiheit, die der Aphoristiker Gerhard Uhlenbruck auf dem heutigen Kalenderblatt so beschreibt: „An Karneval maskiert man sich, damit man die Maske fallen lassen kann“.

Ihre Sabina

ker und behinderter Menschen aus der Gesellschaft zu verhindern bzw. deren Wiedereingliederung zu unterstützen. Pro Landkreis wird ebenfalls ein Dienst gefördert. Schwerpunkte der Einrichtungen sind dabei die Organisation von Freizeit- und tagesstrukturierenden Maßnahmen, der Aufbau von Übungs- und Gesprächsgruppen sowie die Beratung und Begleitung in Krisensituationen.

Tagesstätten

In den drei kreisfreien Städten existiert je eine Tagesstätte für psychisch Behinderte mit einer Kapazität von zusammen 65 Plätzen, für die der Bezirk Niederbayern ebenfalls Mittel zur Verfügung stellt. Die Förderung erfolgt nach Richtlinien, die je Tagesstätte im Regelfall 20 Plätze vorsehen.

Selbsthilfefirmen

Der Aufbau der Selbsthilfefirmen ist aufgrund der problematischen wirtschaftlichen Aspekte bisher nur in begrenztem Umfang an zwei Standorten gelungen. Die Förderung nach Richtlinien ist dabei jeweils auf zehn Arbeitsplätze pro Projekt ausgerichtet. Da Integrationsfirmen eine sinnvolle Ergänzung zu den Zuverdienstprojekten darstellen, wird ein weiterer Ausbau angestrebt.

Mit den gegenüber 2005 um 100.000 Euro aufgestockten Mitteln konnten die in allen vier Bereichen angefallenen Ausgabensteigerungen in Höhe von rund 30.000 Euro bei den Tagesstätten, 20.000 Euro bei den Sozialpsychiatrischen Diensten und über 40.000 Euro bei den Psychosozialen Suchtberatungsstellen finanziert werden. □

Ingolstadt auf gutem Weg

OB Lehmann: Deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmendaten

Ingolstadt, das im vergangenen Jahr seinen 1200. Geburtstag mit einer Vielzahl von Veranstaltungen feierte, kann mit erheblich verbesserten wirtschaftlichen Rahmendaten aufwarten. Wie Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann in einer Pressekonzferenz betonte, hat die Donaustadt ihre Position als bedeutendes wirtschaftliches Wachstumszentrum 2006 sukzessive ausgebaut.

Jahr für Jahr könne die Audi AG Absatz- und Umsatzrekorde vermelden; darüber hinaus sei im Herbst der Startschuss zu einem 100-Millionen-Euro-Projekt der Bundeswehr an der Manchinger Straße gefallen. In den Jahren 2008/09 werden die Pionierschule aus München und anschließend das Pionierbataillon aus Brannenburg nach Ingolstadt verlagert, berichtete Lehmann. Wie attraktiv die Region mittlerweile ist, zeige sich auch daran, dass ein Weltkonzern wie EADS in Zukunft den Bereich „militärische Luftfahrt“ in der Region konzentrieren wird.

Stabilisator Mittelstand

Der Mittelstand - und das beglücken auch die Gewerbesteuer-einnahmen - sei weiterhin ein stabilisierendes Element der Wirtschaft in Ingolstadt. Insbesondere die Bauwirtschaft scheine ihre jahrelange Talfahrt beendet zu haben. Auch die Entwicklung des Einzelhandels zeige erstmals seit Jahren eine positive Tendenz. Für die Entwicklung Ingolstadts sehr wichtig sei die Tatsache, dass die Eröffnung des FOC Ingolstadt keinesfalls zu einer Beeinträch-

tigung der Attraktivität der Altstadt geführt habe - im Gegenteil: Die Frequenz in den guten Innenstadtlagen sei stark gestiegen, weshalb der Rathauschef der geplanten Erweiterung des FOC um 4.000 bis 5.000 Quadratmeter Verkaufsfläche gelassen entgegenseht.

Touristisches Potenzial

Ein Potential an weiteren Arbeitsplätzen bestehe im Bereich Tourismus. Ingolstadt sei aufgrund seiner zentralen Lage und Ausstattung ein exzellenter Austragungsort für Tagungen und Kongresse. Damit auch dieser wichtige Bereich im Ingolstädter Tourismus dem Stellenwert entsprechend vorangebracht und vermarktet werden kann, werde 2007 ein Kongress-Manager das Team der Ingolstädter Tourismus- und Kongress GmbH verstärken. Lehmann räumte allerdings ein, „dass wir letztendlich um den Bau eines Kongress-Zentrums nicht herum kommen werden, wenn wir uns nachhaltig als Kongressstadt positionieren wollen“.

Dass die Region rund um Ingolstadt mittlerweile zu einem Zentrum für Existenzgründun-

gen geworden ist, zeige sich u.a. im bundesweiten Vergleich, fuhr der OB fort: Die Region liege in der Gründungsdynamik auf dem fünften Platz von insgesamt 97 Raumordnungsregionen. Diese Gründungsdynamik halte unvermindert an. Spitze sei die Region auch bei der Arbeitslosenquote, die lediglich 3,9 Prozent betrage.

Studentenzahlen als Wachstumshemmnis

Etwas Sorge bereiten hingegen die Studentenzahlen: Zwar habe die Wirtschaftswissen-



Dr. Alfred Lehmann.

schaftliche Fakultät der KU überregional einen ausgezeichneten Ruf und auch die Fachhochschule Ingolstadt glänze mit Top-Absolventen; die niedrigen Studentenzahlen (etwa 3200) sind Lehmann zufolge „auf mittlere Sicht aber ein wirtschaftliches Wachstumshemmnis für die Region und können von uns nicht hingenommen

werden“. Deshalb sei ein Gutachten über die Entwicklung des Wirtschafts- und Bildungsstandorts Ingolstadt beim Österreichischen Institut für Raumplanung in Auftrag gegeben worden.

Sozialpolitik

Was die soziale Situation der Stadt anbelangt, so gestalte sich die Entwicklung des Bürgerhauses, das in den nächsten Jahren zu einem bedarfsgerechten Mehrgenerationenhaus ausgebaut werden soll, sehr erfreulich, stellte der Rathauschef fest. Das Bürgerhaus wurde vor kurzem bundesweit als eine der ersten Einrichtungen in das Förderprogramm Mehrgenerationenhaus des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend aufgenommen. Diese Aufnahme ist mit einer Projektförderung in Höhe von 200.000 Euro verbunden. Hierbei wurde hervorgehoben, dass bei der Auswahl des Bürgerhauses ein sehr innovatives Projekt unterstützt wird, dem eine „Motorfunktion“ für die Umsetzung eines generationenübergreifenden Konzeptes zugeschrieben wird. Lehmann: „Das Bürgerhaus wird sich somit künftig intensiver allen Generationen widmen. Insbesondere sollen die Potenziale der bestehenden familiären Netzwerke gestärkt und unterstützt werden. Eine wichtige Aufgabe des Bürgerhauses wird weiterhin eine innovative Seniorenarbeit sein.“

Kompetenzagentur

Kein Hehl machte der OB daraus, dass insbesondere auch die jungen Menschen in der Stadt besondere Aufmerksamkeit verdienen: Neben der Intensivierung der Jugendsozialarbeit und der Betreuungsmöglichkeiten an Schulen werde Ingolstadt dieses Thema durch eine beim Jugendamt neu anzubauende Kompetenzagentur vorantreiben. DK



Stellten Kultusminister Siegfried Schneider (Mitte) die Ausbaupläne für die Realschule Neusäß vor: Landrat Dr. Karl Vogele (links) und Landtagsabgeordneter Martin Sailer.

Realschulausbau Neusäß:

Rückendeckung vom Kultusminister

Augsburgs Landrat Dr. Karl Vogele und der Landtagsabgeordnete Martin Sailer (Neusäß) haben Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider das Konzept zur Erweiterung der Realschule Neusäß vorgestellt. Schneider würdigte in dem Gespräch das Engagement des Landkreises um die Ausbildung der Schüler und lobte die hervorragende Arbeit, die an der Realschule derzeit unter schwierigen Rahmenbedingungen geleistet werde.

Gegenwärtig hat die Realschule Neusäß 29 Klassen. Davon sind 9 an das benachbarte Gymnasium sowie 4 Klassen an die ehemalige Teilhauptschule Steppach ausgelagert. Der Landkreis Augsburg will die Schule aufgrund der großen Nachfrage und der derzeitigen Auslagerung von Klassen nun um neun Klassen erweitern. Mit dem Neubau will der Landkreis die gesamte schulische Situation am Schulzentrum Neusäß entspannen und einen wichtigen Beitrag zu einer günstigen Lernsituation leisten.

Schneider sicherte Vogele und Sailer seine volle Unterstützung bei den Finanzverhandlungen mit dem Finanzminister zu. „Unser Ziel ist ein möglichst großer Zuschuss durch den Freistaat“, so der Landrat. In

Kürze findet auf Sailer's Initiative hin dazu ein erstes Gespräch mit Finanzstaatssekretär Franz Meyer statt. „Wir wollen möglichst noch in diesem Jahr mit den Baumaßnahmen zu beginnen“, so Sailer. Er hatte sich gemeinsam mit seinem Kreistagskollegen und 2. Bürgermeister Hansjörg Durz in den letzten Wochen immer wieder für die Ausbaupläne stark gemacht.

„Nach einem intensiven Besuch und längeren Gesprächen mit der Schulleitung haben wir in der Fraktion für diese Lösung gewonnen“, so Sailer. Auf Vorschlag von Durz haben inzwischen der Schul- und Kulturausschuss sowie der Bauausschuss entsprechende Planungskosten in den Kreishaushalt aufnehmen lassen.

Vorschau auf GZ 5
 In unserer nächsten Ausgabe Nr. 5, die am 8. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:
 • Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
 • Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
 • Kommunalfahrzeuge • Städtereinigung
 • Kommunale Museen
 • Handwerk

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

 Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen

 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de
 WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Kindergarteneinrichtungen

 elbe
 Produktion & Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestraße 1 • U-92/85 Wörlitz
 Tel: (039338) 89-0 • Fax (039338) 89-999
 E-Mail: info@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielerts!

Sportgeräte

 BENZ®
 Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
 www.benz-sport.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Schacht-Ausrüstungen

 Haisio
 Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Haisio-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
 ist unsere Stärke!
 Gmeiner GmbH & Co. KG
 Bgm. Knoll-Str. 20
 D - 92245 Kürnbernbuck
 Telefon: +49 (0) 95 21 175 85-0
 Internet: www.gmeiner-online.de
 E-Mail: info@gmeiner-online.de

Abzeichen

 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de
 WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen

 Langer s.
 Ein Gesellschafter der ELANCIA-AG

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
 Playful Living
 KOMPAN GmbH
 Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
 Tel.: 0461-77306-0 · Fax 0461-77306-35
 E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
 www.KOMPAN.com

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

 siehe Fahrradabstellanlagen
 www.orion-bausysteme.de

Ankauf / Briefmarken
Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 09111/2406870

Inserieren bringt Erfolg!
 www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

 BECK
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Möblierung für Außen
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
 Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
 www.beck-aussenmoeblierung.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

 FUNERALIA GmbH
 • Friedhofsbedarf
 • Totenkühlgeräte
 • Grabmalpflege
 • Bestattungsdienstleistungen

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe
 Produktion & Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestraße 1 • U-92/85 Wörlitz
 Tel: (039338) 89-0 • Fax (039338) 89-999
 E-Mail: info@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielerts!

Wassersähler

 HYDROMETER
 DIE ZUKUNFT ZÄHLT
 HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
 www.hydrrometer.de